

Arbeitspapiere

zu Problemen
der Internationalen Politik
und der Entwicklungsländerforschung



Johannes Menge

**Chancen und Hindernisse des
Demokratisierungsprozesses in Indonesien**

Nr. 53/2008

LEHREINHEIT PROF. DR. MIR A. FERDOWSI

Geschwister-Scholl-Institut
für Politische Wissenschaft der
Ludwig-Maximilians-Universität München

Herausgeber: Mir A. Ferdowsi und Peter J. Opitz

Johannes Menge

**Chancen und Hindernisse des Demokratisierungsprozesses in
Indonesien**

Nr. 53/2008

Die vorliegende Untersuchung ist die überarbeitete Fassung einer im März 2008
bei Prof. Dr. Mir A. Ferdowsi am GSI der LMU München eingereichten Magisterarbeit.

ISSN 1861-6437

Oettingenstraße 67, 80538 München, Telefon (089) 2180-9094/9099

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	S. 5
1.1 Problemhintergrund und Relevanz des Themas	S. 5
1.2 Stand der Forschung und Quellenlage	S. 6
1.3 Leitfrage und Hypothese	S. 8
1.4 Vorgehensweise	S. 8
2. Konzeptionelle Grundlage: Der SKOG-Ansatz	S. 10
2.1 Theoretische Einordnung und Vorstellung des Ansatzes	S. 10
2.2 Strategische und konfliktfähige Gruppen	S. 11
2.3 Demokratiebegriff und Transitionsmodell	S. 13
3. Bestandsaufnahme der aktuellen Lage des politischen Systems in Indonesien	S. 17
3.1 Demokratische Wahlen	S. 17
3.2 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit	S. 19
3.3 Menschen- und Bürgerrechte	S. 30
3.4 Fazit	S. 34
4. Die Genese des politischen Umbruchs von 1998	S. 37
4.1 Die politische Entwicklung des postkolonialen Indonesien vor 1998	S. 37
4.1.1 Die Sukarno-Ära	S. 37
4.1.2 Die Suharto-Ära	S. 42
4.2 Auslösefaktoren für den Sturz Suhartos und die Einleitung des Demokratisierungsprozesses	S. 49
4.2.1 Legitimationskrise des Suharto-Regimes	S. 49
4.2.2 Die Wirtschaftskrise von 1997/98	S. 51
4.3 Akteure des politischen Umbruchs von 1998	S. 53
4.3.1 Strategische Gruppen	S. 53
4.3.1.1 Das Militär	S. 53
4.3.1.2 Die Bürokraten	S. 55
4.3.1.3 Die Großunternehmer	S. 57
4.3.1.4 Golkar-Funktionäre	S. 58
4.3.1.5 Kooptierte orthodoxe Muslime / Religiöse Führer	S. 59
4.3.2 Konfliktfähige Gruppen	S. 60
4.3.2.1 Die Studenten	S. 60
4.3.2.2 Die PDI	S. 61
4.3.2.3 Nahdlatul Ulama und Muhammadiyah	S. 62
4.3.2.4 Regimekritische NGOs	S. 64
4.3.2.5 Arbeiter und Bauern	S. 64

4.4 Fazit	S. 65
5. Entwicklung und Stagnierung des Demokratisierungsprozesses	S. 68
5.1 Die Übergangsphase (1998-1999)	S. 68
5.1.1 Die Präsidentschaft Habibie	S. 68
5.1.2 Die Formierung eines neuen Parteiensystems	S. 70
5.2 Die Aufbruchsphase (1999-2004)	S. 73
5.2.1 Die Präsidentschaft Wahid	S. 73
5.2.2 Die Präsidentschaft Megawati	S. 76
5.2.3 Der Dezentralisierungsprozess	S. 77
5.3 Die Stagnierung des Demokratisierungsprozesses und das Erbe des Suharto-Regimes	S. 79
6. Zusammenfassung und Ausblick	S. 86
Literaturverzeichnis	S. 90

1. Einleitung

1.1 Problemhintergrund und Relevanz des Themas

Der Vielvölkerstaat Indonesien, seiner Einwohnerzahl nach das viertgrößte Land der Erde, befindet sich derzeit in einem zähen Transformationsprozess, dessen Ausgang noch ungewiss ist. Fast 10 Jahre sind vergangen, seitdem General Suharto vom Amt des Präsidenten zurücktrat und damit den Weg für Reformen frei machte. In seiner drei Jahrzehnte währenden Herrschaft hatte er stets versucht, der Republik Indonesien eine demokratische Fassade zu verleihen, jedoch konnte dies den autoritären Charakter der „Neuen Ordnung“¹ kaum verbergen. Gestützt vom Militär, das im politischen System die Vormachtstellung innehatte, betrieb Suharto eine Politik, die ausschließlich auf zwei Ziele ausgerichtet war: wirtschaftliche Entwicklung und politische Stabilität. Die einseitige Fixierung auf diese Maximen erfolgte auf Kosten der Politischen Partizipation, der Menschenrechte und der ethnischen Identitäten der Bevölkerung. Dennoch konnte sich Suharto, vor allem aufgrund des rasanten Wirtschaftswachstums, das Mitte der 1980er Jahre verstärkt eingesetzt hatte, erstaunlich lange an der Macht halten. Erst angesichts des von der Asienkrise induzierten massiven Wirtschaftseinbruchs von 1997/98 und dem immer lauter werdenden Ruf der Bevölkerung nach Reformen musste Suharto zurücktreten. In der anschließenden Verhandlungsphase arrangierten sich pro-demokratische und reaktionäre Kräfte dahingehend, dass im Juni 1999 die ersten freien Parlamentswahlen seit 1955 abgehalten wurden. Damit war der Startschuss für eine Reihe von Reformen gefallen, die Indonesien zumindest auf *formaler* Ebene in die Nähe eines liberal-demokratischen Systems rücken ließen. Nichtsdestotrotz ist das Land auch heute noch weit davon entfernt, als konsolidierter demokratischer Rechtsstaat gelten zu können.

Wie viele andere Staaten der „Dritten Welle der Demokratisierung“ (Huntington) ist Indonesien damit zu einem *hybriden Regime* geworden, das irgendwo zwischen den beiden Polen der autoritären Herrschaft und der Demokratie westlicher Prägung angesiedelt ist. Für diesen Systemtyp sind mittlerweile viele Namen erfunden und teilweise zum Standard geworden. Einige der prominentesten sind: *semi-demokratisches System*; *illiberale, defekte oder delegative Demokratie*. Im Einzelfall sind solche Bezeichnungen allerdings insofern wenig aussagekräftig, als sich die diversen defekten Demokratien stark in der Art und Ausprägung ihrer Defizite unterscheiden. Es bedarf daher fallspezifischer Analysen, um die Charakteristika verschiedener hybrider Regime näher zu bestimmen und aus dem Vergleich eventuell Rückschlüsse für die Erarbeitung von Theorien des Systemwechsels zu ziehen. Dieser Aufgabe widmet sich die politikwissenschaftliche Disziplin der Transitionsforschung, die anhand von

¹ Der Begriff „Neue Ordnung“ (indonesisch: Orde Baru) wurde von General Suharto geprägt, um sein Regime deutlich von dem seines Vorgängers Sukarno abzugrenzen. Auch heute noch wird der Begriff häufig zur Bezeichnung der Suharto-Ära (1966-1998) verwendet.

Beispielen Prozesse der Systemtransformation, insbesondere der Demokratisierung, untersucht.

Der Fall Indonesien ist für die Transitionsforschung von großem Interesse, da die dort stattfindende Transition noch lange nicht abgeschlossen oder, anders betrachtet, auf halbem Weg stehen geblieben ist. Es handelt sich um einen komplexen, durchaus nicht immer linear verlaufenden Prozess ohne eindeutig festgelegte Zielrichtung. Gerade weil Indonesien mittlerweile viele Merkmale einer vordergründig funktionierenden Demokratie aufweist, lohnt sich die Frage, warum diese Demokratie dennoch große Defizite aufweist und welche Ursachen dahinter stehen. Um dies zu beantworten, muss der bisherige Demokratisierungsprozess genau analysiert werden.

In diesem Sinne betrachtet sich die vorliegende Magisterarbeit als ein bescheidener Beitrag zur Transitionsforschung. Methodisch orientiert sich die Arbeit dabei am „Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen“ (SKOG-Konzept) von Schubert, Tetzlaff und Vennwald², das eine Kombination aus System- und Akteursansatz darstellt. Auf dieser Grundlage sollen strukturelle und handlungsorientierte Faktoren herausgearbeitet werden, die den Demokratisierungsprozess während seiner verschiedenen Etappen fördernd oder blockierend beeinfluss(t)en. Das primäre Ziel der Arbeit ist dabei die Bestimmung der *Hindernisse*, die Indonesien auf dem langen Weg einer erfolgreichen demokratischen Transition überwinden muss.

1.2 Stand der Forschung und Quellenlage

Obwohl die Autoren, die sich mit dem politischen System Indonesiens in der Post-Suharto-Ära beschäftigen, durchweg die Fortschritte im bisherigen Demokratisierungsprozess anerkennen, besteht Uneinigkeit über deren Tragweite und Nachhaltigkeit. In vielen Veröffentlichungen wird die Ansicht vertreten, dass Indonesien heute aufgrund der durchgeführten Verfassungsrevisionen, der Abhaltung weitgehend freier und fairer Parlaments- bzw. Präsidentschaftswahlen und anderer Reformen bereits uneingeschränkt als Demokratie klassifiziert werden kann. Nach diesen Einschätzungen befindet sich die junge indonesische Demokratie auch angesichts widriger Bedingungen, wie etwa der grassierenden Korruption, dem allgemeinen Sicherheitsdefizit und der schwachen Justiz, auf einem guten Weg zu einer mittelfristigen Konsolidierung.³ Auf der anderen Seite stufen viele Autoren Indonesien als „*Hybrides*

² Schubert, Gunter / Rainer Tetzlaff / Werner Vennwald (Hrsg.): Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (Reihe Demokratie und Entwicklung, Bd. 6), Münster: Lit, 1994 & Schubert, Gunter / Rainer Tetzlaff (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen: Leske + Budrich, 1998.

³ vgl. u.a. Ramage, Douglas: Democracy, the New Order's Ironic Legacy, S. 442 in: John H. McGlynn et al. (Hrsg.): Indonesia in the Soeharto Years, (2. Aufl.) Jakarta: Lontar Foundation, 2007, S. 442-449; Kleine-Brockhoff, Moritz / Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Indonesien: Durchbruch für die Demokratie, 2004. Online im Internet: URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/id/02627.pdf>> [Stand: 12.12.2007].

*System*⁴ oder als „Defective Democracy“⁵ ein. Damit wird der Standpunkt zusammengefasst, dass die bisherigen demokratischen Reformen nicht ausreichen bzw. nur ungenügend implementiert wurden. Demnach würde sich Indonesien erst am Anfang einer demokratischen Transition befinden, die noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Eine dritte Position vertritt Richard Robison, der sich von dem Begriff ‚demokratische Transition‘ im Zusammenhang mit Indonesien gänzlich distanziert: „We reject the view [...] that Indonesia is at some intermediary point between predatory rule and the ultimate triumph of liberal forms of markets and democracy.“⁶

Robison spricht vielmehr von einer „politico-business oligarchy“⁷, in der die alten Eliten auch die politischen Institutionen der Post-Suharto-Ära in Besitz genommen haben. Diese Oligarchen seien nicht an tiefer gehenden demokratischen Reformen, sondern nur am Erhalt ihrer Macht und ihrer Renten interessiert.

In dieser Arbeit soll am ehesten an die mittlere Position der Betrachtung Indonesiens als „*Demokratie mit Adjektiven*“⁸ angeknüpft werden. Das Land wird also, im Sinne einer möglichst neutralen Analyse, weder vorbehaltlos als Demokratie noch als Oligarchie im demokratischen Deckmantel eingestuft. Zudem soll der Begriff ‚Transition‘, sofern er auf Indonesien angewandt wird, im Folgenden als ein ergebnisoffener Prozess verstanden werden. Auch wenn von einem ‚Demokratisierungsprozess‘ die Rede ist, impliziert dies nicht, dass der konsolidierte demokratische Rechtsstaat unweigerlich am Endpunkt dieses Prozesses stehen muss.

Die Quellenlage zum Thema Demokratisierung in Indonesien ist relativ breit gefächert. Zwar hält sich die Anzahl der Monographien – vor allem aufgrund der zeitlichen Nähe – in Grenzen, dennoch lassen sich hier einige wertvolle Beiträge anführen; so zum Beispiel folgende Bücher, deren Autoren sich intensiv mit verschiedenen Aspekten des politischen Systems Indonesiens vor bzw. nach dem Sturz Suhartos beschäftigen: Christoph Schucks „Der indonesische Demokratisierungsprozess“ und Richard Robisons „Reorganising Power in Indonesia“, beide oben bereits zitiert, ferner Sukardi Rinakits „The Indonesian Military after the New Order“⁹ und Andreas Ufens „Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000)“.¹⁰ Darüber hinaus existiert eine Vielzahl von Artikeln, Aufsätzen und Studien

⁴ Schuck, Christoph: Der indonesische Demokratisierungsprozess. Politischer Neubeginn und historische Kontinuität (Nomos Universitätsschriften Politik, Bd 123), Baden-Baden: Nomos, 2003, S. 203.

⁵ Hadiwinata, Bob S. / Christoph Schuck: Indonesia: A Defective Democracy faces the Challenge of Democratic Consolidation, S. 405, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 395-407.

⁶ Robison, Richard: Reorganising Power in Indonesia. The politics of oligarchy in an age of markets, London/New York: RoutledgeCurzon, 2004, S. 256.

⁷ ebd., S. 259.

⁸ Schmidt, Siegmund: „Demokratien mit Adjektiven“. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien, S. 221, in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 7/8 (Juli/August 2001), S. 219-223.

⁹ Rinakit, Sukardi: The Indonesian Military after the New Order, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 2005.

¹⁰ Ufen, Andreas: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000) (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Bd. 348), Hamburg: Institut für Asienkunde, 2002.

zum Thema, die in Sammelbänden und Zeitschriften erscheinen. So gibt es beispielsweise viele aktuelle Artikel zur prekären Rolle der Streitkräfte im sich wandelnden politischen System. Fachkundige Artikel finden sich etwa in den Zeitschriften *ASIEN*, *Südostasien aktuell* und *Journal of Democracy*, um nur einige zu nennen. Hinzu kommen meist jährlich erscheinende Länderberichte von internationalen Organisationen wie den VN (z.B. der *UNDP Human Development Report*) und Stiftungen wie Freedom House (*Freedom House Index*) oder der Bertelsmann Stiftung (*Bertelsmann Transformation Index*). Viele wissenschaftlich fundierte Artikel finden sich auch im Internet, wie etwa auf den Internetseiten der *Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)* oder der *Friedrich Ebert Stiftung (FES)*.

1.3 Leitfrage und Hypothese

Die folgende zentrale Fragestellung soll die Magisterarbeit anleiten:

Welche Faktoren und Akteurskonstellationen haben den Demokratisierungsprozess ermöglicht und vorangetrieben und welche blockier(t)en bzw. verlangsamt(en) ihn?

Dazu soll folgende Hypothese im Laufe der Arbeit verifiziert werden:

Die schwerwiegendsten Hindernisse des Demokratisierungsprozesses bestehen in den Gesellschafts- und Machtstrukturen, die das Suharto-Regime hinterlassen hat.

1.4 Vorgehensweise

Die Magisterarbeit gliedert sich, einschließlich Einleitung und Fazit, in sechs Abschnitte. Im folgenden Abschnitt (2.) wird der Ansatz der strategischen und konfliktfähigen Gruppen zusammen mit den Ausführungen zu „blockierten Demokratien“ von Schubert & Tetzlaff näher erläutert. Wie oben bereits angesprochen, soll damit die konzeptionelle Grundlage und der analytische Rahmen der Arbeit vorgegeben werden.

Anschließend wird im dritten Abschnitt ein Überblick der aktuellen Lage des politischen Systems in Indonesien gegeben. Diese Bestandsaufnahme dient als Einstieg in die Thematik der Arbeit und als Basis für die darauf folgende Rekonstruktion des Demokratisierungsprozesses.

Der vierte Abschnitt thematisiert die Genese und den Verlauf des politischen Umbruchs von 1998, also den Sturz Suhartos und den Beginn des Demokratisierungsprozesses. Nach einer Einführung in die Regime Suhartos und seines Vorgängers Sukarno werden zunächst aus der systemischen Perspektive die Ursachen bzw. Auslösefaktoren für den Umbruch analysiert. Darauf folgt die akteurszentrierte Betrachtung, wobei strategische und konfliktfähige Gruppen identifiziert und ihre Rollen vor und während des Umbruchs diskutiert werden.

Im fünften Abschnitt wird der nachfolgende Demokratisierungsprozess mit seinen Fortschritten und Rückschlägen, Errungenschaften und Defiziten und seinen Hindernissen und Kon-

flikten beschrieben und analysiert. Dabei werden zunächst zwei chronologische Phasen bzw. Entwicklungsstadien unterschieden.¹¹ Die erste Phase knüpft unmittelbar an den vorangegangenen Abschnitt an und erstreckt sich vom Sturz Suhartos bis zum Ende der Präsidentschaft Habibie. Hier werden die politische Liberalisierung während der Präsidentschaft Habibie und die dadurch ermöglichte Formierung eines neuen Parteiensystems beleuchtet. Die zweite Phase, ‚Aufbruch‘ genannt, thematisiert die Fortschritte und Defizite im Demokratisierungsprozess während der Präsidentschaften Wahid und Megawati und den 2001 eingeleiteten Dezentralisierungsprozess. Abschließend soll die Frage beantwortet werden, warum der Demokratisierungsprozess seit dem Ende der Aufbruchphase stagniert. Unter Bezugnahme auf die vorangegangenen Abschnitte soll hier entsprechend der oben genannten Hypothese argumentiert werden, dass diese Stagnierung maßgeblich auf das Erbe des Suharto-Regimes zurückzuführen ist.

Im letzten Abschnitt werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst und ausgewertet. Es erfolgt eine abschließende Bewertung der Chancen und Hindernisse des Demokratisierungsprozesses und eine Einschätzung der Zukunftsperspektiven der Demokratie in Indonesien.

¹¹ Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass diese Einteilung in „Phasen“ nicht den Anspruch erhebt, den genauen zeitlichen Ablauf der Transition widerzuspiegeln. Vielmehr ist damit eine Strukturierung der Transition zur besseren Veranschaulichung und zur Vereinfachung der Analyse beabsichtigt.

2. Konzeptionelle Grundlage: Der SKOG-Ansatz

2.1 Theoretische Einordnung und Vorstellung des Ansatzes

Angesichts der kulturellen und sozioökonomischen Diversität, sowie den historischen Eigenheiten der Staaten der Welt, gestaltet sich die Erarbeitung einer einheitlichen Theorie über die Bedingungen und den Verlauf von Demokratisierung bzw. der Konsolidierung der Demokratie äußerst schwierig; zudem könnte eine solche Theorie wohl nie allen Ansprüchen der Wissenschaftlichkeit genügen. Dennoch ist es gerade im Hinblick auf eine bessere Vergleichbarkeit sinnvoll, bei der länderspezifischen Analyse von Demokratisierungsprozessen ein quasi-theoretisches Konzept zu Grunde zu legen, mit dem eine konkrete Herangehensweise verbunden ist. Dafür wurde in der vorliegenden Arbeit das Konzept der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (SKOG) von Gunter Schubert, Rainer Tetzlaff und Werner Vennewald gewählt.

Das SKOG-Konzept versteht sich ausdrücklich „nicht als Theorie, sondern als Versuch einer alternativen methodischen Annäherung an Prozesse des politischen Wandels in Entwicklungsgesellschaften und Schwellenländern“. ¹² Diese Prozesse lassen sich nach Meinung der Autoren des Konzepts am besten durch eine Kombination von Elementen aus makrosoziologischen, systemtheoretischen Ansätzen einerseits und mikropolitischen, akteurs- bzw. elitenzentrierten Ansätzen andererseits untersuchen. Die Autoren zielten somit darauf ab, „einen integralen Ansatz zu erarbeiten, der zwischen den objektiv-strukturellen und subjektiv-handlungsspezifischen Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung vermittelt“. ¹³

Im Mittelpunkt des solchermaßen vordefinierten SKOG-Ansatzes steht die These,

„daß politischer Wandel allgemein - und Demokratisierung als eine seiner Varianten speziell - primär ein Ergebnis von (kurz-, mittel- und langfristigen) Veränderungen des innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen sog. strategischen und/oder konfliktfähigen Gruppen ist. Dabei nehmen unterschiedliche exogen- und endogen-bedingte Faktoren [...] insofern auf diese Veränderungen Einfluß, als dass sie die relative Machtposition einzelner Gruppen stärken oder schwächen bzw. die Zahl der jeweils zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen vergrößern oder reduzieren.“ ¹⁴

Insgesamt unterscheiden Schubert, Tetzlaff und Vennewald also drei Faktoren-Gruppen, die bei Prozessen des Systemwechsels bzw. der Demokratisierung zusammenwirken: erstens *subjektive personale Faktoren*, d.h. das Verhalten der einflussreichen (strategischen oder konfliktfähigen) Interessengruppen eines Staates; zweitens *strukturbildende Systemfaktoren*, d.h. endogene Faktoren, wie zum Beispiel koloniales Erbe, politische Kultur oder ethnische Heterogenität; drittens *externe Umweltinteressen*, d.h. exogene Faktoren, wie zum Beispiel Druck durch internationale Organisationen oder einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit von

¹² Schubert et al., Demokratisierung, 1994, S. 57.

¹³ ebd., S. 57.

¹⁴ ebd., S. 57.

anderen Staaten.¹⁵ An anderer Stelle werden noch die so genannten *kurzfristig-situativen Einflussfaktoren* hinzugefügt, die zwar indirekt aus den drei anderen Faktoren-Gruppen hervorgehen, aber dennoch für sich stehen sollten; es handelt sich dabei um endogene oder exogene Auslösefaktoren, wie zum Beispiel akute Wirtschaftskrisen, militärische Niederlagen oder die Ermordung eines charismatischen Politikers.¹⁶

Obwohl alle diese Faktoren im Verlauf eines Demokratisierungsprozesses eine Rolle spielen, messen die Autoren des SKOG-Konzeptes einem Element besondere Bedeutung zu, indem sie die These aufstellen,

„daß für die Einleitung und insbesondere die erfolgreiche Konsolidierung eines demokratischen Reformprozesses die Formierung und Organisation oppositioneller Gegenmacht *zwingende Vorraussetzung* ist. Wo sie fehlt, kann das Regime Tempo und Qualität der demokratischen Transition selbst bestimmen.“¹⁷

Ohne die Beteiligung oppositioneller bzw. konfliktfähiger Gruppen bestünde somit die Gefahr einer nur oberflächlichen oder sogar einer „*Scheindemokratisierung*“¹⁸, während die alten Eliten weiterhin den Staat kontrollieren. Es muss daher zunächst einmal geklärt werden, was genau unter strategischen und konfliktfähigen Gruppen zu verstehen ist.

2.2 Strategische und konfliktfähige Gruppen

Schubert, Tetzlaff und Vennwald definieren die SKOG wie folgt:

„*Strategische Gruppen* (SG), die meistens in einer *Regimekoalition* zusammengeschlossen sind, kontrollieren die politischen und ökonomischen Ressourcen einer Gesellschaft. Sie besetzen mit ihren Sachwaltern die staatlichen Institutionen und verfügen somit über einen unmittelbaren Zugriff auf das staatliche Gewaltmonopol und die Staatsrevenue (Renten). Aber auch die Instrumentalisierung spezifischer Machtressourcen außerhalb der staatlichen Sphäre [...] dient ihrem Ziel. Dieses Ziel besteht vorrangig in der Absicherung (oder Erweiterung) ihrer ökonomischen und politischen Macht [...].“¹⁹

„Demgegenüber wenden sich die *konfliktfähigen Gruppen* (KoG) gegen die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse. Soweit sie über ein hinreichendes Droh- bzw. Verweigerungspotential (Konfliktfähigkeit) zur Durchsetzung ihres (partikularen) Gruppen- oder Standesinteresses verfügen und bestrebt sind, dieses Potential aktiv für ihre gemeinsamen Ziele gegen die strategischen Gruppen einzusetzen, werden sie zu wichtigen Beförderern des politischen Wandels [...]. Diese [Ziele] bestehen meistens in einer Teilhabe an der politischen Macht im Staat, ökonomischen Zugewinnen im gesellschaftlichen Verteilungskampf, der Wahrung oder Festigung einer eigenen religiösen oder kulturellen Identität, der Durchsetzung von modernen (westlich-säkularen) oder antimodernen (fundamentalistischen) Wertvorstellungen, oder aber – negativ gewendet – der Abwehr bestimmter Machtstrategien oder kultureller (religiö-

¹⁵ vgl. Schubert et al., *Blockierte Demokratien*, 1998, S. 12/13.

¹⁶ vgl. ebd., S. 35.

¹⁷ Schubert et al., *Demokratisierung*, 1994, S. 58 (Hervorh. J.M.).

¹⁸ ebd., S. 58.

¹⁹ Schubert et al., *Blockierte Demokratien*, 1998, S. 28.

ser) Hegemonieansprüche seitens der herrschenden strategischen Gruppen.“²⁰

Zur Identifizierung bzw. Bestimmung der SKOG eines Staates schlagen die Autoren vier Parameter vor.²¹ Erstens *klassenanalytische Merkmale*, d.h. der Besitz oder Nicht-Besitz einer Gruppe an den Produktionsmitteln Arbeit, Kapital, Boden und Information/Wissen sowie der jeweilige Appropriationsmodus, der kollektiv (Steuern, Gebühren), korporativ (Profite, Dividenden, Zinsen) und personal (Löhne, Provisionen) sein kann oder durch Grundbesitz (Renten, Pachtzinsen) erfolgt. Zweitens *sozio-strukturelle Merkmale*, wie Ausbildungshintergrund (Art der Schulausbildung, Studium im Ausland oder nicht), Berufshintergrund (Berufs- und Einkommenskategorie) und Schichtzugehörigkeit. Drittens *ethnisch-kulturelle Merkmale*, wie religiöser, ethnischer und sprachlicher Hintergrund; diese Merkmale spielen besonders dann eine wichtige Rolle, wenn die betreffende Gruppe ihre Religion als allgemein verbindlichen Wertmaßstab versteht, ihre ethnische Identität bedroht sieht oder ihrer Ethnie eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft verschaffen will. Viertens der Umfang der *Machtressourcen bzw. Konfliktpotentiale*. Die Machtressourcen der SG umfassen vor allem die Verfügung über Produktionsmittel, Waffengewalt und technisches Know-How und die Bereitstellung von Arbeit und Dienstleistungen. Diese Ressourcen können gleichzeitig, wenn auch – aufgrund des begrenzten Zugangs zum Staatsapparat – mit Einschränkungen, Konfliktpotentiale in der Hand von KoG sein. Darüber hinaus bemisst sich die Konfliktfähigkeit der KoG nach dem *Grad ihrer formalen Institutionalisierung*, also der Organisation in Parteien, Gewerkschaften, Verbänden oder sozialen Protestbewegungen; nach ihrer *ideologischen Kohärenz und inneren Geschlossenheit*, wovon die politische Glaubwürdigkeit sowohl bei der breiten Bevölkerung als auch bei den Machthabern maßgeblich abhängt; nach ihrer *Legitimation*, die der jeweiligen Gruppe oder auch nur einem einzelnen charismatischen Führer mit Bezugnahme auf (wirkliche oder vermeintliche) Traditionen, einen bestimmten gesellschaftlichen Status oder eine „heroische“ Vergangenheit zugesprochen wird; und schließlich nach ihrem *Mobilisierungspotential*, also der Fähigkeit, die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten für die eigene Sache zu gewinnen, etwa in Form von Massendemonstrationen, Streiks oder auch gewalttätigen Auseinandersetzungen mit strategischen Gruppen.²²

Die klassenanalytischen, sozio-strukturellen und ethnisch-kulturellen Bestimmungsparameter ergeben verschiedene makrosoziologische Großgruppen, „die, aufgrund einer tendenziell gleichen gesellschaftlichen Lage ihrer Mitglieder, ein kollektives Bewusstsein entwickeln“.²³ Diese Personenkollektive werden allerdings erst dann zu strategischen oder konfliktfähigen Gruppen, wenn sie über ausreichende Machtressourcen bzw. Konfliktpotentiale verfügen und auch bereit sind, „sie zum Zwecke ihrer Interessenrealisierung zielgerichtet (strategisch)

²⁰ ebd., S. 28/29.

²¹ vgl. zum Folgenden Schubert et al., *Demokratisierung*, 1994, S. 70 & Schaubilder S. 71/72, 76.

²² vgl. Schubert et al., *Demokratisierung*, 1994, S. 69.

²³ ebd., S. 74.

ein[zu]setzen“.²⁴ Basierend auf den vier Bestimmungsparametern und empirischen Verallgemeinerungen benennen Schubert, Tetzlaff und Vennwald einige *Idealtypen* strategischer und konfliktfähiger Gruppen: Militärs, Unternehmer, Landbesitzer, Staatsbeamte, Professionals (Intellektuelle, Akademiker, Ärzte, Journalisten etc.), Arbeiter und Angestellte, Religiöse Spezialisten. Die Relevanz dieser Idealtypen muss natürlich für jedes Fallbeispiel einzeln geprüft werden. Insbesondere muss geklärt werden, ob und zu welchem Zeitpunkt diese Gruppen als strategisch oder konfliktfähig einzustufen sind und ob sie eventuell in verschiedene Fraktionen unterteilt werden müssen.

Die Autoren des SKOG-Konzeptes sind sich darüber im Klaren, dass es „zwischen den strategischen und konfliktfähigen Gruppen einerseits und den jeweils handelnden politischen Akteuren andererseits“ eine empirische Trennlinie gibt.²⁵ Diesem Problem kann jedoch durch die Unterscheidung in *Handlungspotential* einer Gruppe und *tatsächliches* strategisches bzw. oppositionelles *Handeln* begegnet werden. Letzteres bleibt in der Regel auf einen Kern politisch aktiver Personen beschränkt, die in ihren individuellen Strategien nicht immer übereinstimmen müssen, aber dennoch ihre Gruppe und deren übergeordnete gemeinsame Interessen repräsentieren:

„Entscheidend ist nämlich, dass sich ein jedes, aus der gemeinsamen gesellschaftlichen Lage der Gruppenmitglieder entspringendes, kollektives Gruppenbewußtsein und jede sich herausbildende Gemeinsamkeit von Interessenlagen [...] immer nur über politisierte und entsprechend organisierte *Segmente* von strategischen oder konfliktfähigen Gruppen vermitteln.“²⁶

Schubert, Tetzlaff und Vennwald betonen daher die Bedeutung einer *Elitenprofilanalyse* für die Untersuchung der Kräfteverhältnisse zwischen strategischen und konfliktfähigen Gruppen.²⁷ Denn Veränderungen in der Zusammensetzung der Eliten in Politik und Wirtschaft, etwa durch die Kooptierung Oppositioneller in die Regimekoalition, sind der wichtigste Indikator sowohl für Machtverschiebungen im herrschenden Bündnis strategischer Gruppen als auch für die Formierung bzw. das Erstarken konfliktfähiger Gruppen. In diesem Zusammenhang muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Einstufung einer Gruppe als strategisch oder konfliktfähig keineswegs endgültig ist, sondern vielmehr vom Verhalten ihrer Repräsentanten in einem konkreten Zeitraum abhängt:

„Ist [...] ein Prozeß des Wandels erst einmal in Gang gekommen, können Koalitionswechsel und neue Allianzen sehr leicht zur Vermischung der ehemals voneinander klar abgegrenzten „Lager“ führen.“²⁸

2.3 Demokratiebegriff und Transitionsmodell

Wie oben (2.1) ausgeführt, beruht der SKOG-Ansatz auf der zentralen These, dass Demokratisierung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch Veränderungen der Kräfteverhält-

²⁴ ebd., S. 74.

²⁵ ebd., S. 73.

²⁶ ebd., S. 74 (Hervorh. J.M.).

²⁷ vgl. ebd., S. 106/107.

²⁸ Schubert et al., *Blockierte Demokratien*, 1998, S. 32.

nisse zwischen den strategischen und konfliktfähigen Gruppen einer Gesellschaft zustande kommt. Dabei wird impliziert, dass die Erosion von Allianzen innerhalb der Regimekoalition und die Konfrontation zwischen Regime und Opposition früher oder später, - oft begünstigt durch spezifische Auslösefaktoren -, einen kritischen Punkt erreicht, an „dem es zu einer politischen, sozialen und ökonomischen Partizipationserweiterung zugunsten der bisher vom Regime ausgeschlossenen, oppositionellen (oder konfliktfähigen) Gruppen kommt.“²⁹ Eine solche Partizipationserweiterung kann, aber muss nicht, den Beginn eines langfristig wirk-samen demokratischen Reformprozesses markieren. Die Autoren des SKOG-Konzepts ha-ben also weniger ein Institutionenbasiertes, sondern eher ein funktionalistisches Verständnis von Demokratisierung vor Augen, bei dem „konkurrenzdemokratische bzw. pluralistische Kriterien der Begriffsbestimmung von Demokratisierung und Demokratie - in der Tradition J. Schumpeters und R. Dahls - prinzipiell im Vordergrund“ stehen.³⁰ Diese Sichtweise ent-springt wohl nicht zuletzt dem kulturrelativistischen Argument, dass verschiedene Nationen zwangsläufig sehr unterschiedliche institutionelle Formen von Demokratien hervorbringen. Dennoch betonen Schubert, Tetzlaff und Vennwald die Notwendigkeit, „zwei Dimensionen des Begriffs [Demokratie] zu unterscheiden: eine universelle Komponente und eine kultur-raum- oder gesellschaftsspezifische Komponente“.³¹ Im Gegensatz zur Letzteren bean-sprucht die universelle Dimension überall auf der Welt Gültigkeit und beruht – im Optimalfall – auf allgemeinem Konsens. Eben darauf zielt die *Minimaldefinition* der Demokratie der SKOG-Autoren ab, nach der ein politisches System als demokratisch gelten soll, wenn es die folgenden drei zentralen Merkmale aufweist:

- **freie und faire, regelmäßig wiederkehrende Wahlen**, mit der genuinen Möglich-keit einer Abwahl der Machthaber;
- die **Rechtsbindung von Politik**, was ein institutionelles Minimum an Gewaltenteilung und Machtkontrolle erforderlich macht und der Unabhängigkeit der Justiz ei-nen besonders hohen Wert zumißt;
- die prinzipielle **Anerkennung unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechte**, womit mindestens die freiheitlich-liberalen politischen Rechte (die Menschenrechte der „ersten Generation“) und ein rudimentärer Minderheitenschutz gemeint sind.³²

Diese Minimaldefinition wird im Rahmen des SKOG-Ansatzes für die Beurteilung der Fort-schritte und Defizite junger ‚Demokratien‘ herangezogen; wobei davon ausgegangen wird, dass ein

„Gleichgewicht der Kräfte‘ [zwischen strategischen und konfliktfähigen Grup-pen] die Realisierung solcher Rechtsverhältnisse am ehesten garantiert - ins-besondere dort, wo eine andersartige kulturelle Vergangenheit und Geistesge-schichte diese Normen nicht in den Stand allgemeinverbindlicher Werte er-hebt.“³³

²⁹ Schubert et al., Demokratisierung, 1994, S. 97.

³⁰ ebd., S. 97.

³¹ ebd., S. 32.

³² Schubert et al., Blockierte Demokratien, 1998, S. 14 (Hervorh. J.M.).

³³ Schubert et al., Demokratisierung, 1994, S. 99.

Wie ein ehemals autoritär regiertes Land ein solches Gleichgewicht erreichen bzw. den Übergang zur Demokratie (im oben beschriebenen Sinne) vollziehen kann, skizzieren die SKOG-Autoren in einem *idealtypischen Transitionsmodell*, welches sich auf Ergebnisse der empirischen Anwendung des Konzepts stützt und fünf Phasen der Demokratisierung vorsieht.³⁴ Den Auftakt bildet die *Inkubations- oder Destabilisierungsphase* (1), während der es, bedingt durch bestimmte endogene oder exogene Faktoren, zur Erosion der autoritären Herrschaftslegitimität kommt, woraufhin oppositionelle Gruppen unter Einsatz ihrer Konfliktpotentiale verstärkt Reformen oder einen Regimewechsel fordern und erste regimeinterne Fraktionierungen zu beobachten sind. Daran schließt sich die *Phase der Liberalisierung* (2), die von der Mobilisierung größerer Bevölkerungsteile durch die Opposition und von Konzessionen der Regierung geprägt ist. Es folgt die *Phase der Verhandlungen* (3) zwischen strategischen und konfliktfähigen Gruppen über die Modalitäten des künftigen politischen Wettbewerbs. In dieser Phase werden umfassende Reformen der Verfassung und Gesetzgebung und des Wahlverfahrens vorgenommen, ein Wahltermin wird festgesetzt; eventuell werden politische Gefangene und Exilanten rehabilitiert. Die *Phase der Neuverteilung von politischer Macht* (4) ist gekennzeichnet durch offenen Wettbewerb im Wahlkampf alter und neuer Parteien, womit eine Politisierung und Polarisierung der Bevölkerung einhergeht, oft begleitet von Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen bzw. Parteianhängern. Am Ende dieser Phase stehen freie Wahlen, die allgemeine Anerkennung des Wahlergebnisses und eine Regierungsbildung entlang der in Phase drei festgelegten ‚Spielregeln‘. Schließlich tritt das betreffende Land in die *Phase der Institutionalisierung und Konsolidierung* (5) der demokratischen Errungenschaften ein, in welcher die neu besetzten, demokratischen Institutionen sich durch ‚good governance‘ bewähren und ihr Machtmonopol gegenüber außergesetzlichen, reaktionären Veto-Akteuren festigen müssen. Dazu bedarf es der Entfaltung einer lebendigen Zivilgesellschaft als Kontrollorgan gegenüber den staatlichen Institutionen und einer politischen Kultur, die von Transparenz und gewaltfreiem Diskurs bestimmt ist.

Das hier dargelegte Transitionsmodell darf nicht als eine Art Selbstläufer missinterpretiert werden, bei dem eine Phase notwendigerweise auf die andere folgt, sobald einmal die erste erreicht ist. Denn „in jeder Phase kann die Transition ins Stocken geraten oder gänzlich blockiert werden“.³⁵ Als Ursachen für eine solche Blockierung oder Stagnierung des Demokratisierungsprozesses kommen eine Reihe von potentiellen Faktoren in Betracht, von denen hier nur einige exemplarisch genannt werden sollen: übermächtige Allianzen zwischen strategischen Gruppen; die Kooptierung einflussreicher konfliktfähiger Gruppen in den autoritär-korporatistischen Staatsapparat; wirtschaftspolitisches Versagen der demokratisch gewähl-

³⁴ vgl. zum Folgenden ebd., S. 423/424 & Schubert et al., *Blockierte Demokratien*, 1998, S. 14.

³⁵ Schubert et al., *Blockierte Demokratien*, 1998, S. 15.

ten Regierung; Ausbruch militanter ethnischer Konflikte bis hin zum Bürgerkrieg, woraufhin demokratische Errungenschaften wieder außer Kraft gesetzt werden (zum Beispiel durch einen Militärputsch); eine ‚demokratiefeindliche‘, traditionale politische Kultur; und „das Fehlen von effizienten Strukturen *autonomer Interessenorganisation* an der gesellschaftlichen Basis, also die unzureichende Ausbildung einer Zivilgesellschaft und ihrer verfassten Organe“. ³⁶

Abschließend seien hier noch zwei „Plausibilitätshypothesen“ von Schubert & Tetzlaff erwähnt, die gerade im Hinblick auf die Anwendung des SKOG-Konzepts auf den Fall Indonesien von Bedeutung sind, weil sie

„eine phasenspezifische Gewichtung der Erklärungsfaktoren zulassen. Erstens: Zu Beginn der [...] Transition spielen die politischen Akteure in Form der *risikobereiten* und *konfliktfähigen* Herausforderer eine aktivere und gewichtigere Rolle als später; und zweitens: je länger sich autoritäre Strukturen des politischen Systems herausbilden und festigen konnten, desto größer wird deren retardierender Einfluß auf Tempo und Tiefe des Transitionsprozesses sein.“ ³⁷

³⁶ ebd., S. 36 (Hervorh. Im Original).

³⁷ ebd., S. 15/16.

3. Bestandsaufnahme der aktuellen Lage des politischen Systems in Indonesien

Bevor in den folgenden Abschnitten dieser Arbeit die Ursprünge, der Verlauf und die bestimmenden Faktoren des indonesischen Demokratisierungsprozesses analysiert werden, soll hier zunächst eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage des politischen Systems gegeben werden. Für diesen Überblick der wichtigsten Errungenschaften und Defizite der Demokratie in Indonesien werden im Wesentlichen die oben ausgeführten Kriterien der Minimaldefinition der Demokratie der SKOG-Autoren herangezogen.

3.1 Demokratische Wahlen

Das indonesische Wahlsystem zur Bestimmung der offiziellen Repräsentanten des Volkes in den nationalen, regionalen (Provinzebene) und subregionalen (Distriktsebene) Exekutiv- und Legislativorganen wurde zwischen 1999 und 2004 umfassend reformiert und demokratisiert.³⁸ Auf nationaler Ebene werden das Repräsentantenhaus („Repräsentativrat des Volkes“, indonesisch *Dewan Perwakilan Rakyat*, DPR), die Regionalversammlung („Repräsentativrat der Regionen“, *Dewan Perwakilan Daerah*, DPD) sowie der Präsident und Vizepräsident im Fünf-Jahres-Zyklus direkt vom Volk gewählt. Über die Zusammensetzung des DPR - das eigentliche Parlament - wird nach Verhältniswahl entschieden.³⁹ Obwohl das Verhältniswahlsystem die Bildung stabiler Mehrheiten im Parlament erschwert, scheint es angesichts der ethnischen Heterogenität des Landes und dem Spannungsfeld zwischen Zentrum (Java bzw. die Hauptstadt Jakarta) und Peripherie (die übrigen ca. 6000 bewohnten Inseln⁴⁰) für Indonesien besser geeignet als ein Mehrheitswahlsystem, bei dem aus jedem Wahlkreis nur der meist gewählte Kandidat ins Parlament einzieht. Bevölkerungsminderheiten können so besser repräsentiert werden, ein konkordanzdemokratisches Element, das gerade den Institutionen einer jungen Demokratie größere Legitimation verschafft. Tatsächlich sind die Parteien, die nach den allgemeinen Wahlen der nationalen und regionalen Legislativorgane am 5. April 2004 in den DPR einzogen (7 davon erreichten mit 8 % und mehr einen signifikanten Anteil der Parlamentssitze), auf intensive Kooperation und Konsensfindung angewiesen, hat doch die größte Fraktion, gestellt von der ehemaligen Staats- und Regierungspartei des Suharto-Regimes, GOLKAR, gerade einmal rund 23 Prozent der 550 Parlamentssitze inne.

³⁸ Indonesien besteht derzeit aus 33 Provinzen und 440 Distrikten (davon 91 Städte). Die Provinzebene entspricht in etwa den deutschen Bundesländern, die Distriktsebene den deutschen Landkreisen bzw. Städten.

³⁹ vgl. Hadiwinata, Bob S.: The 2004 Parliamentary and Presidential Elections in Indonesia, S. 92/93, in: Aurel Croissant / Beate Martin (Hrsg.): Between Consolidation and Crisis. Elections and Democracy in Five Nations in Southeast Asia, Berlin: LIT, 2006, S. 85-146;

Bei der Wahl zum DPR gilt eine Zwei-Prozent-Hürde. Diese bezieht sich allerdings nicht auf den Einzug ins Parlament, sondern funktioniert rückwirkend, d.h. nur die Parteien, die bei der letzten Wahl einen Stimmenanteil von 2% und mehr erreicht haben (1999 waren dies 6 von 48 angetretenen Parteien), qualifizieren sich für die Teilnahme an der nächsten Wahl. Zu den Parlamentswahlen 2004 wurden aber dennoch – aufgrund zahlreicher Zusammenschlüsse, Neugründungen und Umbenennungen von Parteien – insgesamt 24 Parteien zugelassen. Die Zwei-Prozent-Hürde ist somit eher als ein Mittel zur Konsolidierung des noch jungen Parteiensystems gedacht.

⁴⁰ Central Intelligence Agency: The World Factbook, Country Profile Indonesia, 2008. Online im Internet: URL: <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html>> [Stand: 11.01.2008].

Die Regionalversammlung (DPD), die lediglich über Kompetenzen zur Gesetzesinitiative verfügt, setzt sich derzeit aus 128 Abgeordneten zusammen, die keiner Partei angehören dürfen und von denen jeweils 4 in jeder Provinz gewählt werden. Um die Assoziation der Kandidaten mit ihren Provinzen zu gewährleisten, müssen diese mindestens drei aufeinander folgende Jahre in der jeweiligen Provinz gelebt haben und eine bestimmte Anzahl von Unterschriften aus der Bevölkerung dieser Provinz vorweisen können.⁴¹ Zum ersten Mal wurde am 5. Juli 2004 auch das indonesische Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt; diese Aufgabe oblag zuvor der Beratenden Volksversammlung (*Majelis Permusyawaratan Rakyat*, MPR; vgl. unten 3.2). Die indonesische Verfassung sieht vor, dass Präsidentschaftskandidaten, jeweils zusammen mit einem Kandidaten für die Vizepräsidentschaft, von Parteien oder Koalitionen von Parteien nominiert werden, während die Kandidaten selbst nicht Parteimitglied sein müssen. Im Wahljahr 2004 wurden fünf Kandidatenpaare nominiert, von denen sich im ersten Wahlgang die amtierende Präsidentin Megawati Sukarnoputri und der Ex-General Susilo Bambang Yudhoyono durchsetzen konnten. In der Stichwahl am 20. September 2004 siegte Yudhoyono, der bereits unter dem Suharto-Regime Karriere gemacht und wichtige Posten in Militär und Politik innegehabt hatte, mit deutlichem Vorsprung (60,6 %).⁴² Dies mag insofern überraschen, als Yudhoyonos erst 2001 gegründete *Demokratische Partei* (*Partai Demokrat*, PD) in den vorangegangenen DPR-Wahlen gerade einmal 7, 5 Prozent der Stimmen verbuchen konnte; hierin zeigt sich aber auch die – für viele Entwicklungs- und Schwellenländer typische – untergeordnete Bedeutung der Programme und Ausrichtung von Parteien im Vergleich zu deren Führungspersönlichkeiten. Der Präsident kann nur einmal wiedergewählt werden.

Auf der (sub)regionalen Ebene werden Provinzräte (*Dewan Perwakilan Rakyat Daerah*, DPRD I) und Distrikt- bzw. Stadträte (DPRD II) gewählt. Zudem werden seit 2005 auch die Gouverneure und Distriktvorsteher bzw. Bürgermeister direkt von der Bevölkerung und nicht mehr von den jeweiligen Räten gewählt.

Die Beurteilung der seit dem Rücktritt Suhartos abgehaltenen Wahlen in Indonesien nach den üblichen Kriterien – also die Durchführung der Wahlen basierend auf den Prinzipien des allgemeinen, geheimen, freien und gleichen Wahlrechts – fällt allgemein sehr positiv aus. Trotz einiger Kritikpunkte⁴³ werden die Wahlen im Jahr 2004, die den ersten friedlichen

⁴¹ European Union Election Observation Mission (EUEOM) to Indonesia 2004: Final Report, S. 33. Online im Internet: URL: <http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/eu_election_ass_observ/indonesia/final_report_en.pdf> [Stand: 11.01.2008].

⁴² vgl. Liddle, William R. / Saiful Mujani: Indonesia in 2004. The Rise of Susilo Bambang Yudhoyono, S. 121, in: Asian Survey, Vol. XLV, No. 1 (January/February 2005), S. 119-126.

⁴³ Zu diesen gehören unter anderem: Die Verweigerung des passiven Wahlrechts für ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei Indonesiens; die Verweigerung des aktiven Wahlrechts für Mitglieder des Militärs und der Polizei (diese Restriktion kann allerdings im Hinblick auf die starke politische Einflussnahme der Sicherheitskräfte in der Vergangenheit auch positiv bewertet werden); teilweise zu restriktive Bedingungen für die Registrierung von Parteien und Kandidaten (allerdings wurden, wie oben bereits bemerkt, immerhin 24 Parteien zu den DPR-Wahlen 2004 zugelassen) und die unzureichende Implementierung der Verordnungen zur Offenlegung der Wahlkampf- und Parteienfinanzierung. Vgl. hierzu EUEOM Final Report, 2004, S. 7/8.

Machtwechsel von einer demokratisch gewählten Administration zu einer anderen markieren, insgesamt als „largely free, fair and transparent polls“ bewertet.⁴⁴ Nach Aurel Croissant schneidet Indonesien im regionalen Vergleich mit Malaysia, Thailand, den Philippinen und Kambodscha bezüglich der „openness“, „correctness“ und „effectiveness“ der Wahlen im Zeitraum 2003-2005 am besten ab.⁴⁵ Der positive Eindruck von den demokratischen Wahlen in Indonesien wird auch durch die hohe Wahlbeteiligung von 84 Prozent (DPR-Wahlen 2004) bzw. 78 Prozent (1. Runde der Präsidentschaftswahlen 2004) der Wahlberechtigten bestätigt. Das erste Merkmal der Demokratie nach Schubert, Tetzlaff und Vennwald kann somit als erfüllt angesehen und Indonesien als *electoral democracy* klassifiziert werden.

Nichtsdestotrotz bleibt die Frage, inwieweit die gewählten Parteien und Amtsinhaber tatsächlich bereit und in der Lage sind, die Interessen des Volkes zu vertreten und ihren Versprechungen aus dem Wahlkampf gerecht zu werden. Schließlich sollen in modernen Demokratien die Parteien die eigentlichen Gestalter von Politik und die Rekrutierungsbasis für geeignete Volksvertreter sein und somit als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft fungieren. Die gravierenden Defizite des indonesischen Parteiensystems gegenüber diesen Ansprüchen werden an anderer Stelle noch ausführlicher diskutiert.⁴⁶

3.2 Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit

Die Republik Indonesien ist offiziell ein Rechtsstaat. So steht bereits in Artikel 1 (Abs. 2 u. 3) der zwischen 1999 und 2002 mehrmals revidierten Verfassung, die ursprünglich aus dem Jahr 1945 stammt: „Sovereignty is in the hands of the people and is exercised in accordance with the Constitution [Abs. 2]. The Indonesian State is a state ruled by law [Abs. 3].“⁴⁷ Im Folgenden soll untersucht werden, inwieweit diese zentrale Norm des modernen bzw. westlichen Verständnisses von Demokratie in Indonesien in der Realität umgesetzt wird. Dazu müssen zunächst die obersten Staatsorgane im Hinblick auf gewaltenteilige und -hemmende Elemente betrachtet werden, ohne die die Ausübung politischer Macht nach rechtsstaatlichen Prinzipien langfristig kaum denkbar ist.

⁴⁴ Bertelsmann Stiftung: BTI 2006 - Country Report Indonesia, S. 6. Online im Internet: URL: <<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/AsiaAndOceania/Indonesia.pdf>> [Stand: 13.01.2008].

⁴⁵ Croissant, Aurel: Conclusion: Electoral Politics in Southeast Asia, S. 332, in: Aurel Croissant / Beate Martin (Hrsg.): Between Consolidation and Crisis. Elections and Democracy in Five Nations in Southeast Asia, Berlin: LIT, 2006, S. 329-364.

⁴⁶ vgl. unten Abschnitt 5.1.2.

⁴⁷ The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia (Übersetzt von: Helen Pausacker, Rohan Gould and Tim Lindsey, Asian Law Centre, University of Melbourne), 2002. Online im Internet: URL: <<http://alc.law.unimelb.edu.au/go/research-programs/indonesia/commentary-and-legislation/index.cfm>> [Stand: 15.01.2008].

Nach der Verfassung von 1945 war die Beratende Volksversammlung (MPR)⁴⁸ das oberste Staatsorgan. Sie entschied über Verfassungsänderungen und setzte die Richtlinien der Politik fest.⁴⁹ Allerdings gab es weder im Sukarno- noch im Suharto-Regime eine einzige Verfassungsänderung und die Richtlinien der Politik wurden ohnehin vom jeweiligen Präsidenten und seinen Planungsstäben/Kabinetten bestimmt. Während die MPR also bis 1998 de facto nicht die ihr gebührende Stellung einnehmen konnte, beschloss sie nach dem Sturz Suhartos ironischerweise selbst die Beschränkung ihrer Kompetenzen in den vier Runden von Verfassungsänderungen in den Jahren 1999, 2000, 2001 und 2002. Wie oben bereits erwähnt, hat die MPR die Aufgabe der Regierungsbildung, also die Wahl des Präsidenten, an das Volk abgegeben. Der Präsident ist daher nicht mehr von den Mehrheitsverhältnissen in MPR bzw. DPR abhängig. Die MPR ist weiterhin für Verfassungsänderungen zuständig, jedoch ist im überarbeiteten Artikel 3 der Verfassung nicht mehr von den Richtlinien der Politik als Kompetenz der MPR die Rede. Dieser Artikel beschränkt die Aufgaben der MPR auf (1) Verfassungsänderungen, (2) die Ernennung (nicht Wahl) des Präsidenten und Vizepräsidenten und (3) die letztgültige Entscheidung im Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten.⁵⁰ Gemäß der Verfassung muss die MPR nur alle fünf Jahre, nämlich nach den Parlamentswahlen, zusammentreten, seit 1998 wurden allerdings jährlich Plenarsitzungen abgehalten. Am Gesetzgebungsprozess sind die beiden Kammern der MPR, der DPR und der DPD, sowie der Präsident bzw. die Regierung beteiligt. Beide Kammern und der Präsident haben das Recht zur Gesetzesinitiative, der DPD allerdings nur in den Bereichen regionale Autonomie und Entwicklung der Regionen, Verhältnis zwischen Zentrum und Regionen (v.a. Steuerausgleich) und Management natürlicher und anderer ökonomischer Ressourcen.⁵¹ Im Übrigen sind die Aufgaben des DPD auf die Überwachung der Implementierung von Gesetzen aus eben diesen Bereichen beschränkt. Die Verabschiedung von Gesetzen obliegt dem DPR: „The Dewan Perwakilan Rakyat shall have the power to make laws“ (Art. 20 Abs. 1). Dieser

⁴⁸ Die MPR bestand bis April 2004 aus dem gewählten DPR und weiteren von der Regierung bzw. von Sukarno und Suharto persönlich ernannten Delegierten (die Zahl der ernannten Delegierten schwankte: unter Suharto entsprach ihre Zahl zeitweise der Anzahl der DPR-Parlamentariar; in der Legislaturperiode 1999-2004 waren es nur noch ca. 150 Delegierte gegenüber 550 Parlamentariern). Die Delegierten entstammten dem Militär bzw. der Polizei und anderen einflussreichen Gruppen (Vertreter der verschiedenen Provinzen, Lobbyisten, Golkar-Funktionäre); entscheidend für die Ernennung war letztlich vor allem die Loyalität gegenüber dem jeweiligen Staatsoberhaupt. Seit Mai 2004 setzt sich die MPR aus DPR und DPD zusammen, d.h. über alle Sitze wird in freier Wahl entschieden.

⁴⁹ vgl. Art. 3 der indonesischen Verfassung vor 1999, The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia, 2002 (alle im Folgenden angegebenen Artikel der Verfassung beziehen sich auf diese Quelle).

⁵⁰ Das derzeitige Amtsenthebungsverfahren wurde erst nach der Amtsenthebung von Präsident Wahid im Jahr 2001 (vgl. unten Abschnitt 5.2.1) im Artikel 7 der Verfassung verankert. Der Präsident (und/oder der Vizepräsident) kann nicht aus politischen Gründen, sondern nur bei schwerwiegenden Gesetzesverstößen (u.a. Hochverrat, Korruption, Bestechung) oder bei Unfähigkeit zur Amtsausübung (gemeint sind hier vor allem schwere Krankheiten) des Amtes enthoben werden. Bei der Amtsenthebung müssen DPR (Beauftragung des Verfassungsgerichtes mit 2/3 Mehrheit), Verfassungsgericht (Anklage des Präsidenten anhand eines der oben genannten Punkte und Schuldspruch) und MPR (Bestätigung des Schuldspruchs mit 2/3 Mehrheit) zusammenarbeiten; eine verfassungskonforme Amtsenthebung des indonesischen Präsidenten dürfte also künftig ebenso schwierig sein wie ein *Impeachment* des amerikanischen Präsidenten.

⁵¹ vgl. Art. 22d Abs.1.

eindeutigen Ermächtigung stehen jedoch die folgenden, eher vage formulierten Absätze gegenüber:

“Every Bill shall be discussed by the Dewan Perwakilan Rakyat and the President in order to reach mutual assent (Art. 20 Abs. 2). If a Bill does not obtain mutual assent, the Bill shall not be resubmitted during the same session of the Dewan Perwakilan Rakyat (Art. 20 Abs. 3).”

Diese Absätze können durchaus als ein Vetorecht des Präsidenten gegen vom DPR verabschiedete Gesetze interpretiert werden. Dieses typische Element der ‚checks and balances‘ in präsidentiellen Regierungssystemen ist in Indonesien problematisch. Denn aufgrund des stark fragmentierten indonesischen Parteiensystems wird die Regierung häufig keine Mehrheit für ihre Gesetzesvorschläge im Parlament finden und umgekehrt wird die Verabschiedung von Gesetzen im Parlament immer wieder an der fehlenden „Zustimmung“ des Präsidenten scheitern. Die Folge davon ist die Blockierung oder zumindest Verlangsamung der Gesetzgebungsprozesse und die Bildung unbefriedigender Kompromisse. Dieses Phänomen scheint in Indonesien tatsächlich wirksam zu sein, hat doch die Yudhoyono-Administration zwischen 2004 und Mitte 2007 gerade einmal „ein halbes Dutzend Gesetze auf den Weg gebracht“.⁵² Die weiteren Aufgaben des DPR sind die Verabschiedung des jährlichen Staatshaushaltes und die Kontrolle bzw. Überwachung der Regierung.⁵³ Um die letztere Funktion erfüllen zu können, hat der DPR die Rechte zur Interpellation und zur Durchführung von Ermittlungen gegen Regierungsmitglieder in Untersuchungskommissionen.

Der Präsident hat durch die Direktwahl eine stärkere Machtposition bekommen, da er nun ausdrücklich nicht mehr vom Parlament abgewählt werden kann.⁵⁴ Allerdings hat er seinerseits ebenfalls keine Möglichkeit, das Parlament direkt zu disziplinieren, da die überarbeitete Verfassung eine Auflösung des DPR durch den Präsidenten verbietet. Das beste Mittel, über das der Präsident verfügt, um die Mehrheitsverhältnisse im Parlament zu beeinflussen, ist die Vergabe von Ministerposten an die verschiedenen Fraktionen bzw. der Entzug dieser Posten bei gravierenden Meinungsverschiedenheiten. Dieses Mittel hat in Indonesien einiges Gewicht, denn der Präsident ist ausschließlich für die Ernennung von derzeit insgesamt 40 Leitern landesweit operierender Ressorts zuständig; darunter sind Koordinierende Minister, Minister, Staatsminister und weitere wichtige Posten wie der Generalstaatsanwalt und der Stabschef der Streitkräfte.

Als oberstes Organ der Judikative wurde 2001, zusätzlich zum bestehenden obersten Gerichtshof, erstmals ein Verfassungsgerichtshof installiert, der Mitte 2003 seine Arbeit aufnahm. Seine Kompetenzen sind ähnlich weit reichend wie etwa die des deutschen Verfas-

⁵² Schweissshelm, Erwin / Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Halbzeit der Regierung Susilo Bambang Yudhoyono (Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Asien und Pazifik), 2007, S. 2, Online im Internet: URL: < <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04574-20070626.pdf> > [Stand: 17.01.2008].

⁵³ vgl. Art. 20a Abs. 1.

⁵⁴ Vor den Verfassungsreformen wurde ein Misstrauensvotum zwar nicht in der Verfassung erwähnt, war aber theoretisch möglich, denn die MPR, die den Präsidenten bestimmte, hätte ihn mit dem selben Recht auch wieder abwählen können.

sungsgerichtes und umfassen die Überprüfung von Gesetzen auf ihre Verfassungskonformität, Streitschlichtung bei Autoritätskonflikten zwischen den höchsten Staatsorganen, die Auflösung politischer Parteien und die Beilegung von Konflikten hinsichtlich des Ergebnisses der nationalen Wahlen.⁵⁵ Die neun Richter des Verfassungsgerichtshofes werden zu gleichen Teilen von der DPR, vom Präsidenten und vom obersten Gerichtshof vorgeschlagen und vom Präsidenten ernannt; wobei die jeweiligen Vorschläge als bindend zu betrachten sind. Insgesamt ist damit in der indonesischen Verfassung ausreichend für Gewaltenteilung sowie für ‚checks and balance‘ zwischen den höchsten staatlichen Institutionen gesorgt. *Formell* lässt sich Indonesien diesbezüglich durchaus mit anderen präsidentiellen Regierungssystemen wie den USA vergleichen. Lediglich die schwache Stellung der zweiten Kammer, des DPD, der wie der amerikanische Senat die verschiedenen Regionen bzw. Provinzen des Landes auf nationaler Ebene repräsentieren soll, ist ein deutliches Manko im System der politischen Institutionen Indonesiens. Um seine Rolle wirklich wahrnehmen zu können, sollte der DPD zumindest an der Verabschiedung von Gesetzen, die das Verhältnis zwischen der Zentrale und den Regionen betreffen, teilhaben, wenn nicht gar zu einer gleichberechtigten zweiten Kammer nach dem Vorbild des US-Senats aufgewertet werden. Die politische Partizipation der verschiedenen Regionen Indonesiens ist allerdings nicht auf den DPD beschränkt. Die 1999 eingeleiteten Maßnahmen zur Dezentralisierung der indonesischen Verwaltung gestehen den Provinzen und Distrikten erstmals signifikante Spielräume zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen in ihren jeweiligen Territorien zu. Diese Elemente einer vertikalen Gewaltenteilung und ihre faktischen Konsequenzen werden an anderer Stelle noch ausführlicher diskutiert.⁵⁶

Die *Umsetzung* der Gewaltenteilung und -kontrolle war bisher insofern erfolgreich, als keines der drei obersten Staatsorgane (Präsident, DPR, Verfassungsgerichtshof) eine umfassende Suprematie gegenüber den anderen erringen konnte, wie dies unter Suharto der Fall war. Dennoch hat die Exekutive mit ihrem ausgedehnten bürokratischen Apparat, der im Wesentlichen noch mit dem des alten Regimes identisch ist, nach wie vor einen deutlichen Machtvorsprung.⁵⁷ Demgegenüber fehlt es dem Parlament – ebenfalls eine Nachwirkung des Suharto-Regimes – an finanziellen Mitteln und qualifizierten Angestellten, um seinen Aufgaben, insbesondere der Kontrolle der Regierung und der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen in verschiedenen Fachausschüssen, gänzlich gerecht werden. So verfügt beispielsweise das einzige parlamentarische Informations- und Forschungszentrum nur über ca. 40 Mitarbeiter und für die juristische Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen aus dem Parlament sind nicht

⁵⁵ vgl. Art. 24c Abs. 1.

⁵⁶ vgl. unten Abschnitt 5.2.2.

⁵⁷ vgl. Ufen, Andreas: Präsidentialismus in Indonesien – Die jüngsten Verfassungsreformen, S. 472, in: Südostasien Aktuell, 3 (2002), S. 468-473.

mehr als ca. 20 Personen angestellt.⁵⁸ Die Beseitigung dieser Missstände scheitert allerdings nicht zuletzt an der mangelnden Bereitschaft der Parlamentarier selbst. So berichtet Patrick Ziegenhain:

“Laziness plagues the performance of the Indonesian Parliament. Committee and plenary sessions are marked by the very poor attendance of MPs. This demonstrates the lacklustre attitude of many legislators towards detailed and technical committee work.”⁵⁹

Diese Defizite reichen jedoch nicht aus, um von einer uneingeschränkten Suprematie der Exekutive über die Legislative im derzeitigen Indonesien sprechen zu können, zumal der Präsident zu Durchsetzung seiner Politik auf die Zusammenarbeit mit dem Parlament, oder genauer gesagt, mit den Partei- und Fraktionsspitzen, angewiesen ist. Der seit nunmehr viereinhalb Jahren bestehende Verfassungsgerichtshof scheint bisher – im Gegensatz zur übrigen Justiz in Indonesien – relativ unbestechlich und unabhängig zu arbeiten und seine Kontrollfunktion gegenüber den beiden anderen Staatsorganen erfüllen zu können. So hat das Gericht, teilweise gegen große Widerstände, bereits einige essenzielle Gesetze für verfassungswidrig erklärt, von denen hier nur zwei erwähnt werden sollen. Im Jahr 2004 hat das Gericht einen Artikel des Wahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt, der ehemaligen Mitgliedern der (seit langem verbotenen) Kommunistischen Partei Indonesiens das passive Wahlrecht verweigerte. Im selben Jahr wurde über eine Frage entschieden, die das Gericht unmittelbar selbst betrifft. Das Gericht erklärte nämlich Artikel 50 des Gesetzes 24/2003 über den Verfassungsgerichtshof für verfassungswidrig, der besagte, dass das Verfassungsgericht nur über Gesetze urteilen darf, die *nach* der ersten Überarbeitung der Verfassung im Oktober 1999 erlassen wurden.⁶⁰ Die Aufhebung dieses Artikels stellt eine entschiedene Machtdemonstration und eine bedeutende Erweiterung der Kompetenzen des Gerichtes dar. Es bleibt zu hoffen, dass das Gericht die Eigenständigkeit, die es bisher an den Tag gelegt hat, auch nach Ablauf der fünfjährigen Amtszeit der neun Richter Mitte 2008 beibehalten wird.

Obwohl die Forderung nach einer minimalen Gewaltenteilung und -kontrolle als erfüllt angesehen werden kann, gibt es in Indonesien große Defizite in punkto Rechtsstaatlichkeit. Wie oben bereits angedeutet, steht die indonesische Justiz, abgesehen vom Verfassungsgericht in seiner jetzigen Zusammensetzung, in dem Ruf, außerordentlich korrupt und beeinflussbar zu sein. So berichtet das aktuelle Ländergutachten Indonesien des *Bertelsmann Transformation Index* (BTI):

“[...] the judicial sector is considered to be the most corrupt in Southeast Asia. Systemic [sic] corruption in Indonesian courts, including the Supreme Court, has

⁵⁸ vgl. Ziegenhain, Patrick: Deficits of the Indonesian Parliament and their impact on the democratisation process, S. 31, in: Ingrid Wessel (ed.): Democratisation in Indonesia after the fall of Suharto, Berlin: Logos, 2005, S. 27-38
⁵⁹ ebd., S. 30.

⁶⁰ Stockmann, Petra / Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): The new Indonesian Constitutional Court. A study into its beginnings and first years of work, 2007, S. 35 & S. 31, Online im Internet: URL: <<http://home.snafu.de/watchin/ConstitutionalCourt.pdf>> [Stand: 20.01.2008].

not improved, but has consolidated. The judiciary has regularly been influenced by the military, business interests and politicians outside of the legal system. Bribes have influenced prosecution, conviction, and sentencing in countless civil and criminal cases.”⁶¹

Strafverdächtige aus der Masse der armen Bevölkerung können kaum mit einer fairen Verhandlung rechnen; Gerichte lassen oftmals erzwungene Geständnisse zu und schränken den Zugang von Strafverteidigern zu ihren Klienten ein.⁶² Einflussreiche und wohlhabende Indonesier werden dagegen immer wieder freigesprochen, auch wenn sie offensichtlich schuldig sind. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der Fall des ehemaligen Vorsitzenden der Partei GOLKAR, Akbar Tandjung, der 2004 vom obersten Gerichtshof freigesprochen wurde, nachdem er zuvor von zwei anderen Gerichten rechtskräftig für die Veruntreuung von Staatsgeldern in Millionenhöhe verurteilt wurde.⁶³ Im Jahr 2006 machte die frühzeitige Entlassung auf Bewährung des Suharto-Sohns Hutomo Putra Mandala Schlagzeilen. Dieser war 2002 zu einer 15-jährigen Haftstrafe wegen des Auftrags zum Mord an einem Richter des obersten Gerichtshofes verurteilt worden; von dieser ohnehin vergleichsweise milden Strafe wurden ihm also nachträglich 11 Jahre erlassen.⁶⁴ Besonders schwach sind die Leistungen der Justiz im Hinblick auf die Ahndung von Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen seitens des Militärs und der Polizei. Vor allem die ranghohen Offiziere genießen quasi Immunität gegenüber dem Gesetz: „Acquittals of high-ranking officials accused of human rights abuses are the norm“.⁶⁵ Dabei hat es in der jüngeren Geschichte Indonesiens an den Kriegsschauplätzen Osttimor und Aceh und in West-Papua zahlreiche Übergriffe auf die Zivilbevölkerung gegeben.

Das Phänomen der Korruption ist nicht auf die Justiz beschränkt, sondern überall in Indonesien und bis in die höchsten Ebenen der politischen Institutionen, der Verwaltung, der Staatsbetriebe und der Privatwirtschaft verbreitet. Obwohl die Regierungen der Reform-Ära dieses Problem ganz oben auf ihre Agenden gesetzt haben und teilweise ernsthafte Bemühungen zu verzeichnen sind, die auch zu vereinzeltten Erfolgen der 2002 ins Leben gerufenen ‚Kommission zur Beseitigung der Korruption‘ (KPK) geführt haben, hat sich am Gesamtzustand wenig gegenüber der ‚Neuen Ordnung‘ Suhartos geändert. Im jährlich von Transparency International veröffentlichten *Corruption Perceptions Index* steht Indonesien zur Zeit bei einem Wert von 2,3 (auf einer Skala von 0-10, wobei 10 ‚frei von Korruption‘ bedeutet),

⁶¹ Bertelsmann Stiftung: BTI 2008 – Indonesia Country Report, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2007, S.12, Online im Internet: URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI_2008/ASO/Indonesia.pdf> [Stand: 22.01.2008].

⁶² vgl. ebd., S. 12.

⁶³ Esderts, Hans J.: Korrupte Justiz? - Straflosigkeit für Akbar Tandjung, GOLKAR-Parteivorsitzender und Parlamentspräsident (Indonesien-Information Nr. 1 / 2004), Online im Internet: URL: <http://www.watch-indonesia.org/II_1_04/straflos.htm> [Stand: 22.01.2008].

⁶⁴ vgl. Kingsbury, Damien: Indonesia in 2006. Cautious Reform, S. 157, in: Asian Survey, Vol. XLVII (January/February 2007), S. 155-161.

⁶⁵ Bertelsmann Stiftung: Country Report Indonesia, 2007, S. 13.

1998 betrug der Wert 2,0.⁶⁶ Damit landet Indonesien im Index auf Rang 143 von 180 untersuchten Ländern; in Südostasien schneiden nur Burma, Kambodscha und Papua-Neuguinea noch schlechter ab. Die allgegenwärtige Korruption und Vetternwirtschaft, wofür in Indonesien das Akronym KKN (*Korupsi, Kolusi dan Nepotisme*; Korruption, Verdunklung und Nepotismus) geprägt wurde, untergräbt auf vielfältige Weise das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. KKN erschwert die Verabschiedung und die Durchsetzung von politischen und wirtschaftlichen Reformen, begünstigt also den Status Quo. Es schwächt die Legitimation der gewählten Amtsträger und schädigt so das Ansehen der Demokratie in Indonesien. Ferner schränkt es die Chancen gerade der ärmeren Bevölkerungsschichten ein, öffentliche Dienste wie Gesundheitsversorgung und Rechtsbeistand in Anspruch zu nehmen, die eigentlich selbstverständlich sein sollten, in der Praxis aber meist nur gegen Bezahlung zu bekommen sind. Schließlich entsteht ein allgemeiner wirtschaftlicher Schaden, der die sozioökonomische Entwicklung des Landes beträchtlich verlangsamt.

Weitere Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit gibt es in Bezug auf das Gewaltmonopol der demokratisch gewählten Regierung. Dies ist für die Demokratie in Indonesien insofern relevant, als das „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (M. Weber) in den Händen der staatlichen Exekutive eine unabdingbare Voraussetzung für die Implementierung geltenden Rechts ist. Ein Hauptbestandteil der praktischen Umsetzung des Gewaltmonopols ist die unumschränkte zivile Kontrolle des staatlichen Sicherheitsapparats. Trotz einiger Reformen des Sicherheitssektors⁶⁷ ist Indonesien von diesem Ideal noch weit entfernt. Das Militär (TNI: *Tentara Nasional Indonesia*; Nationale Streitkräfte Indonesiens) und die Polizei, erst 1999 von den übrigen Streitkräften separiert, entfalten nach wie vor ein starkes Eigenleben. Vor allem die interne Organisation des Militärs entzieht sich weitgehend der Kontrolle der Zivilisten. Die Führungsstäbe der Streitkräfte arbeiten zwar mit dem Verteidigungsministerium, welches im Übrigen auch von Angehörigen des Militärs dominiert wird, zusammen, sind aber keinem Ministerium direkt unterstellt und nur dem Präsidenten gegenüber verantwortlich.⁶⁸ Obwohl sich das Militär, das unter Suharto die stärkste politische Kraft im Land war⁶⁹, allem Anschein nach mit dem Demokratisierungsprozess und dem damit einhergehenden Machtrückgang der Streitkräfte abgefunden hat, hat es die zivile Suprematie bis heute nicht anerkannt. Ingo Wandelt erklärt dies mit „[...] the unchanged foundations of doctrine, mental-

⁶⁶ vgl. Transparency International: Corruption Perceptions Index 2007, Online im Internet: URL: <http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007> [Stand: 23.01. 2008]; Schütte, Sofie Arjon: The Fight against Corruption in Indonesia, S. 59, in: Südostasien Aktuell, 4 (2007), S. 57-66.

⁶⁷ vgl. hierzu und allgemein zur Rolle des Sicherheitsapparates, insbesondere des Militärs, in der Reform-Ära: Abschnitt 5.

⁶⁸ vgl. Mietzner, Markus / East-West Center Washington (Hrsg.): The Politics of Military Reform in Post-Suharto Indonesia: Elite Conflict, Nationalism, and Institutional Resistance (Policy Studies 23), 2006, S. 62, Online im Internet: URL: <<http://www.eastwestcenter.org/fileadmin/stored/pdfs/PS023.pdf>> [Stand: 24.01.2008].

⁶⁹ vgl. hierzu ausführlicher Abschnitt 4.1.2.

ity and culture of the Armed Forces.“⁷⁰ Dementsprechend hält das Militär an seinem Selbstverständnis als Garant der inneren Sicherheit Indonesiens fest, obwohl diese Aufgabe im Jahr 2000 offiziell der Polizei übertragen wurde.⁷¹ Ermöglicht wird die Unabhängigkeit des Militärs, das quasi einen „Staat im Staat“⁷² bildet, vor allem durch zwei Faktoren. Erstens erwirtschaftet das Militär traditionell einen Großteil seines Budgets selbst; auch in der Reform-Ära empfängt das Militär nur geschätzte 25-30% seines Budgets aus dem Staatshaushalt. Abgesehen davon finanziert sich das Militär (und teilweise auch die Polizei) zum einen über eigene (Industrie-)Betriebe und offizielle Stiftungen, die Beteiligungen an Unternehmen, Banken, Versicherungen etc. besitzen. Zum anderen verfügt das Militär nach übereinstimmenden Angaben vieler Autoren über diverse illegale Einkommensquellen, deren Anteil am Budget vermutlich noch gestiegen ist, nachdem eine der größten militärischen Stiftungen, die YKEP, 2001 Bankrott gegangen war.⁷³ Zu diesen kriminellen Machenschaften, in die auch Polizei involviert sein soll, gehören die Erhebung illegaler Abgaben, die Kontrolle der Prostitution und des Glücksspiels, Schutzgelderpressung, illegaler Waffenverkauf, sowie die Beteiligung am Drogenhandel und der illegalen Abholzung des Regenwaldes.⁷⁴ Außerdem

„bieten [die Sicherheitskräfte] auch ihr Gewaltmonopol als Ware an, sei es an lokale Großgrundbesitzer zum Räumen von Arealen oder an multinationale Firmen (z.B. ExxonMobil oder Freeport McMoRan) zum Schutz ihrer Aktivitäten.“⁷⁵

Es ist nahe liegend, dass gerade die illegalen Einkünfte nicht nur zur Aufstockung des Budgets verwendet werden, sondern auch zur Bereicherung der ranghohen Offiziere. Bemühungen seitens der Regierung, Betriebe und Stiftungen des Militärs zu verstaatlichen und das Militär zur Offenlegung all seiner Einkommensquellen zu zwingen, waren bisher relativ erfolglos.⁷⁶ Die unabhängige und intransparente Finanzierung des Militärs macht es für die zivilen Institutionen schwer bis unmöglich, Geld als Druckmittel oder als Anreiz einzusetzen und auf diese Weise dessen innere Angelegenheiten zu beeinflussen.

Der zweite Faktor, der eine substanzielle Reform des Militärs erheblich behindert, ist dessen territoriale Kommandostruktur, an der die Militärführung wohl so lange wie möglich festhalten wird. Bereits unter Sukarno eingeführt, stellt sie eine Art Parallelstruktur zur zivilen Verwaltung dar, mit der die Streitkräfte beinahe flächendeckend über Stützpunkte in ganz Indonesien verfügen, teilweise bis hinunter auf die Gemeindeebene. Diese flächendeckende Präsenz ermöglicht überhaupt erst die illegalen und einen Teil der legalen Geschäfte des Mili-

⁷⁰ Wandelt, Ingo: Security Sector Reform in Indonesia. Military vs. Civil Supremacy, S. 294, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 269-295.

⁷¹ vgl. Mietzner: The Politics of Military Reform, 2006, S. 32.

⁷² Kleine-Brockhoff: Durchbruch für die Demokratie, 2004, S. 15.

⁷³ Wandelt: Security Sector Reform, 2007, S. 281.

⁷⁴ Bonn International Center for Conversion (BICC): Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Länderporträt Indonesien, 2007, S. 13, Online im Internet: URL: <http://www.bicc.de/ruestungsexport/pdf/countries/2007_indonesien.pdf> [Stand: 24.01.2008].

⁷⁵ ebd., S. 13.

⁷⁶ vgl. Mietzner: The Politics of Military Reform, 2006, S. 55/56.

tärs.⁷⁷ Darüber hinaus lässt sie den lokalen Befehlshabern große Spielräume innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs, da die Militärführung schon rein organisatorisch nicht in der Lage sein kann, alle Vorgänge auf den tausenden Stützpunkten des indonesischen Archipels zu überwachen. Dies bedingt praktisch zwangsläufig eklatante Mängel in der Professionalität und inneren Geschlossenheit der Streitkräfte. Andererseits gibt die Territorialstruktur dem Militär Möglichkeiten an die Hand, weiterhin in den zivilen Bereich hineinzuwirken. Zwar sind mittlerweile alle Mittel der offiziellen, direkten Mitwirkung des Militärs an der Politik und den öffentlichen Angelegenheiten abgeschafft worden. Allerdings sind die indonesischen Eliten immer noch von einer starken zivil-militärischen Verflechtung gekennzeichnet und die ‚Große Familie‘ der Streitkräfte, wie sich TNI gerne selbst darstellt, hat nach wie vor großen politischen Einfluss, vor allem vermittelt der *purnawirawan*, den Generälen im Ruhestand.⁷⁸

Die unzureichende zivile Kontrolle des staatlichen Sicherheitsapparats ist die gravierendste, aber nicht die einzige Einschränkung des Gewaltmonopols der demokratisch gewählten Regierung. Nach dem Zusammenbruch der ‚Neuen Ordnung‘ ist es in vielen Regionen Indonesiens zum (Wieder-)Aufblühen ethno-religiöser Konflikte und separatistischer Bewegungen gekommen.⁷⁹ Die kritische Phase der gewalttätigen Auseinandersetzungen lag in etwa zwischen 1999 und 2001, abgesehen von Aceh, wo der Konflikt 2003 und 2004 mit mehreren TNI-Großoffensiven seinen Höhe- bzw. Tiefpunkt erreichte. Die meisten Konflikte sind heute beigelegt oder zumindest eingeeht, wobei besonders das bisher eingehaltene Friedensabkommen von Helsinki zwischen der indonesischen Regierung und den acehnesischen Rebellen vom 15. August 2005 hervorzuheben ist. Dennoch bestehen vielerorts, wenn auch in der Regel auf die kommunale Ebene begrenzt, Spannungen zwischen den beteiligten Parteien fort, die sich immer wieder in einzelnen Gewaltakten entladen.

Des Weiteren können diverse private Milizen bzw. terroristische Vereinigungen als Veto-Akteure gegenüber dem staatlichen Gewaltmonopol identifiziert werden. Die meisten politischen Parteien und einflussreichen Interessenorganisationen verfügen über eigene bewaffnete Privatmilizen, die nicht immer nur zu deren Schutz eingesetzt werden.⁸⁰ Darüber hinaus existieren unabhängige radikalislamische Milizen wie *Laskar Jihad* oder die *Front Pembela Islam*, die wiederholt durch Angriffe auf Nicht-Muslime und so genannte ‚unislamische Elemente‘ wie Bars und Nachtclubs etc. aufgefallen sind.⁸¹ Ein Sonderfall ist das in ganz Süd-

⁷⁷ vgl. ebd., S. 13.

⁷⁸ vgl. Wandelt: Security Sector Reform, 2007, S. 272/274.

⁷⁹ Bewaffnete Konflikte zwischen ethnischen bzw. religiösen Gruppen, hinter denen in Wahrheit oft ökonomische Motive stehen und die teilweise von außenstehenden, radikalislamischen Gruppierungen verschärft wurden, traten unter anderem in West- und Zentralkalimantan, Zentralsulawesi und auf den Molukken auf. Während der Konflikt zwischen den indonesischen Streitkräften und der secessionistischen Bewegung der GAM (Bewegung freies Aceh) sich zeitweise zu einem regelrechten Bürgerkrieg ausweitete, kommt es in West-Papua immer wieder zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen dem Militär und (vermeintlichen) Separatisten aus den Reihen des indigenen Volkstammes der Papua.

⁸⁰ vgl. Hadiwinata / Schuck: A defective democracy, 2007, S. 401.

⁸¹ vgl. ebd., S. 401.

ostasien operierende Terrornetzwerk *Jemaah Islamiyah* (JI, „islamische Gemeinschaft“), dem Verbindungen zu Al-Qaida nachgesagt werden und dem eine Reihe großangelegter Bombenanschläge, darunter die Anschläge auf Bali in den Jahren 2002 und 2005.

In der Fülle nicht-staatlicher bewaffneter Gruppierungen spiegelt sich einerseits das (zurecht) mangelnde Vertrauen in die offiziellen Sicherheitskräfte und ein starker Hang zur Selbstjustiz und andererseits das seit einiger Zeit zu beobachtende Erstarren des politischen Islam und des radikalislamischen Gedankenguts in Indonesien wider.

Letzteres legt die Frage nahe, ob in Indonesien, dem Staat mit der größten mehrheitlich muslimischen Bevölkerung der Welt⁸², die Trennung von Kirche und Staat, ein weiterer Aspekt des demokratischen Rechtsstaats (im modernen bzw. westlichen Verständnis), gewährleistet ist.⁸³ Die Republik Indonesien ist seit ihrer Gründung ein säkularer Staat. Das Prinzip des Laizismus ist zwar nicht ausdrücklich in der Verfassung von 1945 verankert, wird aber traditionell als eine Implikation der Staatsphilosophie *Pancasila* in Kombination mit Artikel 29 (Abs. 2) der Verfassung, der freie Religionsausübung garantiert, verstanden.⁸⁴ Abgesehen davon beruht der indonesische Säkularismus auf allgemeinem gesellschaftlichen Konsens, der lange Zeit nur von einer unbedeutenden Minderheit angefochten wurde. Denn die große Mehrheit der indonesischen Muslime gilt nach wie vor als im internationalen Vergleich sehr liberal.⁸⁵ Es sei hier dahingestellt, ob diese Einschätzung heute noch voll zutrifft, in jedem Fall bleibt die Tatsache bestehen, dass der *politische* Islam heute sehr viel einflussreicher ist als noch vor 20 Jahren.⁸⁶ Nach dem Sturz Suhartos hatten islamische Parteien, die oft in

⁸² 86,1% der rund 235 Mio. Einwohner Indonesiens sind bekennende Muslime. (Central Intelligence Agency: The World Factbook, 2008, Online im Internet: URL: <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html>> [Stand: 25.01.2008].

⁸³ Es soll hier durchaus nicht (mit Autoren wie Samuel Huntington) argumentiert werden, dass die Religion und die Kultur des Islam an sich mit dem demokratischen Rechtsstaat unvereinbar ist. Jedoch gibt es islamische Strömungen, die die Trennung von Staat und Religion, von öffentlicher und privater Sphäre prinzipiell nicht anerkennen und gezielt einen auf islamischen Grundsätzen basierenden ‚Gottesstaat‘ anstreben. Wenn solche Strömungen die Macht im Staat übernehmen, kann von Pluralismus und Demokratie keine Rede mehr sein; der Iran ist hierfür das beste Beispiel.

⁸⁴ Die Staatsphilosophie *Pancasila* („Fünf Fundamente“), die auf Sukarno zurückgeht, ist Teil der Präambel der Verfassung von 1945 und stellt nach wie vor ein einflussreiches politisches Ideal dar, auch wenn sie oft zu Propagandazwecken missbraucht wurde. Viele Parteien und Interessengruppen, die sich bewusst vom konservativ-islamischen Lager distanzieren wollen, berufen sich auf die Pancasila und damit auf den indonesischen Nationalismus. Die fünf Grundsätze der Pancasila-Philosophie lauten: „the sovereign Republic of Indonesia [...] is based on the belief in the One and Only God, just and civilised humanity, the unity of Indonesia, democracy guided by the inner wisdom of deliberations amongst representatives and the realization of social justice for all of the people of Indonesia.“ (The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia, 2002, Präambel). Entscheidend für die Auslegung der Pancasila als pro-laizistisch ist die Nicht-Erwähnung des Islam bzw. der nur allgemeine Bezug auf „the One and Only God“; der Islam wird auch an keiner anderen Stelle der Verfassung erwähnt.

⁸⁵ Diese Einschätzung beruht unter anderem auf der Ansicht, dass ein großer Teil (d.h. mindestens die Hälfte) der indonesischen Muslime Anhänger einer spezifischen javanisch-indonesischen Variante des Islam, genannt *abangan*, sind. *Abangan* bezeichnet einen synkretistischen Islam, der von altjavanischen, hinduistischen und buddhistischen Einflüssen geprägt ist. Jüngere Studien kommen jedoch zu dem Schluss, dass diese Einschätzung womöglich schon seit Jahrzehnten überholt ist. Demnach haben Umfragen aus den Jahren 2001 und 2002 ergeben, dass gerade einmal 5% der indonesischen Muslime als *abangan* klassifiziert werden können; dagegen können 80% als *santris* bezeichnet werden, d.h. als orthodoxe Muslime. (vgl. Möller, André: Islam and *Traweh* Prayers in Java. Unity, Diversity, and Cultural Smoothness, 2005, S. 5, Online im Internet: URL: <<http://www.anpere.net/2006/7.pdf>> [Stand: 25.01. 2008]).

⁸⁶ Unter politischem Islam sollen hier islamische Parteien, Organisationen, Räte muslimischer Gelehrter etc. verstanden werden, die sich politisch engagieren und sich dabei auf islamische Werte und/oder Koranvorschriften

Verbindung mit teilweise schon seit Jahrzehnten existierenden Muslimorganisationen stehen bzw. aus diesen hervorgegangen sind, wieder die Möglichkeit, ohne Einschränkung um politische Ämter zu konkurrieren. Zwar sind Parteien, die sich ausschließlich auf den Islam (und nicht zugleich auf die Pancasila) berufen, im nationalen Parlament bisher deutlich in der Minderheit: zusammengenommen erreichten solche konservativ-islamischen Parteien nur 20,5% der Stimmen bei den DPR-Wahlen 2004, die säkular eingestellten Parteien dagegen 68,8%.⁸⁷ Dennoch sind diese Parteien und zivilgesellschaftlichen Muslimorganisationen zunehmend in der Lage, die Frage nach der gesetzlichen Verankerung islamischer Werte und Vorschriften in den politischen Diskurs einzubringen. Dabei stoßen sie seitens der säkularen Parteien auf wenig Widerstand, da auch diese stets besorgt sind, nicht die Gunst der orthodoxen Muslime zu verlieren. Laut *Newsweek* macht der indonesische Präsident hier keine Ausnahme: „[...] President Susilo Bambang Yudhoyono tends to react timidly to extremist demands for fear of being smeared by political opponents as being un-islamic.“⁸⁸ In der Folge wurden die Vorstellungen des konservativ-islamischen Lagers teilweise schon in die Tat umgesetzt. So wurden in mindestens 12 Provinzen (teils auf Provinz-, teils nur auf Distrikts-ebene) Verordnungen erlassen, die eindeutig auf Elementen der Scharia, des islamischen Rechts, basieren. Da religiöse Angelegenheiten offiziell Domäne der Zentralregierung sind, werden diese Verordnungen bewusst nicht als religiöse Vorschriften, sondern zur ‚Bewahrung der öffentlichen Ordnung‘ erlassen.⁸⁹ Solche Verordnungen sind zum Beispiel: Verbote von Alkohol, Wetten und Prostitution; die Vorschrift, dass Beamte, angehende Ehepaare und Studenten den Koran lesen und/oder rezitieren können; die Vorschrift, „muslimische Kleidung“ zu tragen (in der Regel bedeutet dies Kopftuchzwang für Frauen) und das Verbot unmoralischen Verhaltens / von *maksiat* (Sünde). Gerade bei den beiden letzteren Beispielen besteht die Gefahr darin, dass sie meist sehr vage formuliert sind und so große Interpretationsspielräume für die Sittenpolizei zulassen, die mit der Überwachung der Scharia-Verordnungen beauftragt ist. Auch auf nationaler Ebene gewinnt das konservativ-islamische Lager zunehmend Einfluss auf die Politik, wie das Beispiel des Anti-Pornographie Gesetzesentwurfes aus dem Jahr 2006 zeigt. Dieser Entwurf wurde vor allem vom ‚indonesischen Rat der Ulama‘ (MUI), der zur Zeit das zentrale öffentliche Forum einer Vielfalt konservativer und fundamentalistischer islamischer Gruppierungen ist, vorangetrieben und sah eine Reihe

berufen. Obwohl die meisten Vertreter des politischen Islam in Indonesien sich deutlich von gewaltbereiten, radikalislamischen Milizen und Terroristen distanzieren und deren Handlungen verurteilen, kann zwischen politischem Islam (der ein breites Spektrum von moderaten bis hin zu konservativ-islamistischen Gesinnungen umfasst) und islamischem Extremismus schwerlich eine klare Trennlinie gezogen werden.

⁸⁷ Diese Zahlen betreffen alle Parteien, die mehr als 2% der Stimmen erreichten (wobei die Parteien mit weniger als 2% zusammengenommen nur 3,17% der Stimmen erhielten). vgl. Liddle / Mujani: Indonesia in 2004, 2005, S. 121.

⁸⁸ Cochrane, Joe / Jonathan Kent: Drifting Toward Extremism, S. 51, in: *Newsweek* (December 4 / 2006), S. 48-52.

⁸⁹ vgl. Salim, Arskal: Muslim Politics in Indonesia: The religious majority and the rights of minorities in the Post-New Order Era, S. 127f., in: Ross H. McLeod / Andrew MacIntyre (eds.): Indonesia, Democracy and the Promise of Good Governance, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 2007, S. 115-137.

von Bestimmungen vor, die eine öffentliche Darstellung (in den Medien) und das öffentliche Praktizieren von Sexualität – im denkbar weitesten Sinne, wohlgermerkt – unter Strafe stellen. Dazu gehören unter anderem erotischer Tanz in der Öffentlichkeit (bis zu 10 Jahre Gefängnis), Küssen in der Öffentlichkeit und das öffentliche Simulieren von Geschlechtsverkehr (beides bis zu 5 Jahre Gefängnis).⁹⁰ Der Gesetzesentwurf wurde zwar vorläufig auf Eis gelegt, hat aber zwischenzeitlich Zuspruch aus den meisten Fraktionen des Parlaments bekommen.

Die hier angeführten Beispiele machen deutlich, dass sich die staatlichen Institutionen hinsichtlich der Religion und Moral der Indonesier nicht so neutral verhalten, wie es die Rechtsstaatlichkeit gebietet. Die Trennung von Kirche und Staat ist damit zwar nicht gänzlich aufgehoben, aber zumindest im Bereich der bürgerlichen Freiheiten ernsthaft in Frage gestellt. Denn die meisten Scharia-Verordnungen verletzen die individuellen Rechte auf freie Religionsausübung, Gleichheit vor dem Gesetz und Freiheit von Diskriminierung, Rechte, die von der überarbeiteten indonesischen Verfassung ausdrücklich garantiert werden. Da die Anerkennung und der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte innerhalb des Rechtsstaats eine besonders wichtige Position einnehmen, sollen weitere Fortschritte und Defizite Indonesiens in diesem Bereich im Folgenden genauer betrachtet werden.

3.3 Menschen- und Bürgerrechte

Die indonesische Verfassung enthält seit der zweiten Revision im Jahr 2000 einen umfassenden Menschen- und Bürgerrechtskatalog (Artikel 28a-28j), zu dem auch die meisten Bestandteile der *Universal Declaration of Human Rights* der Vereinten Nationen gehören.⁹¹ Lediglich das Fehlen des Verbots von willkürlicher Verhaftung und Untersuchungshaft sowie eines Artikels über die Gleichberechtigung von Männern und Frauen fällt hier negativ auf.⁹² Darüber hinaus wurden in der Reform-Ära diverse restriktive Gesetze im Bereich der politischen und bürgerlichen Freiheiten (wie zum Beispiel das berüchtigte Anti-Subversions-Gesetz), die noch aus der Suharto-Zeit stammten, abgeschafft und neue erlassen.

In der Folge unterliegen die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit kaum noch formellen Einschränkungen und auch in der Praxis sind diese essentiellen politischen Rechte ausreichend gewährleistet, wovon vor allem die Vielfalt neu entstandener Parteien, Gewerkschaften und NGOs zeugt.⁹³ Es gibt jedoch eine Ausnahme, die diese positive Entwicklung überschattet: In Papua⁹⁴ werden politische Aktivisten, die für mehr Selbstbestimmung der indige-

⁹⁰ vgl. ebd., S. 122/123.

⁹¹ vgl. Benesch, Sebastian: The Indonesian Constitution: Historical Developments and an Evaluation of Recent Constitutional Amendments, S. 185, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 177-199.

⁹² vgl. Stockmann: The new Indonesian Constitutional Court, 2007, S. 22.

⁹³ vgl. Bertelsmann Stiftung: BTI 2008 – Country Report Indonesia, 2007, S. 11.

⁹⁴ Gemeint ist der indonesische, westliche Teil der Insel, dessen östlicher Teil vom Staat Papua-Neuguinea eingenommen wird. Dieser wurde bis Anfang 2007 offiziell Irian Jaya genannt bzw. war aufgeteilt in die beiden Pro-

nen Bevölkerung oder für einen unabhängigen Staat der Papua eintreten, immer wieder an Versammlungen und Demonstrationen gehindert und teilweise strafrechtlich verfolgt. So sind einige Fälle bekannt, in denen Aktivisten, die sich keiner Gewalt oder anderer krimineller Handlungen schuldig gemacht haben, unter anderem wegen ‚Hochverrats‘ oder der ‚Verbreitung von Hass gegen die Regierung‘ zu hohen Gefängnisstrafen bis zu 20 Jahren verurteilt wurden.⁹⁵ Dass die Regierung in den separatistischen Bewegungen Papuas tatsächlich eine Bedrohung der nationalen Integrität Indonesiens sieht, kann für die Einschränkung der Bürgerrechte der dortigen Bevölkerung keine Entschuldigung sein, zumal der zivile Protest der Papuas bis auf wenige Ausnahmen gewaltlos von statten geht.

Auch im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit wurden große Fortschritte erzielt, insbesondere mit dem neuen Pressegesetz von 1999, so dass Amy L. Freedman konstatiert: „After the fall of Suharto, Indonesia was viewed as the center of media freedom in the region.“⁹⁶ Der positive Trend hielt jedoch nicht an, im Gegenteil, seit der Machtübernahme durch Präsidentin Megawati Sukarnoputri sind deutliche Rückschritte zu verzeichnen. Besonders hervorzuheben ist hier das Ende 2002 erlassene Medien- und Rundfunkgesetz, das die Lizenzvergabe an Fernseh- und Radiostationen von vage formulierten Bestimmungen und Verhaltensmaßregeln abhängig macht und bei Verstößen gegen diese Normen teilweise empfindliche Strafen vorsieht.⁹⁷ Laut der Bertelsmann Stiftung hat die Reglementierung und Kontrolle der Medien unter Präsident Yudhoyono noch zugenommen:

“[...] among the four governments after Suharto, the government of President Yudhoyono has been the most aggressive in its relations with the media. The current government has, for instance, issued four presidential regulations and two ministerial decrees affecting the media.”⁹⁸

Die Verschlechterung im Niveau der Pressefreiheit dokumentiert der *Press Freedom Index* von Reporters Sans Frontières: Im Jahr 2002 noch mit der Note 20 (auf einer Skala von 0-100; wobei 0 für eine völlig freie Presse steht) auf Rang 57 von 139 untersuchten Ländern geführt, ist Indonesien mittlerweile auf Rang 100 von 169 untersuchten Ländern abgefallen und wird mit der Note 30, 5 bewertet.⁹⁹ Die Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit treten auf unterschiedliche Weise in Erscheinung. Ein häufig angewendetes Mittel, um kritischen oder investigativen Journalismus zu unterdrücken, sind Diffamierungs- und Verleumdungsklagen gegen die Veröffentlichung unerwünschter Berichte, die von den betroffenen, meist einflussreichen Personen oder Gruppen aus Politik, Militär und Wirtschaft ange-

vinzen West Irian Jaya und Irian Jaya. Seitdem hat die indigene Bevölkerung der Insel, die sich selbst Papua nennt, die Namen West-Papua bzw. Papua für die Provinzen durchgesetzt.

⁹⁵ vgl. IFEX: Eighteen imprisoned for peacefully advocating independence of Papua, 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.ifex.org/en/content/view/full/81275/>> [Stand: 28.01.2008].

⁹⁶ Freedman, Amy: Political Change and Consolidation. Democracy's Rocky Road in Thailand, Indonesia, South Korea and Malaysia, New York: Palgrave MacMillan, 2006, S. 91.

⁹⁷ Klein, Doris: Pressefreiheit in Südostasien, S. 6, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21-22 (2004), S. 3-8.

⁹⁸ Bertelsmann Stiftung: BTI 2008 – Country Report Indonesia, 2007, S. 11/12.

⁹⁹ Reporter Sans Frontières: Press Freedom Index 2002 & 2007, Online im Internet: URL: <http://www.rsf.org/article.php3?id_article=4116> & <http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025> [Stand: 28.01.2008].

strengt werden.¹⁰⁰ Solche Klagen werden oft nach dem Strafgesetzbuch verhandelt, das Artikel über Verleumdung, die Diffamierung staatlicher Autoritäten und die Beleidigung religiösen Empfindens enthält, obwohl eigentlich in allen Medienangelegenheiten die oben genannten Presse- und Rundfunkgesetze angewendet werden sollten.¹⁰¹ Da es in diesen Fällen – nicht zuletzt angesichts der korrupten Justiz – oft zu Verurteilungen mit hohen Geldstrafen und sogar Gefängnisstrafen kommt, ist es nahe liegend, dass dieses Vorgehen gegen Journalisten eine Art Selbstzensur der Presse bewirkt. Ein aktuelles und Aufsehen erregendes Beispiel in diesem Zusammenhang ist das Urteil des obersten Gerichtshofs Indonesiens zugunsten des mittlerweile (27.01.2008) verstorbenen Ex-Diktators Suharto, der bereits 1999 gegen das Magazin *Time Asia* geklagt hatte, das in einem Artikel Suharto und seine Familie der Korruption und der Veruntreuung von Staatsgeldern in Milliardenhöhe beschuldigt hatte. Nachdem die Klage zuvor von zwei Gerichten abgelehnt worden war entschied der oberste Gerichtshof im September 2007, dass Time Asia eine Entschuldigung veröffentlichen und eine Entschädigung von umgerechnet 106 Millionen USD an Suharto zahlen muss. Sollte diese Entscheidung nicht revidiert werden – denn Time Asia hat Berufung eingelegt –, könnte sie ein prekärer Präzedenzfall für zukünftige Diffamierungsklagen werden.

Des Weiteren sind kritische Journalisten wiederholt Einschüchterungen und körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen, die von den „Opfern“ negativer Presse beauftragt wurden. Die Reporters Sans Frontières verzeichneten 20 solcher Fälle allein im Jahr 2007, darunter auch den Mord an einem Journalisten aus Ostjava, der eine lokale Korruptionsaffäre untersucht hatte.¹⁰²

Während diese Formen der indirekten Zensur nicht unbedingt zentral von der Regierung gesteuert, wenn auch im Fall der Diffamierungsklagen sicherlich von ihr gebilligt werden, wird die Pressefreiheit in bestimmten Belangen auch ganz offiziell eingeschränkt. So wurde die Berichterstattung über den Bürgerkrieg in Aceh und die anschließenden Friedensverhandlungen im Jahr 2005 staatlich zensiert, ebenso wie die Berichterstattung über die Hilfsmaßnahmen nach der Tsunami-Katastrophe. Außerdem ist der ausländischen Presse seit 2003 jeglicher Zugang in die beiden Provinzen Papuas verwehrt worden und inländische Journalisten, die über die dortigen Menschenrechtsverletzungen (siehe unten) berichten, riskieren Übergriffe durch das Militär und die Polizei.¹⁰³

Schließlich sei hier noch ein aktueller Fall von landesweiter Zensur erwähnt, der auch insofern von Bedeutung ist, als er demonstriert, wie die ‚Neue Ordnung‘ Suhartos noch heute die öffentliche Meinung beeinflusst und die Meinungsfreiheit beeinträchtigt. Im März 2007 hat die

¹⁰⁰ vgl. Freedom House: Country Report Indonesia 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7195&year=2007>> [Stand: 28.01.2008].

¹⁰¹ vgl. IFEX: Defamation cases obstruct press freedom, 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.ifex.org/en/content/view/full/89100/>> [Stand: 28.01.2008].

¹⁰² vgl. Reporter Sans Frontières: Indonesia – Annual Report 2007, Online im Internet: URL: <http://www.rsfs.org/article.php?id_article=20786> [Stand: 29.01.2008].

¹⁰³ vgl. Freedom House: Country Report Indonesia 2007.

Generalstaatsanwaltschaft Indonesiens 13 Schulbücher für den Geschichtsunterricht verboten, weil sie nicht ausdrücklich genug darauf hingewiesen hatten, dass die PKI, die kommunistische Partei Indonesiens, allein für den Putschversuch im Jahr 1965 verantwortlich ist (dies ist bis heute umstritten). Dieser Putschversuch legitimierte die Machtergreifung Suhartos und soll wohl auch die bis heute nicht aufgearbeitete Verfolgung der Kommunisten Indonesiens, der vor allem in den Jahren 1965/1966 Tausende zum Opfer gefallen sind, rechtfertigen. Die verbotenen Schulbücher wurden bezeichnenderweise nicht einfach nur aus dem Verkehr gezogen, sondern „vor den Büros der lokalen Staatsanwälte in Westjava, Zentraljava und Südsulawesi“ öffentlich verbrannt.¹⁰⁴

Durch die hier angeführten Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit soll nicht der Eindruck entstehen, dass die Überwachung und Zensur der Medien, die das Suharto-Regime kennzeichneten, heute in gleicher Weise wiederauflebt. Offiziell herrscht in Indonesien Pressefreiheit und diese wird auch von einer großen Anzahl neuer und unabhängiger Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen wahrgenommen, auch um ausdrückliche Kritik an den Mächtigen zu üben. Allerdings gilt die Pressefreiheit zum einen nicht universell (Aceh, Papua) und zum anderen haben die Regierungen der Reform-Ära einige Möglichkeiten offen gelassen, um gegen allzu kritische oder unangenehme Presse vorzugehen.

Wie oben bereits gesagt, hat sich Indonesien in seiner Verfassung explizit auf den Schutz der Menschenrechte verpflichtet. In der Realität ist dieser Schutz aber zu oft nicht gewährleistet. Im Umgang mit Strafverdächtigen und politischen Dissidenten (wie den Separatisten in Papua) kommt es regelmäßig zu schweren Menschenrechtsverletzungen durch die indonesischen Sicherheitskräfte. So berichtet Amnesty International: „Across the country, ill-treatment or torture in detention facilities and police lock-ups continued to be widely reported.“¹⁰⁵ Vor allen Dingen in Krisengebieten wie Aceh, Kalimantan, Zentralsulawesi, den Molukken und, immer noch aktuell, Papua, werden dem Militär und der Polizei Mord, Vergewaltigung, Folter, Vertreibung und willkürliche Verhaftung zur Last gelegt. In Papua, wo aufgrund der vermeintlichen Bedrohung der Staatlichkeit Indonesiens seit einigen Jahren eine im Vergleich sehr hohe Militärpräsenz zu beobachten ist, obwohl es praktisch keine größeren organisierten Angriffe separatistischer Rebellen auf die Sicherheitskräfte gegeben hat, ist die Menschenrechtslage derzeit besonders prekär.¹⁰⁶ Allein aus dem Jahr 2007 ließen sich zahlreiche gut dokumentierte Fälle von Übergriffen des Militärs und der Polizei auf unbewaffnete

¹⁰⁴ Junge, Fabian: Barbarei und Paranoia: Indonesiens Staatsanwaltschaft verbrennt Geschichtsbücher, S. 14, in: SUARA (ehemalige Indonesien-Information), Nr. 2 / 2007, S. 14-17.

¹⁰⁵ Amnesty International: Indonesia. Taken from the Amnesty International Report 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.amnesty.org/en/region/asia-and-pacific/south-east-asia/indonesia>> [Stand: 30.01.2008].

¹⁰⁶ Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Uni Hamburg: Indonesien (West-Papua), 2007, Online im Internet: URL: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/130bk_indonesien_papua.htm> [Stand: 30.01.2008].

und wehrlose Papuas, oft mit tödlichem Ausgang, anführen.¹⁰⁷ Zwar handeln die Sicherheitskräfte im Allgemeinen in Eigenregie und entziehen sich, wie oben beschrieben, teilweise der Kontrolle durch zivile Institutionen. Dennoch muss man der indonesischen Regierung vorwerfen, dass sie nicht entschieden genug gegen Menschenrechtsverbrecher aus den Reihen der Sicherheitskräfte vorgeht. Obwohl eine Menschenrechtskommission und eigene Menschenrechtsgerichtshöfe existieren, kommt es nur äußerst selten vor (bei höheren Offizieren so gut wie nie), dass Militärs oder Polizisten für Übergriffe auf die Bevölkerung zur Verantwortung gezogen werden; wenn sie überhaupt vor Gericht gestellt werden, kommen sie mit sehr milden Urteilen davon. Es herrscht allgemein eine „Kultur der Straflosigkeit“ in Bezug auf Menschenrechtsverbrechen seitens der Sicherheitskräfte, besonders des Militärs, die letztlich erheblich dazu beiträgt, dass solche Verbrechen nach wie vor begangen werden.¹⁰⁸

Zu den Menschenrechten in der indonesischen Verfassung gehören auch folgende Artikel:

“Each Person has the right to be free from discriminatory treatment on any grounds and has the right to obtain protection from such discriminatory treatment (Art. 28i Abs. 2). Each person has the right to assistance and special treatment in order to gain the same opportunities and benefits in the attainment of equality and justice (Art. 28h Abs. 2).”¹⁰⁹

Damit ist in der Verfassung ein Minderheitenschutz festgeschrieben, wie ihn die Minimaldefinition der Demokratie von Schubert, Tetzlaff und Vennwald verlangt. In der Praxis wird aber wenig unternommen, um Minderheiten, die Diskriminierung ausgesetzt sind, zu schützen. So geht von den Scharia-Verordnungen in den Provinzen und Distrikten Indonesiens eine akute Gefahr der Diskriminierung aller Nicht-Muslime aus. Zudem hat sich die Regierung angesichts von Anfeindungen und Angriffen gegen die Minderheit der indonesischen Christen (8-9% der Bevölkerung) durch radikale Islamisten (zum Beispiel die Schließung oder Zerstörung zahlreicher christlicher Kirchen) bislang sehr passiv verhalten. Opfer von Diskriminierung sind außerdem die Minderheiten der ethnischen Chinesen, der Dayak (Urbevölkerung Kalimantan/Borneos) und der Papua.

3.4 Fazit

In diesem Abschnitt 3 der Arbeit sollte, anhand der Minimaldefinition der Demokratie von Schubert, Tetzlaff und Vennwald, eine Bestandsaufnahme des politischen Systems in Indonesien vorgenommen werden. Dabei haben sich für die drei Kriterien der Demokratiedefinition, nämlich die Durchführung regelmäßiger, freier und fairer Wahlen (1), die Rechtsbindung von Politik, das heißt das Vorhandensein von Gewaltenteilung und die Durchsetzung des Rechtsstaats (2), und die Anerkennung unveräußerlicher Menschen- und Bürgerrechte (3),

¹⁰⁷ vgl. AG Friedensforschung an der Uni Kassel: Menschenrechte in Papua – Schlaglichter (Juli – November 2007), Online im Internet: URL: <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/West-Papua/bericht.html>> [Stand: 30.01.2008].

¹⁰⁸ AG Friedensforschung an der Uni Kassel: West-Papua (Indonesien): Eine offenen Wunde, 2002, Online im Internet: URL: <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/West-Papua/jahrestag.html>> [Stand: 30.01.2008].

¹⁰⁹ The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia, 2002.

folgende Resultate ergeben: Das erste Kriterium kann insgesamt als erfüllt angesehen werden. Zwei Runden von Parlamentswahlen, die im Wesentlichen nach demokratischen Standards abgehalten wurden, und die anschließenden friedlichen Machtwechsel haben gezeigt, dass in Indonesien die Möglichkeit einer Abwahl der Machthaber und damit die Möglichkeit zur politischen Partizipation der Bevölkerung besteht.

Das zweite Kriterium wird von Indonesien nur hinsichtlich der Forderung nach einer minimalen Gewaltenteilung und -kontrolle erfüllt. Zwar ist auf Seiten der Exekutive ein Machtübergewicht festzustellen, jedoch sind das Parlament und das Verfassungsgericht (als oberster Repräsentant der Judikative) durchaus in der Lage, eigene Kompetenzen wahrzunehmen und Kontrolle über die Regierung auszuüben. Diese wichtigen Fortschritte haben aber nicht dazu geführt, dass sich das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit grundlegend in den staatlichen Institutionen durchgesetzt hätte. Die indonesischen Gerichte sind sehr anfällig für Korruption und Beeinflussung, so dass die Unabhängigkeit der Justiz und die unvoreingenommene Anwendung geltenden Rechts de facto nicht gegeben sind. Auch in den übrigen staatlichen Institutionen sind Korruption und „money politics“ weit verbreitet.¹¹⁰ Massive Einschränkungen der Rechtsstaatlichkeit gibt es auch infolge der Tatsache, dass die demokratisch gewählte Regierung ihr Gewaltmonopol nur bedingt behaupten kann. Das Militär hat sich große Eigenständigkeit bewahrt und kann durch die zivilen Institutionen nur begrenzt kontrolliert werden. Auch wenn sich die Streitkräfte offiziell aus der Politik zurückgezogen haben und ein Putsch gegenwärtig unwahrscheinlich ist, bleibt das Militär ein potentieller Veto-Akteur gegenüber den gewählten Volksvertretern. Außerdem wird das Gewaltmonopol durch eine beträchtliche Anzahl von Privatmilizen und gewaltbereiten Banden unterminiert, die im Auftrag von Parteien, radikalislamischen Gruppierungen und anderen einflussreichen Interessengruppen oder Personen operieren und teilweise in Kontakt zum Militär stehen. Eine akute Gefahr für den indonesischen Rechtsstaat stellen auch die Scharia-Verordnungen in diversen Distrikten dar, da sie die Trennung von Kirche und Staat aufweichen und bürgerliche Freiheitsrechte verletzen.

Allgemein unterliegt die Anerkennung der Menschen- und Bürgerrechte, das dritte Kriterium der Demokratiedefinition, trotz allen Fortschritten gegenüber dem Suharto-Regime starken Einschränkungen. Die Bürgerrechte sind, abgesehen von den Scharia-Verordnungen, vor allem im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit beeinträchtigt, teils durch restriktive Gesetzgebung, teils durch die Instrumentalisierung der Justiz für zahlreiche Verleumdungsklagen gegen kritische Presseorgane. Was die Menschenrechte betrifft, bekennt sich Indonesien in seiner Verfassung ausdrücklich zu ihrem Schutz, kann diesen aber in der Praxis oft nicht gewährleisten. In- und ausländische Menschenrechtsorganisationen berichten regelmäßig von Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und die Polizei; zur Zeit ist vor

¹¹⁰ Robison: Reorganising Power in Indonesia, 2004, S. 256.

allem der Umgang der Sicherheitskräfte mit der Urbevölkerung Papuas von großer Brutalität geprägt.

Die hier zusammengefassten Defizite in Bezug auf eine Demokratiedefinition, die bewusst nur drei zentrale Aspekte umfasst und auf universelle Anwendbarkeit abzielt, machen deutlich, dass Indonesien eingangs zurecht als ‚defekte Demokratie‘ bezeichnet wurde. Um verstehen zu können, welche Ursachen hinter diesen Defiziten stehen und welche Akteurskonstellationen dabei eine Rolle spielen, müssen die wichtigsten Stationen des bisherigen Demokratisierungsprozesses nachvollzogen werden. Im folgenden Abschnitt sollen daher zunächst die Genese und der Verlauf des politischen Umbruchs von 1998, der das Ende der ‚Neuen Ordnung‘ und die Einleitung tiefgehender demokratischer Reformen markierte, erörtert werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Interaktion strategischer und konfliktfähiger Gruppen vor dem Hintergrund der schwindenden Legitimation und Stabilität des Suharto-Regimes.

4. Die Genese des politischen Umbruchs von 1998

4.1 Die politische Entwicklung des postkolonialen Indonesien vor 1998

Zum Verständnis der politischen Vorgänge in Indonesien ist die Berücksichtigung seiner spezifischen Geschichte unerlässlich. Deshalb sollen hier zunächst die wichtigsten Aspekte der politischen Entwicklung Indonesiens seit dem Ende des zweiten Weltkriegs und bis zum politischen Umbruch im Jahr 1998 skizziert werden.

4.1.1 Die Sukarno-Ära

Die Geburtsstunde des indonesischen Staates kann auf den 17. August 1945 datiert werden, als die Revolutionsführer Sukarno und Mohammed Hatta eine unabhängige Republik Indonesien proklamierten. Einen Tag später nahm ein 27-köpfiges ‚Vorbereitendes Komitee für die indonesische Unabhängigkeit‘ die erste indonesische Verfassung, die *Undang-Undang Dasar 1945* (UUD 1945; oben bereits als ‚Verfassung von 1945‘ eingeführt) an und ernannte Sukarno zum Präsident der – bis dato nur auf dem Papier existierenden – Republik; Mohammed Hatta wurde zum Vize-Präsident ernannt.¹¹¹ Die UUD 1945 konzipierte Indonesien als „unitary state“ und die Nationalisten um Sukarno beanspruchten für diesen Einheitsstaat das gesamte Territorium der ehemaligen Kolonie Niederländisch-Indien, das weitgehend der heutigen Ausdehnung der Republik Indonesien entspricht. Dieser Anspruch gründete lediglich auf der geschlossenen Übernahme des Kolonialgebiets und war an sich in keiner Weise legitim, da es in vorkolonialer Zeit auf dem indonesischen Archipel nie ein Reich mit dieser Ausdehnung, sondern vielmehr eine Vielzahl von Sultanaten und Stammesgebieten gegeben hatte, die größtenteils auch unter der niederländischen Kolonialverwaltung formell fortbestanden.¹¹² Die ‚indonesische‘ Nation ist im Grunde die Erfindung einer antikolonialen, vom europäischen Nationalismus inspirierten Bewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts in Java seinen Anfang nahm und auf die sich später auch die Revolutionäre und Unabhängigkeitskämpfer der Nachkriegszeit stützten.¹¹³

Aus dem Krieg mit den Niederländern, der auf die Unabhängigkeitserklärung folgte, und aus dem Verhandlungsprozess zwischen Sukarno und seinen Gefolgsleuten, den Niederlanden und den Vereinten Nationen ging jedoch zunächst nicht die von Sukarno angestrebte unitarische Republik hervor. Statt dessen wurde ein Kompromiss geschlossen, mit dem die ‚Republik der Vereinigten Staaten von Indonesien‘ (*Republik Uni Serikat Indonesia*, RUSI) ins Leben gerufen wurde, eine Föderation bestehend aus der Republik Indonesien, deren Territorium im Renville-Abkommen vom 17.1.1948 auf Mitteljava und den Großteil Sumatras be-

¹¹¹ vgl. Hadiwinata: The 2004 Parliamentary and Presidential Elections in Indonesia, S. 88.

¹¹² vgl. Münch-Heubner, Peter L.: Osttimor und die Krise des indonesischen Vielvölkerstaates in der Weltpolitik (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Band 82), München: Hanns-Seidel-Stiftung, 2000, S. 35/36.

¹¹³ vgl. Wanandi, Jusuf: Indonesia – A failed state?, S. 135/136, in: The Washington Quarterly (Summer 2002), S. 135-146.

schränkt worden war, und 15 weiteren autonomen Teil-„Staaten“, die die Niederlande eigens zu diesem Zweck konstruiert hatten. Diese Lösung kam den Niederländern entgegen, da sie zu Recht davon ausgingen, ihren Einfluss und ihre wirtschaftliche Basis in einer solchen Föderation am besten erhalten zu können.¹¹⁴ So erkannten die Niederlande am 27. Dezember 1949 die Unabhängigkeit Indonesiens in Form der RUSI an; die Staatenföderation entsprach in ihrer Ausdehnung der ehemaligen Kolonie Niederländisch-Indien, abgesehen vom westlichen Teil Neuguineas/Papuas, der weiterhin unter niederländischer Verwaltung blieb. Die Teilstaaten der RUSI begannen sich aber schon bald aufzulösen und gingen einer nach dem anderen, teils freiwillig, teils unter Zwang, in der Republik Indonesien auf.¹¹⁵ Am 17. August 1950, genau fünf Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung, rief Sukarno erneut die unitarische Republik Indonesien aus, für das ganze Gebiet der RUSI, die damit offiziell abgeschafft war. Die Niederlande protestierten zwar, griffen aber nicht militärisch ein.

Als Grundlage für das politische System der neu geschaffenen Republik Indonesien ratifizierte das ‚Zentrale Indonesische Nationalkomitee‘, eine Art Übergangsparlament, eine provisorische Verfassung, die später durch eine endgültige, von einer gewählten Volksversammlung verabschiedeten Verfassung ersetzt werden sollte. Diese Verfassung, genannt *Undang-Undang Dasar Sementara* (UUDS 1950), war im Wesentlichen auf der Basis der (ebenfalls provisorischen) RUSI-Verfassung aus dem Februar 1950 entstanden und unterschied sich sehr stark von der UUD 1945. Im Gegensatz zu letzterer beinhaltete die UUDS 1950 einen ausführlichen Menschen- und Bürgerrechtskatalog und sah ein semi-präsidentielles Regierungssystem mit einem mächtigen Parlament vor. Insgesamt war die UUDS 1950 deutlich präziser formuliert, nicht zuletzt bezüglich der ‚checks and balances‘, als die UUD 1945, die viele Unklarheiten und Schlupflöcher enthielt, die einem autoritären Herrschaftsstil Vor Schub leisten konnten.¹¹⁶

Das politische System, dass in Indonesien in den 1950er Jahren entstand, war zunächst relativ pluralistisch geprägt und kann etwa bis 1957 insofern als demokratisch bezeichnet werden, als in dieser Zeit keine der großen politischen bzw. gesellschaftlichen Gruppierungen die Oberhand über die anderen erringen oder die Macht in einer Regimekoalition konzentrieren konnte. Die politischen Auseinandersetzungen waren geprägt von ideologischen, religiösen und ethnischen Konfliktlinien, die starke gesellschaftspolitische Strömungen, so genannte *aliran*, hervorbrachten.¹¹⁷ In den 1950er Jahren können vier oder fünf *aliran* identifiziert werden: der radikale Nationalismus, repräsentiert durch Sukarnos *Partai Nasional Indonesia* (PDI); der Kommunismus, repräsentiert durch die *Partai Komunis Indonesia* (PKI); der demokratische Sozialismus, repräsentiert durch die *Partai Sosialis Indonesia* (PSI); und

¹¹⁴ vgl. Münch-Heubner: Osttimor und die Krise des indonesischen Vielvölkerstaates, 2000, S. 37.

¹¹⁵ vgl. Benesch: The Indonesian Constitution, 2007, S. 181.

¹¹⁶ vgl. ebd., S. 181.

¹¹⁷ Der Begriff *aliran* wurde 1960 von dem bekannten Ethnologen Clifford Geertz geprägt; vgl. Hadiwinata: The 2004 Parliamentary and Presidential Elections in Indonesia, S. 114.

den politischen Islam, der wiederum unterteilt werden kann in Traditionalisten¹¹⁸, repräsentiert durch *Nahdlatul Ulama* („Renaissance der Ulama“; NU), und Modernisten, repräsentiert durch die Partei *Masyumi* („Konsultativrat der indonesischen Muslime“).¹¹⁹ Diese verschiedenen Strömungen konkurrierten um Einfluss auf das Militär, die Bürokratie und die Wirtschaft in einem höchst instabilen politischen Umfeld. Die freien Parlamentswahlen im September 1955 und die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung im Dezember 1955 verstärkten noch die Polarisierung der *aliran* bzw. des Parteiensystems.¹²⁰ Die Konstituante konnte sich auf keinen Verfassungsentwurf einigen und das Parlament brachte keine Kompromisse hervor, die die innergesellschaftlichen Konflikte hätten besänftigen können. Diese Konflikte traten ab 1956 verstärkt in regionalen Revolten zutage, die sich gegen den von Java ausgehenden Zentralismus richteten. Besonders hervorzuheben sind hier die PRRI/Permesta-Revolten¹²¹ in Sumatra und Nordsulawesi, bei denen Koalitionen aus Militärs und Zivilisten, teilweise unterstützt von Masyumi und der PSI, die regionalen Regierungen durch revolutionäre Räte ersetzen bzw. dies versuchten.

Als Reaktion auf diese Revolten verhängte Sukarno im März 1957 das Kriegsrecht und ging daran, sein Konzept der ‚gelenkten Demokratie‘ (*demokrasi terpimpin*) durchzusetzen. Dieses zielte auf die Einschränkung der Macht der Parteien und eine Stärkung des Konsensprinzips ab, was in der Praxis durch die Einführung eines Nationalrats mit ernannten Repräsentanten der ‚funktionalen Gruppen‘ der Gesellschaft erreicht werden sollte; de facto führte dies zu einer weitgehenden Entmachtung des Parlaments.¹²² Mit Hilfe des Militärs und einem Bündnis mit der PKI konnte Sukarno seine Machtbasis stark ausbauen. Ende 1957 wurden die meisten niederländischen Betriebe verstaatlicht und ihre Führung vom Militär übernommen. Dies stellte die Finanzierung der Streitkräfte sicher, erhöhte die Loyalität der regionalen Kommandos gegenüber der zentralen, von Sukarno ernannten Armeeführung und bewirkte

¹¹⁸ Unter den Santri (vgl. oben Fußnote 85 zur Unterscheidung der indonesischen Muslime in *abangan* und *santri*) gibt es zwei große Strömungen. Die *Traditionalisten* sind Anhänger eines traditionellen, jahrhunderte alten indonesischen Islams, der sunnitisch-orthodoxe und sufistisch-mystische Elemente vermischt; Traditionalistische Muslime sind vor allem in den ländlichen Gebieten Javas zu finden. Die Strömung des *Modernismus* im indonesischen Islam ist dagegen erst Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden. Der islamische Modernismus oder Reformismus stammt ursprünglich aus dem arabischen Raum und tritt für eine Rückbesinnung auf den Koran und die Sunna als einzig wahre Quellen der islamischen Lehre und für eine orthodoxe Auslegung des Koran ein; Modernisten finden sich eher in der städtischen Bevölkerung in- und außerhalb Javas. Vertreten werden die traditionalistischen Muslime durch die NU, eine 1926 gegründete Massenorganisation, die in den 50er und 60er Jahren auch als Partei existierte und die modernistischen Muslime durch Muhammadiyah, eine 1912 gegründete Massenorganisation, die in den 50er Jahren auch Teil der (ebenfalls modernistisch eingestellten) Masyumi-Partei war.

¹¹⁹ vgl. Hadiwinata: The 2004 Parliamentary and Presidential Elections in Indonesia, S. 115.

¹²⁰ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 52.

¹²¹ PRRI steht für ‚Revolutionäre Regierung der Republik Indonesien‘. Diese wurde am 15. Februar 1958 in Zentralsumatra proklamiert und auch von den Rebellen der Permesta („Charta des Universalen Kampfes“) in Nordsulawesi mit getragen. Die PRRI wurde zeitweise auch von den USA unterstützt, denen das Erstarken der Kommunistischen Partei in- und außerhalb des Parlaments ein Dorn im Auge war. Die PKI hatte damals 16, 4% der Parlamentssitze inne, die PNI 22,3%, die Masyumi-Partei 20,9%, NU 18,4% und die PSI nur 2%; vgl. Ufen, Andreas: Political Parties in Post-Suharto Indonesia: Between politik aliran and 'Philippinisation' (GIGA Working Paper Series, Nr. 37), 2006, S. 8, Online im Internet: URL: <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp37_ufen.pdf> [Stand: 4.02.2008].

¹²² vgl. Benesch: The Indonesian Constitution, 2007, S. 182.

so die Konsolidierung des Militärs als mächtige eigenständige Institution.¹²³ Im Juli 1959 führte Sukarno per Dekret die ‚revolutionäre‘ Verfassung von 1945 wieder ein und löste die Konstituante, die sich gegen diesen Schritt ausgesprochen hatte, auf. Ein Jahr später löste er auch das gewählte Parlament auf und ersetzte es durch von ihm ernannte Repräsentanten, so dass die Legislative zum bloßen Werkzeug der Exekutive wurde; zur selben Zeit wurden auch die Parteien Masyumi und PSI verboten. Damit waren nach 1960 nur noch zwei mächtige *aliran* übrig: der Kommunismus und der Nationalismus, der nun vor allem durch das Militär repräsentiert wurde. Sukarno, der ideologisch zwischen den beiden Strömungen stand, näherte sich außenpolitisch der Volksrepublik China an und verstaatlichte die Wirtschaft zusehends, was zu wirtschaftlichem Niedergang und zunehmender Verarmung der Bevölkerung führte. Dazu meint Andreas Ufen:

„[...] die unrealistische Wirtschaftsplanung, das Missmanagement in den verstaatlichten Betrieben, der Rückgang ausländischer und inländischer Investoren und die sich ausweitende Handelsreglementierung trieben die indonesische Ökonomie immer stärker in die Krise.“¹²⁴

Gleichzeitig vertrat er eine aggressive Expansionspolitik im Interesse eines panindonesischen Nationalismus.¹²⁵ So besetzte das indonesische Militär 1963 West-Papua, das gegen den Willen der dortigen Bevölkerung in die Republik Indonesien eingegliedert wurde¹²⁶ und führte von 1963-65 Krieg gegen die Malaysische Föderation um deren Bundesstaaten Sabah und Sarawak im Norden Borneos. Sukarnos labiles Gleichgewicht zwischen Nationalismus und Kommunismus begann jedoch bald zu wanken. Das Militär misstraute den Kommunisten und betrachtete sie als Gefahr für die nationale Einheit Indonesiens. Zudem sahen die Streitkräfte ihre politische und wirtschaftliche Machtposition bedroht, als Sukarno im Mai 1963 das Kriegsrecht aufhob und sich stärker der PKI zuwandte.

Vor diesem Hintergrund fanden die folgenden Ereignisse statt, die die politische Lage in Indonesien radikal veränderten.¹²⁷ In der Nacht vom 30. September zum 1. Oktober 1965 wurden in Jakarta sechs hochrangige Generäle von einer Gruppe von Offizieren, die sich selbst ‚Bewegung 30. September‘ (später abgekürzt: G30S) nannte entführt und getötet, darunter auch der damalige Oberkommandeur der Streitkräfte, General Achmad Yani. Die Bewegung bestand aus Offizieren, die im Militär Positionen unterhalb des Generalsrangs einnahmen und die über zwei Batallione aus Zentral- und Ostjava sowie über die Soldaten der Präsidentsengarde befehligten. Am Morgen des 1. Oktober besetzten die G30S-Truppen einen zentralen Platz in Jakarta und das dortige Gebäude des zentralen staatlichen Rundfunks, worauf-

¹²³ vgl. Pabottingi, Mochtar: Indonesia, S. 244, in: Bruce M. Koppel (ed.): Political Legitimacy in Southeast Asia. The Quest for Moral Authority, Stanford: Stanford University Press, 1995, S. 223-269.

¹²⁴ Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 70.

¹²⁵ vgl. Münch-Heubner: Osttimor und die Krise des indonesischen Vielvölkerstaates, 2000, S. 36/37.

¹²⁶ Formell wurde die Eingliederung durch einen manipulierten „Volksentscheid“ im Jahr 1969 vollzogen.

¹²⁷ vgl. zum Folgenden: Vickers, Adrian: A History of Modern Indonesia, Cambridge: Cambridge University Press, 2005, S. 156 ff. & Anderson, Benedict: Petrus Dadi Ratu. What lay behind the greatest counter-revolutionary massacre of the 20th century, the extermination of the Indonesian Left in 1965?, in: New Left Review, Nr. 3 (Mai-Juni 2000), Online im Internet: URL: <<http://newleftreview.org/A2242>> [Stand: 5.02.2008].

hin der Sprecher und vermutliche Anführer der Bewegung, der Kommandeur der Präsidentengarde, Oberstleutnant Untung bin Syamsuri, verkündete, dass die Aktionen gegen die Militärführung einen Präventivschlag gegen einen geplanten Putsch der Generäle gegen Sukarno darstelle und Sukarno unter dem Schutz der Bewegung stehe. Die Bewegung wurde zum größten Teil noch am selben Tag unter der Führung des damaligen Generalmajors und Kommandeurs der Strategischen Reserve (KOSTRAD) der Streitkräfte, Suharto, niedergeschlagen. Suharto übernahm das Oberkommando über die führerlosen Streitkräfte und leitete die Untersuchungen gegen die G30S-Offiziere und war so in der Lage, seine – bis heute von der indonesischen Regierung anerkannte – Version der Geschehnisse offiziell durchzusetzen. Demnach war G30S von der PKI organisiert worden, um, beginnend mit der Militärführung, alle antikommunistischen Elemente aus dem Militär zu entfernen und dann einen kommunistischen Staat unter der Führung der PKI zu errichten.¹²⁸ In den folgenden Monaten fand, angestachelt durch den von Suharto kontrollierten Rundfunk und durchgeführt vom Militär und verhetzten Volksmassen, eine beispiellose Verfolgung vermeintlicher Kommunisten statt, der den meisten Angaben zufolge zwischen 300 000 und 400 000 Menschen zum Opfer fielen (einzelne Schätzungen gehen auch von weit höheren Todeszahlen aus).¹²⁹ Gegen den Willen von Sukarno wurden die indonesischen Kommunisten auf einen Schlag vollständig entmachtet, wodurch das Militär auf Jahrzehnte hinaus die unangefochtene Vormachtstellung im politischen System einnehmen konnte.

In dem Ausnahmezustand nach dem 30. September verlor Sukarno praktisch sofort alle Macht, da de facto das Militär regierte, um die „Ordnung“ wiederherzustellen. Da er jedoch als Gründervater Indonesiens eine sehr populäre Integrationsfigur war, blieb er zunächst im Amt und führte offiziell weiter die Regierungsgeschäfte. In der Zwischenzeit wurde Suharto am 14. Oktober 1965 zum Oberkommandierenden/Stabschef der Streitkräfte ernannt. Suharto konnte bald in der Armee und in der Bevölkerung große Unterstützung mobilisieren, so dass sich Sukarno am 11. März 1966 gezwungen sah, ihm mit dem Supersemar (indonesisches Akronym für: Anordnung vom 11. März) -Dokument umfassende Machtbefugnisse zu

¹²⁸ Für die offizielle Version spricht, dass die getöteten Generäle eher dem rechten, anti-kommunistischen Flügel des Militärs zuzuordnen waren und dass die Führung der PKI in Person des Vorsitzenden Dipa Nusantara Aidit am 1. Oktober (also am Tag der Besetzung Jakartas durch G30S) Kontakt mit der Bewegung aufgenommen hat. Es gibt jedoch viele Indizien, die andere Versionen nahe legen. So vertritt Anderson (vgl. Fn. 127) die Theorie, dass Suharto über die Pläne von G30S informiert war oder sogar an ihnen beteiligt war. Demnach hätte Suharto G30S gezielt ausgenutzt, um die Konkurrenz im rechten Flügel der Militärführung auszuschalten und den linken Flügel zusammen mit der PKI so zu diskreditieren, dass der Kommunismus politisch vernichtet werden konnte. Abgesehen davon gehen viele Autoren davon aus, dass es sich bei G30S nicht um einen kommunistischen Putschversuch handelte, sondern dass die (teils linksorientierten, aber Sukarno-loyalen) Offiziere der Bewegung tatsächlich nur einen Präventivschlag gegen einen Militärputsch des rechten Flügels beabsichtigten. Für diese Version spricht die ausdrückliche Distanzierung der PKI von G30S (die Bewegung wurde von der PKI als „innere Angelegenheit des Heeres“ bezeichnet) und die Tatsache, dass die PKI unter Sukarno ohnehin schon eine komfortable Machtposition in der Regierung innehatte und der Kommunismus bereits über großen Einfluss in der Wirtschaft und Gesellschaft Indonesiens geltend machte.

¹²⁹ vgl. Schmitz, Manuel: *Ethnische Konflikte in Indonesien und die Integrationspolitik Suhartos* (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Band 362), Hamburg: Institut für Asienkunde, 2003, S. 46.

übertragen.¹³⁰ Suharto nutzte diese Befugnisse, um die PKI offiziell zu verbieten (12. März 1966) und linksorientierte und Sukarno-loyale Politiker aus dem Kabinett und dem Parlament zu entfernen. Genau ein Jahr später übertrug die provisorische Beratende Volksversammlung (MPR) Suharto alle Kompetenzen des Präsidenten und verschaffte damit dem neuen Regime den Anschein von Verfassungslegitimität; Sukarno wurde unter Hausarrest gestellt. Die Ernennung zum amtierenden Präsidenten am 27. März 1968 war nur noch Formsache.

4.1.2 Die Suharto-Ära

Der Machtwechsel von Sukarno zu Suharto wurde nicht nur von den USA und der übrigen westlichen Welt, sondern auch von großen Teilen der indonesischen Bevölkerung begrüßt; vor allem Studenten, Intellektuelle, und orthodoxe Muslime sprachen sich, etwa in öffentlichen Demonstrationen, offen für Suharto aus.¹³¹ Weder die kurze Periode der liberalen Demokratie (1950-57), noch die autoritär geführte ‚gelenkte Demokratie‘ hatte ein stabiles politisches System hervorbringen oder die wirtschaftliche Lage der breiten Bevölkerung verbessern können. So bemerkt Anne Booth zu den wirtschaftlichen Verhältnissen am Ende der Sukarno-Ära:

“[...] in 1967 the archipelago’s per capita gross domestic product (GDP) was lower, in real terms, than in 1940, before the Japanese invasion, and probably also lower than in 1913, before World War I. [...] over half of the people living in rural Java were „very poor“.”¹³²

Es war also sowohl ein gesamtwirtschaftlicher Niedergang als auch eine zunehmende Verarmung der Bauern, die damals den Großteil der Bevölkerung ausmachten, zu verzeichnen. Daher gründete die Unterstützung für Suharto maßgeblich darin, dass er für einen radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel eintrat. Er öffnete Indonesien wieder für ausländische Investitionen und Entwicklungshilfe, die seit dem Machtwechsel reichlich floss und eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung wurde. Mit Hilfe einer Gruppe von Ökonomen, die in den USA ausgebildet worden waren, gelang es Suharto, die unter Sukarno extrem hohe Inflation einzudämmen und den Staatshaushalt zu sanieren. Der Außenhandel wurde liberalisiert und das Exportvolumen um ein vielfaches gesteigert, nicht zuletzt durch die gezielte Ausbeutung der reichen natürlichen Rohstoffvorkommen Indonesiens (Erdöl, Erdgas, Gold, Kupfer, Holz etc.). Aber auch die landwirtschaftliche Produktion wurde deutlich erhöht; zum Beispiel konnte sich Indonesien Mitte der 80er Jahre erstmals vollständig selbst mit Reis versorgen.¹³³ Insgesamt konnte so unter dem Suharto-Regime der Lebensstandard der Indonesier beträchtlich gesteigert werden, bezüglich Indikatoren wie Lebenserwartung,

¹³⁰ vgl. Friend, Theodore: *Indonesian Destinies*, Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press, 2003, S. 122/123.

¹³¹ vgl. Pabottingi, Mochtar: *Indonesia*, 1995, S. 246.

¹³² Booth, Anne: *Development: Achievement and Weakness*, S. 110/111, in: Donald K. Emmerson (ed.): *Indonesia beyond Suharto*, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 109-135.

¹³³ vgl. ebd., S. 114.

Kindersterblichkeit, Pro-Kopf-Einkommen und medizinische Versorgung.¹³⁴ Nach Adam Schwarz ging der Anteil der unter der Armutsgrenze (weniger als ein USD pro Tag) lebenden Indonesier zwischen den späten 60er Jahren und Mitte der 90er Jahre von 70% auf 11% zurück.¹³⁵ Der wirtschaftliche Erfolg und die Entwicklung bzw. Modernisierung Indonesiens war für das Suharto-Regime, das nie durch freie demokratische Wahlen bestätigt worden ist, die wichtigste Legitimationsquelle.

Dennoch brachte die Wirtschaftspolitik des Suharto-Regimes auch gravierende Missstände hervor. Die Industrialisierung und Entwicklung Indonesiens war hauptsächlich auf die zentrale und bevölkerungsreichste Insel Java und die Hauptstadt Jakarta ausgerichtet, während die Außeninseln, vor allem Kalimantan und der ganze Osten des Archipels, deutlich weniger von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitierten, der nicht zuletzt auf der Ausbeutung ihrer reichen natürlichen Ressourcen basierte. Viele ethnische Konflikte in Indonesien gehen im Kern auf diese ökonomischen Ungleichgewichte zurück. Darüber hinaus wuchs während der ‚Neuen Ordnung‘¹³⁶ auch die vertikale Einkommensdisparität. Der Masse der armen Bevölkerung steht eine kleine, sehr reiche Elite gegenüber; der Mittelstand hat sich zwar in den letzten Jahrzehnten auf ca. 20% der Bevölkerung verbreitert, zugleich hat aber auch die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger Millionäre und Milliardäre stark zugenommen.¹³⁷

Diese Entwicklung wurde durch die Wirtschaftspolitik des Suharto-Regimes begünstigt, die, trotz der Liberalisierung gegenüber dem Sukarno-Regime, von massiven staatlichen Eingriffen geprägt war. Die industrielle Planung war auf Großunternehmen ausgerichtet, die durch Lizenzen, Monopole, staatliche Kredite und andere Privilegien durch die Bürokratie gefördert wurden. Der militärisch-bürokratische Apparat mit Suharto an der Spitze arbeitete eng mit Privatunternehmen zusammen, die mit wenigen riesigen Firmenkonglomeraten die Industrie und den Handel dominierten. Die Vor- und Nachteile dieses Staatskapitalismus fasst Mochtar Pabottingi wie folgt zusammen:

“Economic planning and programs were prepared by a handful of economists and powerful military bureaucrats. This concentration of political and economic power [...] enabled development programs to move fast. But it also bred favoritism, excessive corruption, and executive-conglomerate collusion to the detriment of [...] distributive justice.”¹³⁸

Die Kooperation mit Privatunternehmen boten den Spitzen der Bürokratie und des Militärs vielfältige Möglichkeiten zur persönlichen Bereicherung. Darüber hinaus gab es zahlreiche Staatsunternehmen, die durch die Bürokratie und/oder das Militär kontrolliert wurden, unter

¹³⁴ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 121.

¹³⁵ Schwarz, Adam: The Politics of Post-Suharto Indonesia, New York: Council on Foreign Relations Press, 1999, S. 2.

¹³⁶ vgl. Fn. 1.

¹³⁷ vgl. Hanisch, Rolf / Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Asienkrise in Indonesien, 2001, Online im Internet: URL: <<http://library.fes.de/fulltext/stabsabteilung/01038.htm#E9E2>> [Stand 9.02.2008].

¹³⁸ Pabottingi: Indonesia, 1995, S. 250.

anderem in den Bereichen Erdöl- und Erdgasförderung (Ende der 80er Jahre zu 50% in staatlicher Hand), E/E-Raffinierung (100%), Bergbau (40%), Banken und Finanzen (65%) und Industrielle Produktion (24%); insgesamt waren Ende der 80er Jahre ca. 31% der in Indonesien ansässigen Unternehmen in staatlichem Besitz.¹³⁹ Sowohl die Staatsunternehmen als auch die Lizenzen für ausländische Unternehmen, vor allem für die E/E-Förderung und den Bergbau, wurden zu bequemen Einkommensquellen für die Eliten des Suharto-Regimes. Die Korruption und Veruntreuung von Staatsgeldern wurde von Suharto nicht nur gebilligt, sondern von ihm im großen Stil organisiert und selbst praktiziert. Durch ein Netzwerk von Stiftungen, die offiziell Zwecken wie der Vergabe von Stipendien, der Armutsbekämpfung oder dem Bau von Moscheen dienten, verfügte Suharto über riesige Geldbeträge, die er einerseits zur Patronage, also zum Erkaufen von Loyalität, und andererseits für seine privaten Bedürfnisse und die seiner Familie und Freunde einsetzte:

“By the late 1990s, the president had set up his children as the heads of conglomerates, including in banking, road tolls, hotel and shopping centre development, and television stations. [...] Suharto's version of family values was enrichment for his children, in-laws and grandchildren.”¹⁴⁰

Außerdem „gibt [es] Informationen darüber, dass er [Suharto] am Import und Export von Erdölprodukten bzw. Rohöl ca. 30 Jahre lang täglich etwa 1 Million USD verdiente.“¹⁴¹ Insgesamt wird das von der Familie Suharto zwischen 1966 und 1998 veruntreute Vermögen auf etwa 35 Milliarden USD geschätzt.¹⁴²

Die auf höchster Ebene betriebenen Praktiken des Nepotismus und der privaten Bereicherung durch die Ausnutzung öffentlicher Ämter bewirkten auch deren Nachahmung auf allen nachfolgenden Ebenen der Politik, Verwaltung und Justiz. Solche „Zusatzverdienste“ machten Posten im öffentlichen Sektor sehr begehrt und sicherten überdies die Loyalität der Beamten und Militärs zum Suharto-Regime. Während der ‚Neuen Ordnung‘ entstand somit um die Eliten in leitenden Positionen herum eine Staatsklasse, die sowohl das politische Rückgrat des Regimes bildete als auch einen großen Teil der ökonomischen Ressourcen kontrollierte. Aus dieser Perspektive präsentiert sich der Staat des Suharto-Regimes quasi als ein einziges großes Unternehmen, das von einer Elite verwaltet und von einer Staatsklasse aus Beamten, Soldaten und anderen Klientelgruppen getragen wurde.

Neben wirtschaftlicher Entwicklung und Modernisierung waren politische Stabilität bzw. die Integrität der „indonesischen Nation“ die obersten Maximen des Suharto-Regimes. Abgesehen von seinem radikalen Anti-Kommunismus stützte sich das Regime dabei ideologisch auf

¹³⁹ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 152.

¹⁴⁰ Vickers: A History of Modern Indonesia, 2005, S. 186.

¹⁴¹ Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 176.

¹⁴² Nach Transparency International Indonesien, vgl. Hinz, Alexander: Zivilklage gegen Suharto als Prüfstein, S. 122, in: Südostasien Aktuell, 5 (2007), S. 121-122.

Sukarnos Pancasila-Philosophie.¹⁴³ Diese wurde zu einer Staatsdoktrin erhoben, die über allen anderen Ideologien (z.B. politischer Islam, ethnische Identitäten) stehen sollte und zu der sich alle gesellschaftlichen Gruppen explizit bekennen mussten; sie diente somit als einheitsstiftende, nationalistische Propaganda. Die Pancasila-Philosophie wurde gezielt so interpretiert, dass das Herrschaftsmodell der Neuen Ordnung als eine spezifisch indonesische Form von Demokratie verstanden werden konnte, die aus der indonesischen Kultur hervorgeht. Betont wurde vor allem das Konsensprinzip *musyawarah dan mufakat* („gegenseitige Beratung und Einmütigkeit“), das auf alte Dorftraditionen zurückgeht und im vierten Pancasila-Prinzip zum Ausdruck kommt: „die weise geführte Demokratie, beruhend auf allgemeiner Beratung und Volksvertretung.“¹⁴⁴ Darüber hinaus stand Pancasila im Mittelpunkt einer umfassenden organizistischen Staatstheorie, die von den Ideologen der Neuen Ordnung als Grundlage für Suhartos spezifischen Herrschaftsstil entwickelt wurde.¹⁴⁵ Dieser Organizismus, der – mit Ausnahme des Kommunismus – alle *aliran* (politische Strömungen), die während der Sukarno-Ära noch um Einfluss konkurrierten, vereinen bzw. eliminieren sollte, beinhaltete nach Andreas Ufen folgende zentrale Aspekte¹⁴⁶: Das Familienprinzip (1), wonach Staat und Gesellschaft eine harmonische Einheit in Analogie zur Familie bilden sollten. Dieses Prinzip kann als Grundlage für den Patrimonialismus der Neuen Ordnung mit Suharto als zentraler „Vaterfigur“ betrachtet werden. Die Ablehnung jeglicher Vorstellung von legitimer Opposition (2), da alle Entscheidungen im „Konsens“ getroffen werden mussten. Die Betonung von sozialen Rechten anstatt individuellen Rechten (3). Individuen wurden vorrangig als Mitglieder verschiedener funktionaler Gruppen (Berufsgruppen, Altersgruppen, Religionszugehörigkeit etc.) betrachtet, aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzt. Schließlich die *dwifungsi*- (Doppelfunktions-) Doktrin (4), wonach das Militär als integraler Bestandteil des Volkes nicht nur für die innere und äußere Sicherheit Indonesiens zuständig war, sondern auch eine soziopolitische Funktion im zivilen Bereich zu erfüllen hatte.

Insgesamt stellt der Organizismus der Neuen Ordnung eine stark antiliberale und antipluralistische Ideologie dar, die in diesem Sinne nicht, wie Suharto propagierte, in der indonesischen Kultur verwurzelt ist, sondern vielmehr gezielt zur Stabilisierung eines autoritären Regimes unter der Führung einer größtenteils korrupten Elite eingesetzt wurde. Wie die Ideologie der Neuen Ordnung politisch umgesetzt wurde, soll im Folgenden beschrieben werden.

Bereits 1966 machte das Militär *dwifungsi* zur seiner offiziellen Ideologie, und schuf damit die Grundlage für die Vormachtstellung des Militärs, die seit der Machtübernahme Suhartos un-

¹⁴³ Zum Inhalt der Pancasila wie in der Präambel der Verfassung von 1945 festgeschrieben vergleiche Fußnote 84.

¹⁴⁴ Übersetzung aus der Präambel der Verfassung, in: Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 86.

¹⁴⁵ „Mit ‚Organizismus‘ ist die Vorstellung gemeint, dass der Staat quasinatürliche Eigenschaften besitzt und zusammen mit der Gesellschaft eine harmonische Einheit bildet [...]“; ebd. S. 82.

¹⁴⁶ vgl. zum Folgenden ebd., S. 87/88.

angefochten war.¹⁴⁷ Sowohl aktive als auch pensionierte Militärs nahmen in Staatsbetrieben, der zivilen Verwaltung (unter anderem als Provinzgouverneure), dem Kabinett und dem Parlament zentrale Positionen ein. Zudem wurde die bereits unter Sukarno existierende Territorialstruktur der Streitkräfte noch ausgebaut und parallel zur zivilen Verwaltung organisiert, wodurch das Militär praktisch flächendeckend Einfluss auf alle zivilen Belange nehmen konnte. Abgesehen davon oblag dem Militär, das auch alle Polizeieinheiten beinhaltete und kontrollierte, die Durchsetzung der Ideologien und Politiken der Neuen Ordnung und die Unterdrückung jeglichen Widerstands gegen diese. So wurden während der Neuen Ordnung geschätzte 1,5 Millionen Kommunisten, Sukarno-Anhänger und andere Regime-Kritiker interniert, teilweise Jahrzehnte lang; viele von ihnen wurden gefoltert und misshandelt.¹⁴⁸ Auch nach ihrer Freilassung wurden die *Tapols* (Politische Gefangene) stark diskriminiert. Sie durften beispielsweise keine öffentlichen Ämter bekleiden und ihren Kindern wurde der Besuch höherer Schulen verwehrt.¹⁴⁹ Ferner wurde der Widerstand im 1963 besetzten West-Papua sowie im 1975 annektierten Osttimor brutal unterdrückt. Über das Vorgehen des indonesischen Militärs in Osttimor, wo zwischen 1975 und 1999 geschätzte 125 000 Einheimische bei Auseinandersetzungen mit den Invasionsstreitkräften getötet wurden, schreibt Adrian Vickers:

“For the next twenty-five years the Indonesian Military used East Timor as its training ground. This was where young officers were ‚blooded‘ into a culture of torture and murder, where they learned to dispose of bodies and to eliminate potential opponents.”¹⁵⁰

Auch in Aceh und anderswo wurde ethnischen Gruppen, die mehr Autonomie oder Repräsentation verlangten, mit großer Härte begegnet. Um darüber hinaus jegliche Opposition im Keim zu ersticken, kontrollierten die Behörden des Suharto-Regimes die Medien, die auch intensiv für Propaganda-Zwecke genutzt wurden. Die Gründung von politischen Vereinigungen und die Organisation von Versammlungen waren nur mit staatlicher Genehmigung möglich. Zur Gründung von Gewerkschaften brauchte es die Erlaubnis des jeweiligen Unternehmensvorstands; Streiks waren generell verboten.¹⁵¹ Nach Richard Robison gelang es Suharto „to remove any possibility for legitimate political organisation outside the state apparatus and in contradiction with state ideology.“¹⁵² Dies wurde in erster Linie durch ein korporatistisches¹⁵³ System von Verbänden und Organisationen bewerkstelligt, das offiziell alle grö-

¹⁴⁷ vgl. Rinakit: *The Indonesian Military after the New Order*, 2005, S. 25.

¹⁴⁸ Cribb, Robert: *Making Indonesia*, S. 33, in: Donald K. Emmerson (ed.): *Indonesia beyond Suharto*, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 3-38.

¹⁴⁹ vgl. Reinert, Jochen: *Die Langen Leiden der „Tapols“*, 2005, Online im Internet: URL: <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indonesien/1965-massaker.html>> [Stand: 12.02].

¹⁵⁰ Vickers: *A History of Modern Indonesia*, 2005, S. 167.

¹⁵¹ Santoso, Amir: *Democratization: The Case of Indonesia's New Order*, S. 32, in: Anek Laothamatas: *Democratization in Southeast and East Asia*, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 1997, S. 21-45.

¹⁵² Robison, Richard: *Indonesia: Tensions in State and Regime*, S. 44, in: Kevin Hewison et al. (eds.): *Southeast Asia in the 1990s. Authoritarianism, Democracy and Capitalism*, Sydney: Allen & Unwin, 1993, S. 39-74.

¹⁵³ Schmitter definiert den Korporatismus wie folgt: „Corporatism can be defined as a system of interest representation in which the constituent units are organised into a limited number of singular, compulsory, non-

ßeren zivilgesellschaftlichen Gruppen repräsentieren sollte, de facto aber vielmehr zur Kontrolle und Überwachung der politischen Aktivitäten dieser Gruppen diente. Vom Staat gegründete Einheitsorganisationen wie zum Beispiel der Journalistenverband PWI und die Beamtenorganisation KORPRI sollten die Konformität bzw. Loyalität der von ihnen vertretenen ‚funktionalen Gruppen‘ sicherstellen.¹⁵⁴ Dieser Korporatismus, der schon während Sukarnos ‚gelenkter Demokratie‘ in Ansätzen praktiziert und unter Suharto perfektioniert wurde, erstreckte sich auch auf die politischen Parteien. Wie auch Sukarno in seinen letzten Regierungsjahren lehnte Suharto das Konzept politischer Parteien mit unterschiedlichen ideologischen Ausrichtungen im Grunde ab, da der Parteienwettbewerb seiner Meinung nach die politische Stabilität und die „Harmonie“ der Regierungsführung unterminierte; abgesehen davon stellte er die Vormachtstellung des Militärs infrage. Da Suharto jedoch viel daran gelegen war, zumindest dem Anschein nach in Übereinstimmung mit der Verfassung zu regieren und über demokratische Legitimation zu verfügen, ließ er durch die ‚provisorische Beratende Volksversammlung‘ (MPRS), die zu diesem Zeitpunkt nur aus ernannten Repräsentanten bestand, für 1971 Parlamentswahlen ansetzen. Um seine Wahl durch das Parlament sicherzustellen, griff er auf eine noch unter Sukarno gegründete Massenorganisation zurück. Das Militär hatte 1964 *Sekber Golkar*, das ‚gemeinsame Sekretariat der funktionalen Gruppen‘ (Sekretariat bersema Golongan karya) ins Leben gerufen, durch das der politische Einfluss der Streitkräfte gezielt ausgebaut werden sollte, indem man eine große Anzahl von NGOs bzw. funktionalen Gruppen, die teilweise erst zu diesem Zweck geschaffen worden waren, in einer Dachorganisation bündelte und durch ein zentrales Sekretariat kontrollierte.¹⁵⁵ Suharto konsolidierte und erweiterte Golkar auf ca. 200 funktionale Gruppen (1969) und machte es zu einer „Wahlkampfmaschine [...], die mit einer leicht verständlichen Programmatik einen Großteil der Stimmen gewinnen konnte.“¹⁵⁶ Offiziell war Golkar keine Partei, sondern eine Art Dachverband, in dem alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert werden sollten. De facto war Golkar aber eine streng hierarchisch aufgebaute, korporatistische Organisation, die von der Militärbükratie des Suharto-Regimes gezielt als Staats- und Einheitspartei eingesetzt wurde und die sich – bis zum Sturz Suhartos – nie als eigenständige politische Kraft emanzipieren konnte. Der Erfolg Golkars bei den Parlamentswahlen, unter Suharto seit 1971 regelmäßig alle 5 Jahre abgehalten, wurde durch intensive Propaganda, die Verpflichtung aller Beamten auf die Wahl Golkars, durch inoffizielle Stimmquoten für Golkar, die Distrikt- und Dorfvorstehern vorgegeben wurden, und durch die Vergabe

competitive hierarchically ordered and functionally differentiated categories recognised or licensed (if not created) by the state and granted a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls on their selection of leaders and articulation of demands and supports.“; zitiert nach: Robison: *Indonesia. Tensions in State and Regime*, 1993, S. 45.

¹⁵⁴ vgl. Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 84.

¹⁵⁵ vgl. McGlynn, John H. et al. (eds.): *Indonesia in the Suharto Years. Issues, Incidents and Images*, (2nd ed.) Singapur: The Lontar Foundation, 2007, S. 129.

¹⁵⁶ Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 274.

von Fördergeldern an Distrikte, die einen hohen Stimmanteil für Golkar verbuchen konnten, sichergestellt.¹⁵⁷ So konnte Golkar bei den Parlamentswahlen von 1971, zu denen immerhin noch 9 andere Parteien zugelassen waren, aus dem Stand 62, 8% der Stimmen erreichen und auch bei allen folgenden Wahlen blieb der Stimmanteil Golkar über der 60%-Marke.

Darüber hinaus wurde die korporatistische Strategie bald auch auf alle restlichen Parteien ausgedehnt. Im Jahr 1973 wurden die verbliebenen 9 Parteien gezwungen, sich zu zwei Blockparteien zusammenzuschließen. Die 4 islamischen Parteien gingen in der ‚Vereinigten Entwicklungspartei‘ (PPP) auf, während die ‚Demokratische Partei Indonesiens‘ (PDI) aus der Vereinigung von 3 nationalistischen (darunter auch die ehemals mit Sukarno assoziierte PNI) und 2 christlichen Parteien entstand. Beide Blockparteien wurden gegenüber Golkar in vieler Hinsicht benachteiligt; zum Beispiel durften sie unterhalb der Distriktsebene keine Zweigstellen betreiben. Außerdem mussten ihre Kandidatenlisten für die Parlamentswahlen von der Regierung gebilligt werden. Folglich konnten PPP und PDI nur sehr eingeschränkt eine Rolle als Opposition gegenüber Golkar einnehmen.¹⁵⁸ Sie dienten vielmehr der zusätzlichen Stabilisierung des Regimes, insofern sie das von Suharto angestrebte Erscheinungsbild demokratischer Legitimation komplettierten. De facto wurde das Parlament (DPR), das ca. 460 Abgeordnete umfasste, von Bürokraten und Militärs dominiert, andere funktionale Gruppen waren in der Golkar-Parlamentsfraktion kaum vertreten; zudem gab es im DPR neben den Fraktionen der Golkar, der PPP und der PDI eine eigene ABRI¹⁵⁹-Fraktion mit einem festen, das heißt nicht gewählten Kontingent von 75-100 Sitzen.¹⁶⁰

Neben den korporatistischen Elementen trug das politische System des Suharto-Regimes auch deutliche Züge von (neo-)patrimonialer Herrschaft. Es soll an dieser Stelle nicht weiter darauf eingegangen werden, inwieweit dieser Neopatrimonialismus auf vorkoloniale indonesische bzw. javanische Kultur und Herrschaftsformen zurückgeht. Fest steht nämlich, dass patrimonialistische Elemente erst unter Suharto – der sich übrigens oft auf javanische Tradition und Geschichte berief – ein zentraler Bestandteil des politischen Systems des *modernen* Indonesien wurden. So stand Suharto im Mittelpunkt eines ausgedehnten Netzwerks von Patron-Klient-Beziehungen, die geprägt waren durch den informellen und oft illegalen Austausch von Ämterpatronage, Protektion, Geld, Lizenzen etc. gegen Loyalität, Wählerstimmen, Informationen, Geld etc..¹⁶¹ Die Eliten aus Militär, Bürokratie und Wirtschaft waren

¹⁵⁷ vgl. Symonds, Peter: Indonesia's ruling party faces collapse of support, 1999, Online im Internet: URL: <<http://www.wsws.org/articles/1999/may1999/ind-m28.shtml>> [Stand: 13.02.2008].

¹⁵⁸ vgl. Liddle, William R: Regime: The New Order, S. 42, in: Donald K. Emmerson (ed.): Indonesia beyond Suharto, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 39-70.

¹⁵⁹ *Angkatan Bersenjata Republik Indonesia* = Streitkräfte der Republik Indonesiens; von 1962 bis 1999 offizieller Name des indonesischen Militärs, danach wieder TNI: *Tentara Nasional Indonesia* = Nationale Streitkräfte Indonesiens.

¹⁶⁰ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 196.

¹⁶¹ vgl. Canonica-Walangitang, Resy: The ‚Tradition‘ of Corruption and the Challenge of Establishing a ‚Clean‘ Political Environment in Indonesia, S. 248/249, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 243-265.

Klienten gegenüber dem Oberpatron Suharto und wiederum selbst Patrone gegenüber ihren Untergebenen (Beamten, Soldaten etc.). Die Begleiterscheinungen dieser informellen klientelistischen Hierarchie, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrang, waren, wie oben bereits angesprochen, allgegenwärtige Korruption, Nepotismus und die Unterminierung jedes Ansatzes von Rechtsstaatlichkeit.

Die bis hierhin aufgeführten Elemente des politischen Systems der Neuen Ordnung sollten vor allem einen Eindruck von den soziopolitischen Strukturen vermitteln, die sich in der über 30 Jahre währenden Suharto-Diktatur herausgebildet und teilweise soweit verfestigt haben, dass sie bis heute nachwirken. Im Folgenden soll nun analysiert werden, wie und warum der demokratische Reformprozess, der mit dem Rücktritt/Sturz Suhartos im Jahr 1998 begann, ausgelöst wurde und welche Rolle strategische bzw. konfliktfähige Gruppen im Sinne von Schubert, Tetzlaff und Vennwald dabei spielten.

4.2 Auslösefaktoren für den Sturz Suhartos und die Einleitung des Demokratisierungsprozesses

Die meisten Autoren sehen die Wirtschaftskrise, die Indonesien 1997/98 heimsuchte, als alleinigen Auslöser für den Sturz Suhartos und die Einleitung des Demokratisierungsprozesses. So meint auch Leo Suryadinata: „The downfall of Suharto was triggered by the economic crisis.“¹⁶² Es soll hier jedoch argumentiert werden, dass es einen weiteren Auslösefaktor gibt, ohne den die Wirtschaftskrise allein vermutlich keinen so tief greifenden politischen Wandlungsprozess in Gang gesetzt hätte. Dieser Faktor ist eine Legitimationskrise des Suharto-Regimes, die sich ungefähr seit Anfang der 1990er Jahre zuspitzte und die sich in der wachsenden Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten mit dem Regime und dem immer lauter werdenden Ruf nach demokratischen Reformen äußerte.

4.2.1 Legitimationskrise des Suharto-Regimes

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks in den Jahren 1989/90 ging für das Suharto-Regime ein wichtiger stabilisierender Faktor verloren, nämlich der Anti-Kommunismus. Dieser hatte ursprünglich die Machtergreifung durch das Militär gerechtfertigt und hatte die illiberale, durch eine elitäre Militär-Bürokratie autoritär beherrschte Neue Ordnung in den Augen vieler Indonesier und vor allem in den Augen der westlichen Welt legitimiert. Der Wegfall der „kommunistischen Bedrohung“ bewirkte eine stärkere internationale und inländische Fokussierung auf die Unterdrückung politischer Freiheiten und die Verletzung von Menschenrechten in Indonesien.

¹⁶² Suryadinata, Leo: Interpreting Indonesian Politics, Singapore: Times Academic Press, 1999, S. 234.

Eine entscheidende Wende in der öffentlichen Wahrnehmung des Suharto-Regimes stellte sich nach dem so genannten Santa-Cruz Massaker in Dili, der Hauptstadt des seit 1975 von Indonesien besetzten Osttimor, ein.¹⁶³ Bei einer friedlichen Demonstration von 3000-4000 Osttimoresen anlässlich eines Trauerzugs zum Gedenken an einen ermordeten Unabhängigkeitsaktivisten am 12. November 1991 eröffneten indonesische Soldaten das Feuer auf die Menge, nachdem sich diese auf dem Friedhof Santa-Cruz versammelt hatte. Nach Angaben einer US-Menschenrechtsorganisation, die die Opfer namentlich auflistet, gab es dabei 271 Tote, 278 Verwundete und 270 Vermisste, von denen die meisten nie wieder aufgetaucht sind. Augenzeugen – es waren auch internationale Journalisten vor Ort – berichteten später von zahlreichen Gräueltaten des Militärs während des Massakers und von Folterungen und Morden an verhafteten Demonstranten.¹⁶⁴ Die indonesische Regierung distanzierte sich von dem Vorfall und drückte ihr Bedauern über diesen ‚Einzelfall‘ aus, ging aber nur sehr halbherzig gegen die beteiligten Offiziere und Soldaten vor. Zu den Konsequenzen des Massakers schreibt Thomas Risse:

„Durch die internationale Aufmerksamkeit, die das Massaker auf sich zog, gerieten Menschenrechtsverletzungen in Osttimor nicht nur in das Bewußtsein der internationalen, sondern auch der indonesischen Öffentlichkeit. Als Konsequenz verdichteten und vergrößerten sich nationale Menschenrechtsgruppen spürbar. Sie gewannen neue Unterstützungsgruppen aus Akademikerkreisen, Studentengruppen und der Kirche in und außerhalb Indonesiens.“¹⁶⁵

Obwohl die Suharto-Regierung in den folgenden Jahren wegen der nationalen Proteste, vor allem aber angesichts der internationalen Diskreditierung nach dem Massaker taktische Konzessionen wie die öffentliche Anerkennung von Menschenrechten und die Einrichtung einer nationalen Menschenrechtskommission machte, konnte von einer signifikanten politischen Liberalisierung und einer Linderung der staatlichen bzw. militärischen Repression keine Rede sein. In der indonesischen Bevölkerung, besonders bei den Intellektuellen, Studenten und Journalisten, wuchs daher die Erkenntnis, dass die zahlreichen Missbräuche staatlicher Gewalt tief im politischen System Indonesiens verwurzelt waren. Mangelnde Gewaltenteilung und die zentrale Rolle des Militärs machten den Staat zum „Unterdrückungsapparat“. ¹⁶⁶ So ging aus dem Menschenrechtsdiskurs ein Diskurs über Demokratisierung in der breiten Öffentlichkeit hervor, den das Regime nicht gewaltsam unterdrücken konnte noch wollte, hätte dies doch bedeutet, noch Öl auf das Feuer der Demokratisierungsbewegung zu gießen. Diese Demokratisierungsbewegung wurde von großen Teilen der indonesischen Mittelklasse getragen und manifestierte sich unter anderem in der Gründung regierungskritischer NGOs und dem Aufkommen einer pro-demokratischen Studentenbewegung. Die öf-

¹⁶³ vgl. Risse, Thomas et al.: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2002, S. 65.

¹⁶⁴ vgl. East Timor Action Network: The Santa Cruz Massacre November 12, 1991, Online im Internet: URL: <<http://etan.org/timor/SntaCRUZ.htm>> [Stand: 15.02.2008].

¹⁶⁵ Risse: Die Macht der Menschenrechte, 2002, S. 72.

¹⁶⁶ ebd., S. 76.

fentliche Kritik der Bewegung richtete sich gegen die dominante politische Rolle des Militärs – insbesondere wurde die Abschaffung der *dwifungsi*-Doktrin gefordert, gegen die Einschränkungen der Menschen- und Bürgerrechte und der politischen Freiheiten, und gegen die KKN¹⁶⁷-Praktiken der Eliten des Suharto-Regimes. Auch Suharto persönlich wurde zunehmend kritisiert, nicht zuletzt für seine ausufernde Familien- und Günstlingswirtschaft, die sich kaum noch vor der Öffentlichkeit verbergen ließ.

Die Legitimationskrise der 1990er Jahre spiegelt sich nicht nur in der stärker werdenden Opposition, also in der Herausbildung einflussreicher konfliktfähiger Gruppen wider, sondern auch in einer schleichenden Erosion und Destabilisierung der Regimekoalition aus strategischen Gruppen (vgl. unten 4.3). Dies allein hatte jedoch nicht ausgereicht, um Suharto zu substanziellen Reformen oder zum Rücktritt zu bewegen. So wurden auch bei den Parlamentswahlen im Mai 1997 keine neuen Parteien zugelassen und Golkar konnte 74,5 % der Stimmen verbuchen.¹⁶⁸ Erst die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 1997/98 haben Suhartos Position unhaltbar gemacht.

4.2.2 Die Wirtschaftskrise von 1997/98

Wie oben bereits beschrieben, war die relativ erfolgreiche Wirtschaftspolitik – Indonesien konnte während der Neuen Ordnung ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von jährlich etwa 6 % verzeichnen – die vielleicht wichtigste Legitimationsgrundlage des Suharto-Regimes.¹⁶⁹ Es ist daher nicht verwunderlich, dass die verheerende Wirtschaftskrise von 1997/98 das Regime in seinen Grundfesten erschütterte. Wie aber konnte es zu einer Wirtschaftskrise kommen, die in Indonesien von einem Jahr (1997) auf das andere (1998) eine Rezession von 13,7 % verursachte?¹⁷⁰

Ausgelöst wurde dieser Einbruch von der Asienkrise oder Asiatischen Finanzkrise, die, ausgehend von Thailand im Juli 1997, auf Malaysia, die Philippinen, Südkorea und Indonesien übergriff. Was wiederum die Ursachen¹⁷¹ der Asienkrise betrifft, so gehen die Meinungen der Experten oft auseinander. Es besteht jedoch weitgehend Konsens darüber, dass die betroffenen Länder sich infolge des Preisverfalls auf dem Weltmarkt – durch zunehmende Konkurrenz und Überproduktion – immer höher verschuldeten und immer mehr auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen waren. Diese flossen bis zur Krise reichlich und finanzierten damit vor allem in seiner späten Phase den wirtschaftlichen Boom in den ost-asiatischen ‚Tiger‘-Staaten und den südostasiatischen Schwellenländern, in dem Optimismus, dass die-

¹⁶⁷ Dieses Akronym steht für ‚Korruption, Kollusion und Nepotismus‘. Es wurde in den 1990er Jahren geprägt und in dieser Zeit häufig als Ausdruck der Kritik am Suharto-Regime verwendet.

¹⁶⁸ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 365.

¹⁶⁹ vgl. Schwarz: The Politics of Post-Suharto Indonesia, 1999, S. 2.

¹⁷⁰ vgl. Bertelsmann Stiftung: BTI 2006 - Country Report Indonesia, S. 18.

¹⁷¹ vgl. zum Folgenden: Dieter, Heribert: Ostasien nach der Krise: Interne Reformen, neue Finanzarchitektur und monetärer Regionalismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Online), 37-38 (2000), Online im Internet: URL: <http://www.bpb.de/publikationen/J333HG,0,0,Ostasien_nach_der_Krise%3A_Interne_Reformen_neue_Finanzarchitektur_und_monet%EA4rer_Regionalismus.html#art0> [Stand: 16.02.2008].

ser anhält. Ein jähes Ende des Optimismus bewirkte der Einbruch der thailändischen Währung, nachdem die dortige Zentralbank am 2. Juli 1997 den Wechselkurs freigab. In einer panikartigen Reaktion der internationalen Investoren setzte zunächst in Thailand und bald auch in den anderen genannten Ländern eine massive Kapitalflucht ein. Die Folge war in allen betroffenen Ländern ein starker Verfall der Aktienkurse und Währungen und eine entsprechende Erhöhung der Auslandsverschuldung. Letztere trieb tausende Firmen, die ihren kurzfristigen Kreditforderungen nicht mehr nachkommen konnten, in die Insolvenz und führte zur Schließung von zahlreichen Banken.

Während jedoch die Asienkrise der Auslöser der Wirtschaftskrise in Indonesien war, ist die Tatsache, dass Indonesien von allen betroffenen Ländern mit Abstand am meisten in Mitleidenschaft¹⁷² gezogen wurde, nur durch endogene Faktoren zu erklären. So wurden im Laufe der Krise gravierende Mängel in Indonesiens wirtschaftlichen Strukturen und Abläufen offenbar, die unter der Oberfläche des Booms immer größer geworden waren. Das Wirtschaftssystem des Suharto-Regimes war nicht nach Prinzipien des freien Marktes organisiert, sondern beruhte, wie oben beschrieben, auf einer Art Staatskapitalismus, der geprägt war von Mono- und Oligopolen, staatlichen Lizenzen, vielen Staatsunternehmen und riesigen privaten Unternehmenskonglomeraten, die eng mit der staatlichen Bürokratie zusammenarbeiteten. Erst die Kapitalflucht ausländischer Investoren während der Asienkrise machte deutlich, wie ineffizient der von Korruption und Nepotismus durchsetzte Staatskapitalismus eigentlich war. In diesem Sinne urteilt auch Edward Aspinall:

“[...] the eventual severity of Indonesia’s crisis was due to a conflict between its increasingly „rational“, globalized, and liberal economy and its ossified political structure. In the end, the *patrimonial framework* for organizing the polity and domestic economy proved unable to withstand the market scrutiny and vulnerability to capital flows associated with the integration into the world economy [...].”¹⁷³

Die Unfähigkeit und der offensichtliche Unwille Suhartos, der Krise durch die nötigen umfassenden Reformen des Wirtschafts- und Finanzsystems gegenzusteuern¹⁷⁴, hat diese noch verschärft und zu landesweiten Protesten und Demonstrationen, vor allem seitens der Studenten, sowie zu verstärkten Forderungen oppositioneller Gruppen nach dem Rücktritt Suhartos und nach demokratischen Reformen geführt. Die Wirtschaftskrise bot den Anhängern der Demokratisierungsbewegung einen konkreten Angriffspunkt und schwächte den Rück-

¹⁷² Die Natur und die Auswirkungen der indonesischen Wirtschaftskrise beschreibt Adam Schwarz wie folgt: „The performance of Indonesia’s economy in the 12 month beginning with August 1997 has been described as *the most severe economic collapse suffered by any country since World War II*. By the summer of 1998, the number of Indonesians living under the poverty line had risen from 20 million to 80 million and was headed higher. [...] Millions of workers were idled, inflation was heading up to triple digits, and the food distribution system was barely holding together.“; Schwarz: *The Politics of Post-Suharto Indonesia*, 1999, S. 4; Hervorh. J.M.

¹⁷³ Aspinall, Edward: *Opposing Suharto. Compromise, Resistance, and Regime Change in Indonesia*, Stanford: Stanford University Press, 2005, S. 210.

¹⁷⁴ Zwar wurde schon ab Oktober 1997 die Hilfe des Internationalen Währungsfonds’ in Anspruch genommen, jedoch wurden dessen Empfehlungen und Reformvorschläge von Suharto nur sehr zögerlich und eingeschränkt umgesetzt. Es war offensichtlich, dass Suharto im Angesicht der Wirtschaftskrise eher die Interessen seiner Familie und seiner Günstlinge verfolgte als die der Nation.

halt Suhartos in der Regimekoalition beträchtlich. Daraufhin sah sich Suharto gezwungen, am 21. Mai 1998 offiziell vom Amt des Präsidenten zurückzutreten, zugunsten seines damaligen Vizepräsidenten Habibie.

4.3 Akteure des politischen Umbruchs von 1998

Die Legitimations- und die Wirtschaftskrise können, aus der systemischen bzw. gesamtgesellschaftlichen Perspektive, als die Ursachen für den Sturz des Suharto-Regimes betrachtet werden. Letztlich sind es jedoch Akteure, die den politischen Wandel vorantreiben. In den Worten von Schubert, Tetzlaff und Vennewald ist „Demokratisierung [...] primär ein Ergebnis von [...] Veränderungen des innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen sog. strategischen und/oder konfliktfähigen Gruppen“.¹⁷⁵ Daher sollen an dieser Stelle gesellschaftliche Gruppen identifiziert werden, die im *Vorfeld* des Rücktritts von Suharto als strategisch oder konfliktfähig bezeichnet werden können. Dabei sollen vor allem die folgenden Fragen beantwortet werden: Auf welche spezifischen Machtressourcen bzw. Konfliktpotentiale konnten die jeweiligen Gruppen zurückgreifen und wie haben sie diese eingesetzt? Welche gemeinsamen Ziele und Interessen verfolgten sie und (wie) hat sich die Zielsetzung im Laufe der Zeit verändert? Und schließlich, welche Bedeutung kann ihnen bei der Einleitung des Demokratisierungsprozesses zugemessen werden?

4.3.1 Strategische Gruppen

Zu den strategischen Gruppen können alle Gruppen gezählt werden, die Teil der Regimekoalition um Suharto waren bzw. diese aktiv unterstützten. Dazu gehören das Militär, die Bürokraten, die Großunternehmer, Golkar-Funktionäre und kooptierte orthodoxe Muslime.

4.3.1.1 Das Militär

Ohne die Unterstützung und Loyalität des Militärs wäre es Suharto unmöglich gewesen, über 30 Jahre lang an der Macht bleiben. Daher muss das Militär als die mit Abstand mächtigste strategische Gruppe der Regimekoalition angesehen werden. Durch die Institutionalisierung der *dwifungsi*-Doktrin verfügte es in Indonesien nicht nur über das Gewaltmonopol, sondern auch über den größten politischen Einfluss. Diesen konnte das Militär durch die Besetzung zahlreicher Posten in der zivilen Bürokratie (einschließlich Ministerposten) und in der Staatspartei Golkar geltend machen. Darüber hinaus kontrollierten die Streitkräfte umfangreiche materielle Ressourcen, sowohl offiziell durch den Verteidigungshaushalt, von ihnen betriebene Staatsunternehmen und Stiftungen, als auch inoffiziell durch die Beteiligung an diversen illegalen Geschäften und den ungehinderten Zugang zu Staatsgeldern über die Bürokratie. Dass Suharto den Militärs, insbesondere den hohen Offizieren, diese Möglichkeiten der pri-

¹⁷⁵ Schubert et al.: Demokratisierung, 1994, S. 57; vgl. Abschnitt 2.1.

vaten Bereicherung auf Kosten des Staates zugestand, garantierte lange Zeit deren Loyalität gegenüber seinem Regime.

Das gemeinsame Interesse der Streitkräfte bestand vornehmlich in der Behauptung seiner dominanten soziopolitischen Rolle, da diese Macht und Ansehen einbrachte und praktisch allen Angehörigen des Militärs, bis hinunter zum einfachen Soldaten, einen deutlich höheren Lebensstandard als dem Bevölkerungsdurchschnitt ermöglichte. Patriotische Ideale wie die Erhaltung der inneren Stabilität und das Wohl der indonesischen Nation dürften demgegenüber eher zweitrangig gewesen sein. Allerdings trugen solche Ideale und der gemeinsame militärische Ausbildungshintergrund sicherlich zu dem relativ starken Korpsgeist der Streitkräfte und damit zur Stabilisierung des Militärs als strategische Gruppe bei.¹⁷⁶

Das bis dahin sehr stabile Verhältnis der Streitkräfte zu Suharto fing erst gegen Ende der 1980er Jahre an, erste Erosionserscheinungen aufzuweisen. Ungefähr ab dieser Zeit versuchte Suharto, den politischen Einfluss des Militärs langsam zurückzudrängen, indem er mehr Zivilisten zu zentralen Posten in der Bürokratie und in Golkar verhalf.¹⁷⁷ Gleichzeitig ging er dazu über, vermehrt orthodoxe Muslime zu kooptieren¹⁷⁸, sowohl im zivilen Bereich als auch im Militär, was von der Mehrheit der säkular-nationalistisch eingestellten Militärs missbilligt wurde. Es ist anzunehmen, dass Suharto seine Machtstellung gezielt festigen wollte, indem er die verschiedenen Gruppen der Regimekoalition mit einer ‚divide et impera‘ Strategie gegeneinander ausspielte bzw. mit den orthodoxen Muslimen eine neue Gruppe kooptierte. Um dabei die Unterstützung des Militärs sicherzustellen, besetzte er Posten in der Militärführung zunehmend mit ehemaligen persönlichen Adjutanten und Verwandten und führte eine verstärkte Ämterrotation ein, um mächtige Allianzen innerhalb der Streitkräfte zu unterbinden.¹⁷⁹ Tatsächlich gelang es Suharto durch diese Maßnahmen, den politischen Einfluss des Militärs zu verringern und seine Kontrolle über die Streitkräfte mittelfristig auszuweiten. Allerdings wurde damit zugleich die Loyalität der Streitkräfte gegenüber Suharto und ihre innere Geschlossenheit untergraben.

Dies machte sich besonders in den letzten Monaten vor dem Rücktritt Suhartos bemerkbar, als die Demonstrationen, in denen demokratische Reformen und ebendieser Rücktritt gefordert wurden, immer häufiger und größer wurden. Die offizielle, vom damaligen Oberkommandeur der Streitkräfte General Wiranto vertretende Position war Zurückhaltung gegenüber friedlichen Demonstranten bei anhaltender Regimetreue. Wiranto war, in Übereinstimmung mit Suharto, eher auf Deeskalation bedacht, um die Krise nicht noch weiter zu verschärfen.¹⁸⁰ Parallel dazu gab es unter der Führung von Suhartos Schwiegersohn Prabowo Subi-

¹⁷⁶ vgl. Rinakit, Sukardi: *The Indonesian Military after the New Order*, 2005, S. 29/30.

¹⁷⁷ Schwarz: *The Politics of Post-Suharto Indonesia*, 1999, S. 11.

¹⁷⁸ vgl. auch unten Abschnitt 4.3.1.5.

¹⁷⁹ vgl. Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 212.

¹⁸⁰ vgl. Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 223.

anto Spezialeinheiten, die auf „military terror, kidnappings and repression of students“¹⁸¹ zurückgriffen. Ein reformorientierter Flügel schließlich, dessen Hauptvertreter der heutige Präsident Indonesiens und damalige General Yudhoyono war, konferierte mit Mitgliedern der Opposition „in order to sound out there views on political reformation, including presidential succession.“¹⁸² Abgesehen von der Fraktion um Subianto waren die Militärs in der letzten Phase des Suharto-Regimes nicht mehr bereit, drastische, repressive Maßnahmen gegen die schon zu groß gewordene ‚Reformasi‘-Bewegung zu unternehmen.¹⁸³ Konsequenterweise signalisierte Oberkommandeur Wiranto am 20. Mai 1998 sein Einverständnis in den Rücktritt Suhartos, der dann auch am Tag darauf erfolgte. Der Entzug der Unterstützung durch das Militär war für Suhartos Entscheidung zum Rücktritt wohl letztlich ausschlaggebend, allerdings muss der Sinneswandel des Militärs vor dem Hintergrund des Verhaltens der übrigen Teile der Regimekoalition und der konfliktfähigen Gruppen gesehen werden. Im anschließenden Reformprozess¹⁸⁴, der unter dem Druck anhaltender Proteste vom aufgerückten Vize-Präsidenten Habibie eingeleitet wurde, verhielt sich das Militär insgesamt kooperativ; sogar die Pläne zur schrittweisen Demilitarisierung der Politik wurden von ihm – wenn auch zögerlich – hingenommen. Im Übrigen konzentrierte sich Kommandeur Wiranto auf die Rekonsolidierung der von Zersplitterung bedrohten Streitkräfte und entband daher Subianto und einige seiner Verbündeten von ihrem Kommando.¹⁸⁵ Am 5. Oktober 1998 gab die Militärführung ihr ‚Neues Paradigma‘ bekannt, welches die *dwifungsi*-Doktrin ersetzen sollte. Demnach sollten die Streitkräfte sich aus der Tagespolitik zurückziehen, sich gegenüber allen Parteien (einschließlich Golkar) neutral verhalten und nur noch indirekt Einfluss auf soziopolitische Angelegenheiten nehmen. Sukardi Rinakit argumentiert jedoch, dass, trotz des Paradigmenwechsels,

“[...] there was no substantial change to its [des Militärs] self-perception. The military always considered itself as the people’s army, which had an inalienable right to maintain its dual function role. This meant that whatever the name of its paradigm, the military would maintain its *Dwifungsi*, though its scope could not be as dominant when compared to the New Order.”¹⁸⁶

4.3.1.2 Die Bürokraten

Nach dem Militär können die Bürokraten als die zweitmächtigste strategische Gruppe des Suharto-Regimes gelten. Als solche werden hier hohe Beamte ohne militärischen Hinter-

¹⁸¹ Porter, Donald J.: *Managing Politics and Islam in Indonesia*, London: RoutledgeCurzon, 2002, S. 200.

¹⁸² ebd., S. 201.

¹⁸³ Dies wird am besten durch die Tatsache belegt, dass das Militär nicht gewaltsam eingriff, als Studenten am 19. Mai das Parlamentsgebäude in Jakarta besetzten.

¹⁸⁴ Habibie veranlasste in Zusammenarbeit mit dem Parlament unter anderem die Freilassung von politischen Gefangenen, die Legalisierung von neuen Parteien und die Ansetzung von demokratischen Parlamentswahlen für den Juni 1999 (mit anschließender Neuwahl eines Präsidenten durch das Parlament). Er leitete damit den Reformprozess ein und schuf wichtige Voraussetzungen für die weitere Demokratisierung Indonesiens. Außerdem ermöglichte im Januar 1999 die Unabhängigkeit Osttimors.

¹⁸⁵ vgl. Rinakit: *The Indonesian Military after the New Order*, 2005, S. 100.

¹⁸⁶ ebd., S. 102.

grund verstanden, die zentrale Positionen in der Verwaltung, zum Beispiel als Minister, Staatssekretäre oder Provinzgouverneure einnahmen. Da die Besetzung der hohen Ämter in der Verwaltung nicht von frei gewählten Parteien, sondern lediglich vom Wohlwollen Suhartos abhängig war, konnten sich die Bürokraten als eine eigenständige, mächtige Gruppe etablieren. Diese konnte sich mit Suhartos Hilfe zunehmend vom Militär emanzipieren und so ihre Machtressourcen wirksamer einsetzen. Zu diesen gehörten ihr Fach- und Amtswissen, die Vergabe von Lizenzen, Konzessionen, Staatsaufträgen und Krediten und die Kontrolle von Staatsbetrieben. Neben diesen materiellen Ressourcen konnten die Bürokraten indirekt auf das Gewaltmonopol des Militärs zurückgreifen. Zudem lief an den Spitzen der Bürokratie ein Großteil der korporatistischen Verbände und Organisationen zusammen, über die die Bürokraten erhebliche Kontrolle über die Zivilgesellschaft ausüben konnten.

Obwohl die indonesische Administration unter Suharto hochgradig zentralisiert war, konnte auf Dauer weder die innere Geschlossenheit des landesweiten Verwaltungsapparats noch die der Spitzenbürokraten hundertprozentig gewährleistet werden. So bildeten sich mit der Zeit verschiedene innerbürokratische Fraktionen bzw. Cleavages heraus: Rivalitäten zwischen den verschiedenen Ressorts; Militärs vs. Zivilisten; Zentrum vs. Peripherie (Provinzen); Nationalisten vs. Technokraten, wobei letztere wirtschaftspolitisch für mehr Liberalisierung und Deregulierung eintraten; und schließlich Nicht-Muslime und nicht-orthodoxe Muslime (*abangan*) vs. orthodoxe Muslime (*santri*).¹⁸⁷ Dennoch vereinte die Bürokraten bis zuletzt das gemeinsame Interesse am Erhalt der klientelistischen Strukturen des Suharto-Regimes, die ihnen weit mehr als das offizielle Gehalt einbrachten.

Erst auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise und angesichts eskalierender Ausschreitungen und massiver Proteste sagte sich eine Reihe von Bürokraten von Suharto los. So traten am 19. Mai 1998 14 Minister aus dem erst wenige Monate zuvor gebildeten Kabinett zurück und unterstützten damit die Forderung des Parlaments nach dem Rücktritt Suhartos.¹⁸⁸ Der neue Präsident Habibie, selbst das Musterbeispiel eines Bürokraten ohne militärischen Hintergrund, passte sich den Zeitumständen an und ernannte ein neues Kabinett, in das allerdings 20 von insgesamt 36 Ministern aus dem alten Kabinett übernommen wurden. In der Reform-Ära konnten die bürokratischen Eliten vom Rückgang des politischen Einflusses des Militärs profitieren, allerdings bilden sie heute, aufgrund des freien Parteienwettbewerbs und der 1999 eingeleiteten Dezentralisierung, keine eigenständige Gruppe mehr, sondern gehen in den neuen Partieliten auf.

¹⁸⁷ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 304.

¹⁸⁸ vgl. Porter: Managing Politics and Islam in Indonesia, 2002, S. 211.

4.3.1.3 Die Großunternehmer

Eine weitere strategische Gruppe bildeten die Großunternehmer. Sie kontrollierten einen Großteil¹⁸⁹ der materiellen Ressourcen der Privatwirtschaft und wurden daher gezielt von Suharto in die Regimekoalition eingebunden. Unter der Protektion von Suharto konnten vor allem die Sinoindonesier, also die Angehörigen der nur etwa 3 % der Bevölkerung ausmachenden chinesischstämmigen Minderheit Indonesiens, zu den führenden Unternehmern aufsteigen; so befanden sich „1986 [...] von den 47 größten Unternehmensgruppen 39 in sinoindonesischer Hand.“¹⁹⁰ Die Sinoindonesier verfügten über keinen nennenswerten politischen Einfluss¹⁹¹, aber über gute unternehmerische Fähigkeiten und internationale Handelsbeziehungen, die es einigen von ihnen ermöglichten, riesige, teils transnationale Unternehmenskonglomerate aufzubauen. Suharto förderte diese Konglomerate und erwartete als Gegenleistung die Unterstützung der *cukongs*¹⁹² bei der Errichtung von Unternehmen für seine zahlreichen Verwandten und Günstlinge. Auch andere Angehörige der militärisch-bürokratischen Elite verschafften ihren ‚cronies‘ auf diese Weise einen Einstieg in die Geschäftswelt. Offiziell sanktioniert wurde diese Vetternwirtschaft seit Ende der 1970er Jahre durch die so genannte *pribumi* (indonesisch für: ‚Einheimischer‘)-Förderung, die eine gezielte Unterstützung einheimischer, d.h. nicht-sinoindonesischer Unternehmer vorsah. Durch die offizielle und inoffizielle Unterstützung konnten auch einige *pribumi*, nicht zuletzt zwei Söhne und eine Tochter Suhartos, zu Großunternehmern aufsteigen.

Obwohl die verschiedenen Großunternehmer teilweise gegeneinander konkurrierten, hatten sie alle gemeinsam, dass sie von Suhartos Politik profitierten und vermittels ihrer Beziehungen zum Militär und zur Bürokratie indirekt auf staatliche Machtressourcen zugreifen konnten. Daher unterstützten sie Suharto bis zuletzt, mussten sie doch im Falle einer Demokratisierung mit dem Wegfall der bürokratischen Protektion rechnen. Selbst nach dem Einbruch der Wirtschaftskrise hielten sie am Suharto-Regime fest und beteiligten sich nicht an den Rufen nach Reformen. Tatsächlich hat der Rücktritt Suhartos viele Großunternehmer in eine kritische Lage gebracht:

„Die Großunternehmer sind entweder bankrott, haben das Land verlassen, müssen mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen (die Suhartos, ‚Bob‘ Hasan u.a.) oder stehen vor umfassenden Umstrukturierungen. Außerdem haben sie in vielen Fällen ihre Patrone und Privilegien verloren.“¹⁹³

¹⁸⁹ Andreas Ufen gibt eine Berechnung wieder, nach der im Jahr 1993 allein die 10 größten Unternehmen 30% des indonesischen Bruttoinlandsproduktes erwirtschafteten; vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 162.

¹⁹⁰ ebd., S. 161.

¹⁹¹ Im Gegenteil, sie wurden schon seit der Kolonialzeit und auch während der Neuen Ordnung gesellschaftlich stark diskriminiert.

¹⁹² Der abwertende Begriff *cukong* bezeichnet(e) einen reichen sinoindonesischen Geschäftsmann mit Verbindungen zur Machtelite.

¹⁹³ Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 577.

4.3.1.4 Golkar-Funktionäre

Die Staatsspartei Golkar ist als schwer als eigenständige strategische Gruppe abzugrenzen, weil sie während des Suharto-Regimes immer von Militärs und Bürokraten dominiert wurde. So wurde ein Großteil der Parlamentssitze der Golkar-Fraktion von Bürokraten, die gleichzeitig hohe Ämter in den Ministerien und der übrigen Verwaltung innehatten, und von aktiven und pensionierten Militärs eingenommen.¹⁹⁴ Die Verabschiedung von Gesetzesvorschlägen der Regierung im Parlament war dementsprechend in aller Regel eine bloße Formsache. Dennoch hatte Golkar innerhalb der Regimekoalition wichtige Funktionen. Zum einen diente die Partei – wenn man Golkar, die ‚funktionalen Gruppen‘, als solche bezeichnen kann – als Rekrutierungsbasis für die Spitzen der Bürokratie. Die Mitgliedschaft in Golkar war die Voraussetzung für hohe Verwaltungsposten und eine Karriere innerhalb der Partei war ein relativ sicherer Weg dorthin. Darüber hinaus wurden die ‚funktionalen Gruppen‘, die über ein dichtes, landesweites Netz von Vertretungen verfügten, zur Kontrolle der unteren Verwaltungsebenen und der verschiedenen korporatistischen Einheitsverbände genutzt. Schließlich war Golkar durch seine stabilen Mehrheiten bei scheinbar freien Parlamentswahlen ein zentraler Bestandteil der demokratischen Fassade der Neuen Ordnung.¹⁹⁵ Einen ähnlichen Zweck erfüllten auch die Blockparteien PPP und PDI, die zwischen vorsichtiger Opposition und Unterstützung des Suharto-Regimes schwankten. Abgesehen von der PDI nach 1993 (siehe unten) können sie weder als strategische noch als konfliktfähige Gruppe bezeichnet werden.

Dagegen können, trotz der untergeordneten Stellung Golkars gegenüber dem Militär und der Bürokratie, Golkar-Funktionäre als strategische Gruppe aufgefasst werden, soweit sie nicht primär den strategischen Gruppen der Militärs oder der Bürokraten angehörten. Die Golkar-Funktionäre hatten sowohl als Parlamentarier als auch auf den nachgeordneten Posten der Parteiorganisation eine prestigeträchtige und privilegierte Stellung inne, konnten indirekt auf diverse staatliche Machtressourcen zugreifen und verfügten außerdem über ein gewisses Mobilisierungspotential in der Bevölkerung bzw. im Massenanhang der Partei.

Die Golkar-Funktionäre verhielten auch nach Einbruch der Wirtschaftskrise noch lange loyal gegenüber Suharto. Noch am 10. März 1998 hatte die Beratende Volksversammlung (MPR), die nur zur einen Hälfte aus dem gewählten Parlament (DPR), und zur anderen aus ernannten Delegierten – hauptsächlich Golkar-Funktionäre – bestand, Suharto praktisch einstimmig wiedergewählt. Erst am 19. Mai stimmten auf einer DPR-Sitzung 125 von 160 anwesenden Golkar-Parlamentariern dafür, Suharto zum Rücktritt aufzufordern. Einen Tag später stellte Harmoko, der damalige Golkar-Vorsitzende und Parlamentssprecher, Suharto im Namen der

¹⁹⁴ vgl. Liddle: *Regime: The New Order*, 1999, S. 55.

¹⁹⁵ vgl. Vickers: *A History of Modern Indonesia*, 2005, S. 176.

DPR-Führung für den 25. Mai eine Amtsenthebung in einer MPR-Sondersitzung in Aussicht, sollte er nicht zuvor zurücktreten.¹⁹⁶

In der Reform-Ära konnte sich Golkar als Partei rekonsolidieren und ist aus den Parlamentswahlen 1999 und 2004 als zweitstärkste bzw. stärkste Kraft hervorgegangen, allerdings mit nur jeweils runden 22% der Stimmen. Golkar ist heute nicht das einzige, aber eines der Foren für die alten Eliten des Suharto-Regimes, besonders für pensionierte Militärs.

4.3.1.5 Kooptierte orthodoxe Muslime / Religiöse Führer

Als eine Art sekundäre, weniger mächtige strategische Gruppe, können kooptierte orthodoxe Muslime und angesehene islamische Führer begriffen werden. Da es seit Ende der 1980er Jahre zu einer verstärkten ‚Islamisierung‘ Indonesiens, das heißt der Hinwendung breiter Bevölkerungsschichten von der eher synkretistischen *abangan*- zur orthodoxen *santri*-Variante des Islam gekommen war¹⁹⁷, sah Suharto die Notwendigkeit, orthodoxe muslimische Intellektuelle und Führer von Islamorganisationen zu kooptieren. Zumindest dem Anschein nach hat auch Suharto selbst, der zuvor als Anhänger des javanischen Synkretismus bekannt war, die Hinwendung zum orthodoxen Islam vollzogen, vor allem indem er Anfang der 1990er Jahre mit seiner Familie nach Mekka pilgerte. Viele Autoren unterstellen Suharto dabei aber politische Motive, wonach er die Unterstützung des mächtiger werdenden konservativ-islamischen Lagers gezielt zur Stabilisierung seiner dominanten Stellung in der Regimekoalition einsetzen wollte.¹⁹⁸ So wurde 1990 unter der Schirmherrschaft Suhartos der ‚Verband Islamischer Intellektueller Indonesiens‘, ICMI, gegründet, mit der Andreas Ufen zufolge „prominente Muslime kooptieren und sie zum Schein partizipieren lassen“ wollte.¹⁹⁹ ICMI bildete ein Sammelbecken für führende Persönlichkeiten aus orthodoxen Kreisen, von denen Suharto gerade so viele – etwa durch Ministerposten oder Golkar-Ämter – in den engeren Kreis der Regimekoalition aufnahm, dass er „succeeded in dampening the political dissent of Muslims to his rule“.²⁰⁰ Durch ICMI konnte sich Suharto das Charisma angesehener islamischer Führer und deren Einfluss auf die islamisch-orthodoxe Bevölkerung zunutze machen. So gehörten ICMI etwa prominente Führungspersönlichkeiten der modernistischen Muhammadiyah, nach Nahdlatul Ulama die größte islamische Massenorganisation Indonesiens, an. Viele Muslime sahen in ICMI eine Chance, mehr Einfluss für den politischen Islam innerhalb des bestehenden Regimes zu gewinnen. Gleichzeitig lehnten andere prominente

¹⁹⁶ Suryadinata: *Interpreting Indonesian Politics*, 1999, S. 230.

¹⁹⁷ Vgl. Ufen, Andreas: *Islam und Politik in Südostasien. Neuere Entwicklungen in Malaysia und Indonesien*, S. 17, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 21-22 (2004), S. 15-21.

¹⁹⁸ Dabei muss berücksichtigt werden, dass orthodoxe Muslime in der Neuen Ordnung bis dahin stark unterrepräsentiert waren (im Parlament, der Bürokratie, dem Militär etc.), da das mehrheitlich säkular eingestellte Militär und lange Zeit auch Suharto den politischen Islam als Bedrohung des Regimes empfanden.

¹⁹⁹ Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 267.

²⁰⁰ Porter: *Managing Politics and Islam in Indonesia*, 2002, S. 196.

Muslime wie Abdurrahman Wahid ICMI ab, weil sie Suharto durch den Verband nicht indirekt unterstützen wollten.

Insgesamt war Suhartos Strategie, über ICMI eine überschaubare Anzahl orthodoxer Muslime in die Regimekoalition zu integrieren und damit die Unterstützung des konservativ-islamischen Lagers zu gewinnen, einigermaßen erfolgreich. Zwar übten einige ICMI-Mitglieder immer wieder auch vorsichtige Kritik am Suharto-Regime, nicht zuletzt an besonders krassen Fällen von Korruption und Nepotismus. Dennoch ließen sich viele orthodoxe Muslime bereitwillig kooptieren.

Die loyale Haltung ICMI's gegenüber dem Suharto-Regime endete erst im Frühjahr 1998. Viele prominente ICMI-Mitglieder sahen sich bei der Ernennung des neuen Kabinetts Mitte März 1998 übergangen und begannen daher, in offene Opposition zu Suharto zu treten und die ‚Reformasi‘-Bewegung zu unterstützen. Sie taten dies auch in der Hoffnung, ihre Interessen in einem demokratisch-pluralistischen System besser repräsentiert zu sehen.

Tatsächlich ist der politische Islam heute weit einflussreicher als unter dem Suharto-Regime, wie unter anderem die oben (vgl. Abschnitt 3.2) beschriebenen regionalen Scharia-Verordnungen zeigen.

4.3.2 Konfliktfähige Gruppen

Zu den konfliktfähigen Gruppen können alle Gruppen gezählt werden, die im Vorfeld des Rücktritts von Suharto außerhalb der Regimekoalition standen und sich unter Einsatz ihrer spezifischen Konfliktpotentiale gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse wandten. Zu diesen gehören: die Studenten; die PDI ab 1993; die beiden Islamorganisationen Nahdlatul Ulama und Muhammadiyah; Regimekritische NGOs; und schließlich – mit Einschränkungen – Arbeiter und Bauern.

4.3.2.1 Die Studenten

Von beträchtlicher Bedeutung für die Einleitung des Demokratisierungsprozesses war die konfliktfähige Gruppe der Studenten. Ungefähr seit dem Anfang der 1990er Jahre kann von einer pro-demokratischen Studentenbewegung in Indonesien gesprochen werden. Seit dieser Zeit kam es immer wieder zu Protesten gegen Menschenrechtsverletzungen, Korruption und Nepotismus und die Doppelfunktion des Militärs.²⁰¹ Indes traten die Studenten erst ab Februar 1998, als sich die Wirtschaftskrise bereits gravierend bemerkbar gemacht hatte, in vollem Umfang als konfliktfähige Gruppe in Erscheinung. Ab diesem Zeitpunkt demonstrierten die Studenten landesweit für Preissenkungen und umfassende politische und wirtschaftliche Reformen, wobei die Protestaktionen zunächst meist auf die Universitätsgelände begrenzt waren. Dies änderte sich Mitte März 1998, nachdem die Beratende Volksversamm-

²⁰¹ vgl. Aspinall: Opposing Suharto, 2005, S. 224/225.

lung (MPR) Suharto für eine neue, fünfjährige Amtszeit bestätigt und keine signifikanten Reformpläne verabschiedet hatte.²⁰² In der Folge weiteten sich die Demonstrationen auf die Straßen und aus, gewannen an Masse und Intensität; dabei kam es auch zu Zusammenstößen mit dem Militär, jedoch ohne dass die Demonstrationen gänzlich niedergeschlagen wurden.²⁰³ Schließlich besetzten am 19. Mai 1998 etwa 10 000 Studenten das Parlamentsgebäude bzw. -gelände und verließen es erst wieder, nachdem Suharto offiziell zurückgetreten war.

Das Konfliktpotential der Studenten bestand in erster Linie in ihrer Masse und in ihrer Bereitschaft, diese in groß angelegten Demonstrationen einzusetzen. Sie waren relativ gut organisiert und in der Lage, Protestaktionen aufeinander abzustimmen. Außerdem waren sie die erste Gruppe, die offen den Rücktritt Suhartos forderte. Da die Studenten quasi die Zukunft des Landes verkörperten, fand ihr Protest große Zustimmung in der Bevölkerung und wurde von anderen Oppositionellen aktiv unterstützt; auf der anderen Seite konnte es sich die Regimekoalition wegen der allgemeinen Popularität der Studentenbewegung nicht leisten, im großen Stil gewaltsam gegen die Studenten vorzugehen und versuchte stattdessen, die Proteste durch halbherzige Zugeständnisse zu entschärfen.

Die Studenten demonstrierten auch nach dem Rücktritt Suhartos weiter für Reformen. Besonders in Übergangsphase unter Habibie, der allgemein als Ziehsohn Suhartos und als dessen ausgewählter Nachfolger galt, gab es weiterhin landesweit große Demonstrationen, mit denen eine Beschleunigung des Reformprozesses erzwungen werden sollte. Abgesehen davon konnten die Studenten jedoch keinen direkten Einfluss auf den unter Habibie eingeleiteten Reformprozess nehmen; so hatte etwa die von Studenten gegründete Partei PRD („Demokratische Volkspartei“) keine Chance bei den Parlamentswahlen im Juni 1999.²⁰⁴

4.3.2.2 Die PDI

Seit Megawati Sukarnoputri 1993 den Vorsitz der Blockpartei übernahm, können Teile der PDI²⁰⁵ als konfliktfähige Gruppe bezeichnet werden. Als Tochter des immer noch als Volksheld verehrten Revolutionsführers und ersten Präsidenten Indonesiens, Sukarno, war Megawati seit ihrem Eintritt in die Politik 1987 eine weithin populäre Integrationsfigur. Trotz ihres zurückhaltenden Politikstils konnte sie sich einerseits als parlamentarische Oppositionsführerin und andererseits als herausragende Symbolfigur für die ‚Reformasi‘-Bewegung profilie-

²⁰² vgl. Porter: *Managing Politics and Islam in Indonesia*, 2002, S. 197.

²⁰³ Das Militär verhielt sich relativ passiv, abgesehen von Suhartos Schwiegersohn Subianto, der damals die berüchtigte Spezialeinheit Kopassus kommandierte. Es wird vermutet, dass dieser für diverse Entführungen von Studentenführern verantwortlich ist, sowie für die Schüsse auf Demonstranten an der Trisakti-Universität in Jakarta (12. Mai 1998), bei denen 4 Studenten getötet wurden. Nach diesem Vorkommnis gewannen die Demonstrationen jedoch nur noch mehr Zulauf.

²⁰⁴ vgl. Ufen: *Political Parties in Post-Suharto Indonesia*, 2006, S. 10.

²⁰⁵ Partai Demokrasi Indonesia, vgl. Abschnitt 4.1.2.

ren.²⁰⁶ So ließ sie sich etwa 1995 öffentlich zur Präsidentschaftskandidatin nominieren, was bis dahin undenkbar war und eine implizite, aber doch deutliche Herausforderung des Suharto-Regimes darstellte. In der Folge nahmen Suharto und das Militär Megawati und die PDI als akute Bedrohung wahr und inszenierten daher einen PDI-Parteitag, bei dem Megawati als Vorsitzende durch den regime-loyalen PDI-Politiker Suryadi ersetzt wurde. Daraufhin kam es am 27. Juni 1996, dem so genannten *Sabtu Kelabu* („Grauer Samstag“), vor der Parteizentrale der PDI in Jakarta zu schweren Zusammenstößen zwischen Militärs und so genannten *preman*²⁰⁷ auf der einen und Anhängern von Megawati bzw. ihrem PDI-Flügel auf der anderen Seite. Nach diesem offenen Akt staatlicher Repression bekamen Megawati und die Demokratiebewegung im Ganzen noch mehr Zulauf. Megawati war zwar im Parlament entmachtet, sprach sich aber weiter in der Öffentlichkeit für demokratische Reformen aus und unterstützte nach dem Einzug der Wirtschaftskrise die Studentenproteste.²⁰⁸ Auch wenn Megawati ihre zahlreichen Anhänger in den Mittel- und Unterschichten nie durch einen konkreten Aufruf auf die Straße brachte, so entfaltete sie doch ein großes Mobilisierungspotential, indem sie die öffentliche Meinung für die Notwendigkeit demokratischer Reformen sensibilisierte.

Während der Präsidentschaft Habibies gründete Megawati, um sich von der alten Blockpartei zu distanzieren, die PDI-P (PDI-Kampf), die bei den Wahlen im Juni 1999 noch vor Golkar stärkste Fraktion im Parlament wurde. Sie wurde daraufhin zunächst Vize-Präsidentin (1999-2001), dann Präsidentin Indonesiens (2001-2004).

4.3.2.3 Nahdlatul Ulama und Muhammadiyah

Wie an anderer Stelle bereits erwähnt, sind die traditionalistische Nahdlatul Ulama (NU) und die modernistische Muhammadiyah die mit Abstand größten Islamorganisationen Indonesiens. Sie wurden bereits Anfang des 20. Jahrhunderts gegründet und haben nach eigenen Angaben jeweils etwa 30 Millionen Mitglieder.²⁰⁹ Beide Organisationen sind in erster Linie soziale und karitative Einrichtungen, die im Wesentlichen mit dem Betreiben tausender Koranschulen und anderer Bildungseinrichtungen beschäftigt sind. Gegenüber dem Suharto-Regime hatten NU und Muhammadiyah lange Zeit eine relativ neutrale Haltung eingenommen. Dies änderte sich erst ab Anfang der 1990er Jahre. Während Teile der Organisationen bzw. ihrer Repräsentanten als Folge der oben beschriebenen ‚Islamisierung‘ kooptiert wurden, vor allem über ICMI, bildeten sich um die populären, charismatischen Führer Abdur-

²⁰⁶ vgl. Friend: *Indonesian Destinies*, 2003, S. 392/393 und Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 215.

²⁰⁷ Der Begriff *preman* bezeichnet in Indonesien Gruppen von Schlägern / Gangstern, die gegen Bezahlung illegale Gewaltaktionen durchführen, politische Gegner unter Druck setzen, etc.. *Preman* wurden im Suharto-Regime wiederholt für verdeckte Operationen des Militärs eingesetzt.

²⁰⁸ vgl. Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 216.

²⁰⁹ Die meisten davon dürften passive Mitglieder bzw. finanzielle Unterstützer sein.

rahman Wahid (NU-Vorsitzender seit 1984) und Amien Rais (Muhammadiyah-Vorsitzender von 1994-98) regierungskritische, pro-demokratische Flügel.

Wahid widersetze sich von Anfang an der Kooptierung durch Suharto und gründete bereits 1991, als eine Art Gegeninitiative zu ICMI, das ‚Forum Demokrasi‘ als Diskussionsforum für reformorientierte Intellektuelle; dieses wurde allerdings von der Regierung scharf überwacht und war entsprechend zurückhaltend in seinen Äußerungen.²¹⁰ Ähnlich wie Megawati, mit der er sich oft zu Gesprächen traf, nahm Wahid durch die NU Einfluss auf breite Bevölkerungsschichten, denen die Notwendigkeit demokratischer Reformen vor Augen geführt wurde.²¹¹ Das Konfliktpotential der NU bestand vor allem in der großen Masse seiner Mitglieder. So waren im Vorfeld des Rücktritts von Suharto auch NU-Studentenorganisationen unter den Demonstranten und die NU-Führung drängte Suharto zu Reformen.

Nach dem Rücktritt gründete Wahid seine eigene Partei, die PKB (‚Partei des Nationalen Erwachens‘), die vor allem von NU-Mitgliedern unterstützt wird und die sich auf islamische Werte, aber auch auf die säkulare Pancasila-Philosophie beruft. Obwohl seine Partei nach den Parlamentswahlen im Juni 1999 nur die viertstärkste Fraktion bildete, wurde Wahid zum Präsidenten gewählt. Er stieß jedoch seitens der alten Eliten, insbesondere dem Militär, auf viel Widerstand, und wurde Mitte 2001 von der MPR des Amtes enthoben.

Amien Rais, der im Gegensatz zu Wahid lange Zeit versucht hatte, über ICMI seinen Einfluss geltend zu machen, von dort aber wegen seiner regierungskritischen Haltung von Suharto entfernt wurde, „became one of the most visible symbols of opposition against Suharto’s corrupt and authoritarian government and his popularity soared among students.“²¹² Diese Popularität bei den Studenten einerseits und seiner Muhammadiyah-Anhängerschaft andererseits nutzte Rais, um der Regierung wiederholt damit zu drohen, Millionen seiner Anhänger in einem „‘people power’ movement“²¹³ auf die Straße zu bringen, wenn keine ernsthaften Reformen durchgeführt würden. Muhammadiyah trug somit unter Rais’ Führung durch sein Drohpotential nicht unerheblich zur Einleitung des Reformprozesses bei. Zudem trat er häufig bei Studentendemonstrationen auf, wo er, sehr viel deutlicher als Megawati und Wahid, den Rücktritt Suhartos und einen Regimewechsel forderte.

Wie Wahid gründete auch Rais eine Muhammadiyah nahestehende Partei. Seine PAN (‚Nationale Mandatspartei‘) wurde bei den Parlamentswahlen im Juni die fünftstärkste Partei; zudem war Rais von 1999-2004 Sprecher der MPR und konnte als solcher Einfluss auf die Verfassungsrevisionen nehmen.

²¹⁰ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 343.

²¹¹ vgl. Friend: Indonesian Destinies, 2003, S. 341.

²¹² Porter: Managing Politics and Islam in Indonesia, 2002, S. 202.

²¹³ ebd., S. 206.

4.3.2.4 Regimekritische NGOs

Zu einer weiteren konfliktfähigen Gruppe können regimekritische NGOs (Non-Governmental Organizations) zusammengefasst werden. Vor allem seit Anfang der 90er Jahre gründeten sich eine Vielzahl von regimekritischen Menschenrechts- und Umweltorganisationen, Presseverbänden, und anderen zivilgesellschaftlichen Vereinigungen; bereits existierende NGOs nahmen vermehrt pro-demokratische Haltungen ein.²¹⁴ Viele dieser NGOs hatten internationale Verbindungen und wurden teilweise durch Gelder aus dem Ausland finanziert. Obwohl sie von den Behörden scharf überwacht wurden und Kritik nicht allzu offen formulieren konnten, verhielt sich das Regime in den 90er Jahren, insbesondere nach dem Dili-Massaker von 1991, eher zurückhaltend gegenüber den NGOs. So wurde etwa das Anti-Subversionsgesetz, mit dem Regierungskritiker in den 70er und 80er Jahren routinemäßig unter Anklage gestellt wurden, nur noch selten gegen NGOs eingesetzt.²¹⁵ Bekannte Beispiele für regimekritische NGOs waren das ‚Rechtshilfeinstitut‘ LBH, das durch die anwaltliche Vertretung Oppositioneller und sozial schwacher Gruppen bekannt wurde, aber auch regimekritische Publikationen herausgab, und die ‚Allianz unabhängiger Journalisten‘ AJI.²¹⁶ Zwischen den NGOs gab es mannigfaltige Beziehungen und einen regen Austausch, was auch zur Gründung von übergreifenden Bündnissen wie MARI (‚Aktionsrat des indonesischen Volkes‘ mit 30 vertretenen Organisationen) oder INFID (‚Internationales NGO Forum für die Entwicklung Indonesiens‘) führte. Viele prominente Oppositionelle bewegten sich im Umfeld der NGOs und übten durch sie Druck auf die Regierung aus. Ihr primäres Machtinstrument war dabei die Sammlung und Veröffentlichung von Informationen, etwa über Menschenrechtsverletzungen und Fälle von Korruption und Nepotismus, sowie die Bildung von Netzwerken zur Zusammenarbeit von regimekritischen Intellektuellen (Anwälte, Journalisten, Hochschulprofessoren, Studenten etc.). Der Einfluss der NGOs auf den Demokratisierungsprozess kann zwar schwer festgemacht werden, ist aber nicht zu unterschätzen. So ist davon auszugehen, dass die NGOs nicht nur eine allgemeine, gegen das Suharto-Regime gerichtete Stimmung widerspiegeln, sondern vielmehr selbst erheblich zum Zustandekommen einer solchen Stimmung und damit zum Auseinanderbrechen der Regimekoalition beitrugen.

4.3.2.5 Arbeiter und Bauern

Nur in Ansätzen können (Industrie-)Arbeiter und Bauern (Kleinbauer, Landarbeiter) als konfliktfähige Gruppen bezeichnet werden. Diese Gruppen verfügten zwar prinzipiell durch ihre Masse über ein gewisses Konfliktpotential, konnten dieses aufgrund ihres geringen Organisationsgrades aber kaum einsetzen. Im anti-kommunistischen Suharto-Regime waren unabhängige Gewerkschaften oder Bauernverbände verboten und die staatlichen Einheitsge-

²¹⁴ vgl. Risse: Die Macht der Menschenrechte, 2002, S. 74/75.

²¹⁵ vgl. ebd., S. 74.

²¹⁶ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 382.

werkschaften bzw. -verbände wurden gezielt dazu eingesetzt, das Aufkommen einer Politisierung dieser Gruppen und von organisiertem Protest zu verhindern. Dennoch gab es vereinzelt Widerstand seitens der Arbeiter und Bauern, der sich jedoch nicht primär gegen die bestehenden Machtverhältnisse, sondern eher gegen die von ihnen als ungerecht empfundene Wirtschaftspolitik des Suharto-Regimes richtete. So protestierten Bauern, unterstützt von Studenten und NGOs, in den 90er Jahren wiederholt gegen Landenteignungen und schlossen sich im Frühjahr 1998 in einigen Fällen den Studentendemonstrationen an. Daneben gab es in 90er Jahren Ansätze einer Arbeiterbewegung, die sich für höhere Löhne und mehr Arbeitnehmerrechte einsetzte.²¹⁷ Mithilfe einiger Untergrundgewerkschaften, insbesondere der 1992 gegründeten ‚Wohlfahrtsgewerkschaft Indonesien‘ (SBSI), wurden einige größere Demonstrationen und Streiks durchgeführt. Da die Arbeiter von den Folgen der Wirtschaftskrise mit am stärksten betroffen waren, beteiligten sie sich an den Protesten im Frühjahr, allerdings nicht so stark wie die Studenten.

Im Vergleich zu den anderen konfliktfähigen Gruppen muss die Bedeutung der Arbeiter und Bauern für die Einleitung des Demokratisierungsprozesses eher gering eingeschätzt werden. Darüber hinaus hat die massive Unterdrückung der politischen Linken während des Suharto-Regimes die Formierung einflussreicher sozialistischer oder sozialdemokratischer Gruppierungen so effektiv verhindert, dass sich bis heute keine linksorientierten Parteien etablieren konnten. Dementsprechend konstatiert Andreas Ufen:

Der gesamte Systemwechsel fand aber fast vollkommen unter Ausschluss der *lower class* statt. Damit bestätigen sich Theorien, die der Mittelklasse eine prominente Rolle bei Prozessen der Demokratisierung einräumen. [...] Genuine *lower class*-Parteien sind entweder nicht entstanden oder bei den Wahlen untergegangen.²¹⁸

4.4 Fazit

In diesem Abschnitt 4 der Arbeit wurde die Genese des politischen Umbruchs von 1998 untersucht, das heißt die Ursachen für den Sturz des Suhartos und die Einleitung des Demokratisierungsprozesses. Dabei wurden aus der gesamtgesellschaftlichen Perspektive zwei auslösende Faktoren identifiziert.

Zum einen veränderte sich die Wahrnehmung eines großen Teils der indonesischen Bevölkerung, insbesondere der gebildeten Mittelschichten, seit dem Zusammenbruch des Ostblocks dahingehend, dass das Suharto-Regime zunehmend als diktatorisch und korrupt empfunden wurde. Bis dahin war es Suharto durch sein relativ erfolgreiches Programm der wirtschaftlichen Entwicklung und durch die Darstellung des korporatistischen Herrschaftssystems der Neuen Ordnung als eine genuin „indonesische“ Form der Demokratie („Pancasila-Demokratie“) gelungen, den Anschein von Legitimität zu erwecken und sich auf die Sympathie breiter Bevölkerungsschichten zu stützen. Das Ende der Ost-West Konfrontation stellte

²¹⁷ vgl. Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 143.

²¹⁸ Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 578.

diese Legitimität, vor allem im Hinblick auf die soziopolitische Dominanz des Militärs, grundlegend infrage. Gleichzeitig kann man spekulieren, dass die Entstehung einer zunehmend westlich-orientierten Mittelschicht im Zuge des ungefähr seit Anfang der 70er Jahre verstärkt einsetzenden Imports von westlicher Kultur und Lebensart nach Indonesien einen Wandel in der Wahrnehmung des Regimes zumindest begünstigt hat. Ob dies zutrifft oder nicht, in jedem Fall kann seit Anfang der 90er Jahre von einer Legitimationskrise des Suharto-Regimes gesprochen werden, die sich darin äußerte, dass immer mehr Angehörige der indonesischen Eliten und Mittelschichten in mehr oder weniger offene Opposition zum Suharto-Regime traten, wobei sie durch kritische Stimmen aus dem (westlichen) Ausland unterstützt wurden. Das Suharto-Regime reagierte jedoch auf diese Opposition und ihre Forderungen nur mit einigen taktischen Konzessionen wie beispielsweise der Einrichtung des ‚Nationalen Menschenrechtskomitees‘ (KomnasHam) 1993 sowie mit relativer Zurückhaltung gegenüber der aufkommenden Opposition, nicht aber mit einer signifikanten Liberalisierung und Demokratisierung. Die Regimekoalition um Suharto versuchte vielmehr, ihre privilegierte Stellung auch vor dem Hintergrund der Legitimationskrise so lange wie möglich zu halten.

Erst die Wirtschaftskrise, als zweiter und im eigentlichen Sinn ‚auslösende‘ Faktor, hat die Regimekoalition soweit destabilisiert, dass Suharto zurücktreten und damit den Weg für Reformen frei machen musste. Dabei dürften die Forderungen des Internationalen Währungsfonds – dessen Hilfe Suharto und später Habibie in Anspruch nahmen – nach Liberalisierung und demokratischen Reformen eher eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Entscheidend war vielmehr die Konfrontation zwischen den Angehörigen der Regimekoalition und oppositionellen Gruppen, die schon längere Zeit bestanden hatte, aber erst durch den Einbruch der Wirtschaftskrise ein kritisches Niveau erreichte. Diese Konfrontation bestand auch während der Präsidentschaft Habibies fort und nötigte diesen, den Reformprozess einzuleiten, insbesondere durch die Ansetzung freier Parlamentswahlen.

Betrachtet man die Akteure der Regimekoalition und der Opposition und ihre Rollen vor und während des politischen Umbruchs genauer, so ergeben sich folgende Resultate: Den Kern der Regimekoalition bildeten die strategischen Gruppen der Militärs, der Bürokraten und der Golkar-Funktionäre, wobei das Militär die dominante Gruppe war. Diese Gruppen waren auf vielfältige Weise miteinander verflochten und voneinander abhängig und hatten alle gemeinsam, dass sie direkt auf die Machtressourcen des Staates bzw. der Regierung zugreifen konnten, sei es nun physische Gewalt, die Setzung von Rechtsnormen oder die Verfügung über Staatseinnahmen, und dass sie diese Machtressourcen zumindest teilweise für ihre persönlichen Interessen missbrauchten. Die strategische Gruppe der Großunternehmer hatte keinen direkten Zugang zu staatlichen Machtressourcen, profitierte aber vermittels ihrer engen Beziehungen zu den Militärs und Bürokraten von staatlicher Patronage, durch sie in der Lage waren, mit wenigen riesigen Unternehmenskonglomeraten einen Großteil der Privat-

wirtschaft zu kontrollieren. Nur mit Einschränkungen können kooptierte orthodoxe Muslime und Religiöse Führer als strategische Gruppe bezeichnet werden. Das gemeinsame Interesse dieser Gruppe bestand in der Stärkung des politischen Islams in Indonesien, was während der letzten 8 Jahre des Suharto-Regimes, vor allem über den ‚Verband Islamischer Intellektueller Indonesiens‘ (ICMI), auch ansatzweise gelang. Allerdings war diese Gruppe relativ heterogenen und wurde von Suharto nur oberflächlich an der Macht beteiligt, um seine eigene Stellung in der Regimekoalition zu festigen.

Die Opposition aus konfliktfähigen Gruppen setzte sich überwiegend aus regimekritischen Angehörigen der gebildeten Mittel- und Oberschicht zusammen, deren Konfliktpotentiale sich im Wesentlichen auf öffentliche Kritik (in Form von Demonstrationen, Publikationen, Ansprachen etc.) beschränkten; sie hatten praktisch keinen Zugriff auf staatliche Machtressourcen und verfügten nicht über außerstaatliche Gewaltmittel. Diese Konfliktpotentiale konnten sie angesichts der staatlichen Repression lange Zeit nur sehr vorsichtig und ohne substanziellen Erfolg einsetzen. Erst als die bis dahin relativ stabile Regimekoalition durch die Wirtschaftskrise ins Wanken geriet, konnte die Opposition soviel Druck auf sie ausüben, dass große Teile der Regimekoalition Suharto die Unterstützung entzogen und sich zu Reformen bereit erklärten.

Wenn man den politischen Umbruch von 1998 im Ganzen betrachtet, kann festgehalten werden, dass es sich dabei weder um eine reine Revolution von unten, also eine Machtübernahme durch die Opposition, noch um eine reine Revolution von oben, also eine von der Regimekoalition selbst induzierte Transformation handelte. Vielmehr muss von einem „*paktierten Übergang*“²¹⁹ gesprochen werden, bei dem es die Eliten des Suharto-Regimes für opportun erachteten, auf die Forderungen der Opposition, die zuletzt einen starken Rückhalt in der Bevölkerung hatte, einzugehen. Der Ruf nach demokratischen Reformen hatte seinen Ursprung zwar außerhalb der Regimekoalition, jedoch wurde die Einleitung des Demokratisierungsprozesses erst durch das Einlenken bzw. die Passivität der zentralen strategischen Gruppen, insbesondere des Militärs, ermöglicht. Der Übergang war somit kein wirklicher Bruch mit dem Suharto-Regime, sondern eher eine stillschweigende Übereinkunft zwischen den führenden Köpfen der Regimekoalition, in Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen eine politische Liberalisierung durchzuführen. Auch die Führer der Opposition, allen voran Amien Rais, Abdurrahman Wahid und Megawati Sukarnoputri, lehnten einen solchen ‚Pakt‘ keineswegs ab und akzeptierten die Tatsache, dass die Geschwindigkeit und der Verlauf des Demokratisierungsprozesses vor allem in seiner Anfangsphase maßgeblich von den alten Eliten bestimmt werden würde.

²¹⁹ Schuck: Der indonesische Demokratisierungsprozess, 2003, S. 72.

5. Entwicklung und Stagnierung des Demokratisierungsprozesses

In diesem fünften Abschnitt der Arbeit soll zunächst der Verlauf des Demokratisierungsprozesses in seinen wichtigsten Schritten nachvollzogen und analysiert werden. Dazu werden zwei Phasen unterschieden. Erstens eine Übergangsphase, die sich von der Übernahme der Präsidentschaft durch Bacharuddin Jusuf Habibie bis zu den ersten freien Parlamentswahlen im Juni 1999 erstreckt; und zweitens eine Aufbruchsphase, die mit der Ernennung Abdurrahman Wahids zum ersten demokratisch gewählten Präsidenten Indonesiens im Oktober 1999 beginnt und mit der zweiten Runde demokratischer Wahlen im Jahr 2004 endet. Im Anschluss daran wird untersucht, warum der Demokratisierungsprozess seitdem stagniert bzw. welche Faktoren einer weiteren Konsolidierung der rechtsstaatlichen Demokratie in Indonesien im Wege stehen.

5.1 Die Übergangsphase (1998-1999)

5.1.1 Die Präsidentschaft Habibie

B. J. Habibie, der im März 1998 von der MPR zum Vizepräsidenten bestimmt worden war und bei vielen als Suhartos ausgesuchter Nachfolger galt, wurde noch am Tag von dessen Rücktritt zum Präsidenten vereidigt. Er stand vor der schwierigen Aufgabe, dem Druck nach Reformen gerecht zu werden, ohne die Eliten des Suharto-Regimes, insbesondere die Militärs, allzu sehr vor den Kopf zu stoßen. So gab er schon am 22. Mai sein ‚Reformkabinett‘ bekannt. Einige der umstrittensten Personen, wie beispielsweise der Großunternehmer und Freund Suhartos, „Bob“ Hasan, und die Suharto-Tochter „Tutut“ wurden entlassen, ansonsten wurden 20 Minister aus dem alten in das neue 36-köpfige Kabinett übernommen, darunter auch die vier mächtigen Koordinierungsminister.²²⁰ Die Gelegenheit, führende Oppositionelle ins Kabinett zu berufen, wurde von Habibie nur sehr bedingt genutzt; es wurden lediglich vermehrt Minister aus dem orthodox-islamischen Umfeld ernannt, darunter auch Mitglieder der Muhammadiyah, die Amien Rais nahe standen.²²¹ Auch die Zusammensetzung der Parlamente (DPR und MPR) blieb weitgehend unverändert. Dennoch beeilte sich Habibie, der von vielen Oppositionellen als verlängerter Arm des Suharto-Regimes betrachtet wurde, aber auch innerhalb der alten Regimekoalition viele Gegner hatte, seinen Reformwillen unter Beweis zu stellen. So verkündete Habibie teilweise noch im Mai 1998 allgemeine Presse, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, einschließlich der Aufhebung aller Beschränkungen zur Gründung von Parteien und Gewerkschaften, und entließ einige prominente politi-

²²⁰ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 481/482.

²²¹ vgl. Platzdasch, Bernhard: Anmerkungen zu den revolutionären Ereignissen im Mai 1998, S. 61, in: Patrick Ziegenhain (Hrsg.): Politischer Wandel in Indonesien. 1995-2000, Essen: Südostasien Informationsstelle, 2001, S. 55-61.

sche Häftlinge aus der Haft.²²² Bald darauf gab er bekannt, dass im Laufe des Jahres 1999 Neuwahlen stattfinden sollten, um so der massiven Kritik an der Legitimität seines Präsidentenamtes den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zudem stellte Habibies Regierung am 25. Juni den ‚Indonesischen Aktionsplan für Menschenrechte 1998-2003‘ vor, der unter anderem die Unterzeichnung der wichtigsten internationalen Menschenrechtskonventionen vorsah.²²³ Parallel dazu versuchten die oppositionellen Kräfte, da sie nicht unmittelbar am Entscheidungsprozess beteiligt waren, auf andere Weise Einfluss auf den Reformprozess zu nehmen, besonders im Vorfeld der für November 1998 anberaumten außerplanmäßigen Sitzung der MPR. Diese Sitzung war insofern von entscheidender Bedeutung, als hier der bisherige Reformkurs Habibies, der insgesamt über keine starke Machtbasis verfügte, bestätigt werden oder auch teilweise revidiert werden konnte. Daher kam es in diesem Zeitraum zu verstärkten Studentendemonstrationen und zur Veröffentlichung der richtungsweisenden ‚Erklärung von Ciganjur‘. In dieser Erklärung forderten A. Wahid, Amien Rais, Megawati und der hochangesehene Sultan Hamengkubowono X. die Parlamentarier bzw. Delegierten der MPR-Sitzung und die Regierung unter anderem dazu auf, bis spätestens Mai 1999 freie Wahlen abzuhalten, die Doppelfunktion des Militärs über höchstens sechs Jahre hinweg vollständig abzuschaffen und die Besitzstände Suhartos zu untersuchen.²²⁴ Abgesehen von der letzten, die für die alten Eliten einen gefährlichen Präzedenzfall dargestellt hätte, entsprach die MPR-Sitzung diesen Forderungen. Das feste Kontingent des Militärs im DPR wurde auf 38 Sitze halbiert und sollte bei den übernächsten Wahlen (2004) gänzlich wegfallen, genauso wie die Vertretung in den Provinz- und Distriktparlamenten, die zunächst auf 10% reduziert wurde. Weiter einigte man sich darauf, dass alle Militärs in zivilen Funktionen bis zum 1. April 1999 entweder ihre Zivilposten aufgeben oder offiziell aus dem Militärdienst ausscheiden mussten. Außerdem wurde die Zahl der (nicht gewählten) Delegierten in der MPR auf 200 Sitze reduziert, die Amtszeit künftiger Präsidenten auf zwei Legislaturperioden begrenzt und die Notstandsrechte des Präsidenten aufgehoben. Einen weiteren Meilenstein im Reformprozess, vor allem aufgrund seiner Signalwirkung, stellte die damals überraschende Ankündigung Habibies (Januar 1999) dar, Osttimor durch ein baldiges Referendum die Unabhängigkeit zu ermöglichen; damit setzte sich Habibie über beträchtliche Widerstände innerhalb des Militärs hinweg.²²⁵

Diesen positiven Reformen der Habibie-Administration stehen jedoch diverse Defizite gegenüber. Trotz der erklärten Pressefreiheit existierte das Informationsministerium, dass unter Suharto für die Kontrolle und Zensur der Medien zuständig war, weiterhin. Das Militär musste sich zwar schrittweise aus den zivilen Funktionen zurückziehen, aber tausende wichtiger

²²² vgl. Schuck: Der indonesische Demokratisierungsprozess, 2003, S. 76/77.

²²³ vgl. Ufen: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien, 2002, S. 503.

²²⁴ vgl. ebd., S. 514.

²²⁵ vgl. Clear, Annette: Politics: From Endurance to Evolution, S. 175, in: John Bresnan (ed.): Indonesia. The Great Transition, Lanham: Rowman & Littlefield, 2005, S. 137-187.

Posten in der Bürokratie wurden weiterhin von – nunmehr pensionierten – Militärs besetzt. Darüber hinaus distanzieren sich die Streitkräfte mit ihrem ‚Neuen Paradigma‘²²⁶ nur halbherzig von der alten *dwifungs*-Doktrin. Sie erklärten zwar, dass sie sich gegenüber den neuen Parteien neutral verhalten und sich aus Golkar zurückziehen würden – soweit es *aktive* Militärs betrifft –, behielten sich aber weiter eine Art Aufsichtsfunktion gegenüber den zivilen Institutionen vor. Gleichzeitig wurden von der Habibie-Administration keine Anstrengungen unternommen, dass Militär unter zivile Kontrolle zu bekommen. Ein weiteres und vielleicht das gravierendste Manko in der Übergangsphase unter Habibie besteht in der Tatsache, dass, obwohl die liberalisierte Presse zahlreiche Missbräuche staatlicher Ämter und Gräueltaten des Militärs aus den letzten Jahren der Neuen Ordnung ans Licht brachte, so gut wie keine gerichtliche Verfolgung der alten Eliten wegen Menschenrechtsverletzungen oder Korruption stattfand.²²⁷ Insbesondere die Person Suhartos blieb unangetastet, und bis zu seinem Tod im Januar dieses Jahres (2008) wurde er, unter Vorschützung seines schlechten Gesundheitszustands, nie unter Anklage gestellt. Allgemein herrschte eine gewisse Versöhnlichkeit mit dem alten Regime vor, die bis heute gepflegt wird, was unter anderem die fehlende Vergangenheitsbewältigung, etwa bezüglich des Massakers an den Kommunisten im Jahr 1965, demonstriert. So meint auch Christoph Schuck:

„Einiges spricht dafür, dass viele politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger die hohe Präsenz von Teilen der *Orde Baru* [Neue Ordnung] auch während und im Rahmen der Systemtransition nutzten, um den Status Quo in letzter Konsequenz so weit wie möglich zu konservieren.“²²⁸

Es fand also in der wichtigen Übergangsphase von der autoritären Neuen Ordnung zur (elektoralen) Demokratie kein entscheidender Bruch mit dem alten Regime statt, wodurch den alten Eliten viele Möglichkeiten offen standen, sich in der Reformära neu zu organisieren, sei es im Militär, der Bürokratie, oder im neuen Parteiensystem.

5.1.2 Die Formierung eines neuen Parteiensystems

Im Zuge der neuen Vereinigungsfreiheit gründeten sich in der Übergangsphase hunderte neue Parteien, von denen schließlich 48, die im Wesentlichen das gesamte politische Spektrum widerspiegeln, zu den Wahlen im Juni 1999 zugelassen wurden.²²⁹ Innerhalb dieser Vielfalt stach allerdings eine überschaubare Anzahl von Parteien hervor, die bei den Wahlen mit signifikanten Stimmanteilen rechnen konnten. Dabei standen – und stehen heute noch – zwei Gruppen von Parteien bzw. zwei ideologische Blöcke im Vordergrund, nämlich die sä-

²²⁶ vgl. oben Abschnitt 4.3.1.1.

²²⁷ vgl. Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 272.

²²⁸ Schuck: *Der indonesische Demokratisierungsprozess*, 2003, S. 77.

²²⁹ Für die Zulassung benötigten die Parteien Zweigstellen in mindestens 9 Provinzen und dort jeweils in der Hälfte der Distrikte. Zudem wurden einige Parteien als verfassungswidrig bzw. gegen die Pancasila gerichtet eingestuft, weil sie sich ausschließlich an eine oder mehrere ethnische Gruppen wandten, und daher nicht zugelassen. Die Gründung kommunistischer Parteien war und ist weiterhin verboten; vgl. Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 509.

kular-nationalistische Gruppe mit den ehemaligen Blockparteien Golkar und PDI-P auf der einen und die islamische Gruppe mit 4-5 größeren Parteien, darunter die ehemalige Blockpartei PPP, auf der anderen Seite.

Golkar war zwar in der Reform-Ära nur noch eine von vielen Parteien, konnte aber nach wie vor auf sein lückenloses Netzwerk von Zweigstellen in ganz Indonesien (bis auf die Gemeindeebene) zurückgreifen und dieses zur Mobilisierung von Wählerstimmen einsetzen. Die ehemalige Staatspartei war immer noch die bevorzugte Partei der Staatsbediensteten und das wichtigste politische Forum der Suharto-Eliten.²³⁰ Die PDI-P ging aus dem Megawati-Flügel der ehemaligen Blockpartei PDI hervor und erfreute sich vor allem bei säkular eingestellten bzw. nicht-orthodoxen Muslimen und bei Nicht-Muslimen großer Beliebtheit. Im islamischen Lager fand sich die Spaltung der orthodoxen Muslime in Traditionalisten und Modernisten²³¹ wider. So wurden mehrere Parteien gegründet, die der traditionalistischen NU nahe stehen bzw. verschiedene Fraktionen darin widerspiegeln, wovon allerdings nur die PKB unter der Führung Wahids über eine breite Basis verfügte. Im modernistischen bzw. konservativ-islamischen Lager entstanden die Muhammadiyah-nahe PAN unter der Führung von Amien Rais, sowie die PBB („Partei des Halbmondes“) und die PK („Gerechtigkeitspartei“), die sich später in PKS („Wohlstands- und Gerechtigkeitspartei“) umbenannte. Auch die ehemalige Blockpartei PPP ist eher dem modernistischen Lager zuzurechnen. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich sowohl Wahids PKB als auch Rais' PAN nicht als ‚islamische‘ Parteien definierten und so gezielt versuchten, auch andere Konfessionen und liberale bzw. nicht-orthodoxe Muslime zu gewinnen.²³²

Die genannten Parteien schnitten bei den Wahlen im Juni 1999 wie folgt ab: Die PDI-P ging mit 33,8 % der Stimmen als deutlicher Sieger der Wahl hervor, gefolgt von Golkar (22,5 %), PKB (12,6 %), PPP (10,7 %), PAN (7,1 %), PBB (1,9 %) und PK (1,4 %). Die übrigen 41 Parteien kamen zusammen auf 10,2 %. In diesem Ergebnis kam bereits die grobe Richtung zum Ausdruck, in die sich das neue Parteiensystem entwickelte.

Auch im Indonesien der Reform-Ära konnten sich sozialistische oder sozialdemokratische Parteien, die sich explizit für mehr Umverteilung materieller Ressourcen zugunsten der armen Bevölkerungsmehrheit einsetzen, nicht etablieren. Die oben genannten Parteien konnten sich nicht maßgeblich von der Wirtschaftspolitik des Suharto-Regimes distanzieren bzw. legten diesbezüglich keine wirklich neuen Konzepte vor, abgesehen davon, dass sie die Forderungen des IWF weitgehend unterstützten, die sich aber im Wesentlichen auf die Konsolidierung des Finanzsektors und die Schaffung günstiger Voraussetzungen für ausländische

²³⁰ Bourchier, David: Habibie's Interregnum: Reformasi, Elections, Regionalism and the Struggle for Power, S. 18, in: Chris Manning / Peter van Diermen (eds.): Indonesia in Transition. Social Aspects of Reformasi and Crisis, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 2000, S. 15-38.

²³¹ vgl. Fn. 118.

²³² Emerson, Donald K. (ed.): Indonesia beyond Suharto, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 338/339.

Investoren beschränkten.²³³ Die große Mehrheit der Wähler hat sich für Parteien entschieden, die aufgrund ihrer Verankerung in der Neuen Ordnung (Golkar, PPP, PDI-P), aufgrund charismatischer Führungspersönlichkeiten (v.a. PKB, PAN, PDI-P), und/oder aufgrund ihrer Berufung auf islamische Werte (PPP, PKB, PAN, PBB, PK) einen großen Bekanntheitsgrad in der indonesischen Bevölkerung erlangen konnten; darüber hinaus spielte die finanzielle Ausstattung der Parteien eine große Rolle. Inhaltliche Gesichtspunkte wie konkrete Parteiprogramme traten demgegenüber in den Hintergrund.

Dies ist insofern problematisch, als der Demokratisierungsprozess damit in die Hände von Parteien gelegt wurde, die allem Anschein nach stärker mit dem Kampf um Macht im Parlament und der Regierung beschäftigt sind als mit der Ausarbeitung konsistenter Reformpolitik. Allgemein ist das indonesische Parteiensystem der Post-Suharto-Ära von diversen Defiziten gekennzeichnet, die sich negativ auf die Geschwindigkeit und Tiefe des Demokratisierungsprozesses auswirken. So schreibt Ingrid Wessel:

“They [die Parteien] do not address the vital national issues, but instead pursue their own personal and political interests in a struggle for power. Most strikingly, they are still dominated by individual leaders or small elites. [...] Party leaders make important decisions behind closed doors – not after open political debate at party congresses.”²³⁴

Diese Missstände spiegeln sich auch in der Wahrnehmung des Parlaments durch die Bevölkerung wider. So bewerteten nach Umfragen der indonesischen Tageszeitung *Kompas* im Jahr 2002 runde 70 % der Befragten das Gesamtimage des DPR als ‚schlecht‘ und die Zufriedenheit der Befragten hinsichtlich der Verabschiedung von Gesetzen durch den DPR sank von 54 % (2000) auf 17 % (2002).²³⁵ Darüber hinaus greifen die großen Parteien bzw. deren Eliten vielfach auf illegale Mittel zurück, wenn es darum geht, finanzielle Mittel zu organisieren, Wählerstimmen zu gewinnen und in der Parteihierarchie aufzusteigen. Dazu gehören Patronage-Netzwerke, „money politics“ und der Unterhalt von parteieigenen Milizen (offiziell: ‚Sicherheitskräfte‘, *satgas*) sowie die Zusammenarbeit *preman*²³⁶-Gangs.²³⁷ Die *satgas* oder *preman* werden, so Jun Honna, vor allem von lokalen Parteieliten eingesetzt, unter anderem um die Unterstützung bestimmter ethnischer Gruppen bei anstehenden Wahlen zu mobilisieren oder politische Gegner einzuschüchtern. Es ist bekannt, dass nicht nur Golkar, sondern beispielsweise auch die PDI-P und die PKB *satgas* unterhalten.²³⁸ Die innere Struktur der Parteien ist, dies betonen viele Autoren, nicht demokratisch, sondern von einer Hierarchie aus Patron-Klient-Beziehungen geprägt. Wer in dieser Hierarchie aufsteigen

²³³ vgl. Chua, Christian: Business As Usual. Chinese conglomerates in post-Soeharto Indonesia, S. 76/77, in: Ingrid Wessel (ed.): Democratisation in Indonesia after the fall of Suharto, Berlin: Logos, 2005, S. 67-90.

²³⁴ vgl. Wessel, Ingrid: The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia, S. 17, in: Ingrid Wessel (ed.): Democratisation in Indonesia after the fall of Suharto, Berlin: Logos, 2005, S. 5-26.

²³⁵ vgl. Ziegenhain, Patrick: Deficits of the Indonesian Parliament, 2005, S. 35.

²³⁶ vgl. Fn. 207.

²³⁷ vgl. Wessel: The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia, 2005, S. 18/19.

²³⁸ vgl. Honna, Jun: Local Civil-Military Relations during the First Phase of Democratic Transition, S. 88/89, in: Indonesia, 82 (2006), S. 75-96.

will, „[...] requires vast sums of money to mobilise sufficient support“²³⁹. Demnach ist das Engagement in Parteien für viele ohnehin schon wohlhabende Indonesier nur ein Mittel, die Beziehungen der Parteiliten für persönliche Zwecke auszunutzen und in politische Ämter vorzudringen. Um ihre Positionen zu festigen, gehen die Parteiliten auch informelle Bündnisse mit anderen Parteien ein; Dan Slater spricht in diesem Zusammenhang sogar von „party cartels“.²⁴⁰

Da Parteien in der Post-Suharto-Ära die zentralen politischen Akteure sind, stellen diese Defizite im Parteiensystem, insbesondere der ausgeprägte Elitismus, der viele Praktiken des alten Regimes wieder aufnimmt, ein ernsthaftes Hindernis für den weiteren Demokratisierungsprozess dar. Die Parteien verfügen zwar aufgrund ihrer politischen/ideologischen Profile teilweise über einen Massenanhang in der Bevölkerung, sind jedoch nur wenig in der Zivilgesellschaft verwurzelt. Die Zivilgesellschaft kann sich zwar seit dem Sturz Suhartos relativ frei entwickeln, aber die zahlreichen neuen und alten NGOs und Verbände konnten bis jetzt nur sehr begrenzt auf den politischen Prozess einwirken oder sich als Kontrollinstanz gegenüber den nationalen und regionalen Entscheidungsträgern etablieren. So werden zwar immer wieder Korruptionsskandale in den politischen und administrativen Institutionen und innerhalb der Parteien aufgedeckt, aber an der allgemeinen Verbreitung der Korruption hat sich bislang kaum etwas geändert.

5.2 Die Aufbruchphase (1999-2004)

5.2.1 Die Präsidentschaft Wahid

Obwohl seine Partei PKB bei den Wahlen im Juni 1999 mit 12,6 % der Stimmen nur drittstärkste Kraft im Parlament war, wurde Abdurrahman Wahid am 20. Oktober 1999 von der MPR zum Präsidenten gewählt. Nachdem Habibie seine Kandidatur unmittelbar vor der Wahl zurückgezogen hatte, waren Wahid und Megawati die aussichtsreichsten Kandidaten. Megawatis PDI-P war zwar mit 33,8 % der Wählerstimmen die mit Abstand stärkste Parlamentsfraktion; dennoch konnte Wahid die Wahl mit 60 Stimmen Vorsprung gewinnen, unterstützt von einer losen Koalition aus modernistisch-islamischen Parteien, Golkar, der TNI-Fraktion und der PKB. Megawati wurde daraufhin zur Vizepräsidentin gewählt. Zuvor war bereits Amien Rais zum Vorsitzenden der MPR gewählt worden.²⁴¹

Damit waren die drei wichtigsten Frontfiguren der Demokratiebewegung in den höchsten Staatsämtern angekommen, was, oberflächlich betrachtet, eine gute Ausgangsposition für den weiteren Demokratisierungsprozess schien. Allerdings beruhte Wahids Mehrheit im Par-

²³⁹ Wessel: *The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia*, 2005, S. 18.

²⁴⁰ Slater, Dan: *Indonesia's Accountability Trap: Party Cartels and Presidential Power after Democratic Transition*, S. 61, in: *Indonesia*, 78 (2004), S. 61-92.

²⁴¹ vgl. Schuck: *Der indonesische Demokratisierungsprozess*, 2003, S. 81.

lament auf einer sehr instabilen Koalition aus reaktionären und pro-demokratischen Eliten, die in der Mehrzahl einen moderaten Reformkurs befürworteten und in erster Linie mit ihrer (Re-)Positionierung im gewandelten politischen System beschäftigt waren. Entsprechend war das neue ‚Kabinett der Nationalen Einheit‘ ein zwischen Wahid, Rais, Megawati, dem Golkar-Vorsitzenden Akbar Tandjung und dem TNI-Oberkommandeur Wiranto ausgehandelter Kompromiss, mit dem an alle größeren Parteien sowie an die TNI-Fraktion Ministerposten verteilt wurden. Richard Robison meint zu diesem Kompromiss:

“The end product of this pact of mutual protection was to sustain one important tradition of the New Order – the absence of an effective political opposition. Essentially, the opportunities presented by access to state institutions and their resources remained too enticing for the major political forces to take an ‚outsider‘ position. Thus, the basis for the lack of a formal political opposition was not cultural, but decidedly material.”²⁴²

Nichtsdestotrotz machte der Demokratisierungsprozess Fortschritte. Bereits einen Tag vor dem Amtsantritt von Wahid hatte die MPR mit Zweidrittel-Mehrheit Änderungen an 9 der 37 Artikel der 1945er Verfassung, auf die sich Suharto 30 Jahre lang gestützt hatte, beschlossen.²⁴³ Die wichtigsten Veränderungen waren die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf zwei Legislaturperioden und die Stärkung des Parlaments gegenüber dem Präsidenten (alle Gesetze sowie Dekrete des Präsidenten bedürfen nun ausdrücklich der Zustimmung des DPR). Im August 2000 wurde die Verfassung zum zweiten Mal überarbeitet: Es wurden die Kontrollfunktion der Legislative gegenüber der Exekutive spezifiziert; ein umfangreicher Menschen- und Bürgerrechtskatalog eingefügt und die Trennung von Militär und Polizei verankert.

Darüber hinaus unternahm Wahid ernsthafte Anstrengungen, autoritäre Elemente des alten Regimes zu beseitigen. So löste er das Informationsministerium auf – allerdings wurde dieses unter der Yudhoyono-Administration als Ministerium für Information und Kommunikation wiederbelebt – und schuf Ministerien für Menschenrechtsangelegenheiten und regionale Autonomie. Das ambitionierteste Projekt Wahids war aber die Reform der Streitkräfte. Zunächst löste er den militärischen Geheimdienst *Bakorstanas* auf und ernannte einen Marinegeneral, Widodo, zum Oberkommandeur der traditionell von Heeresgenerälen dominierten Streitkräfte.²⁴⁴ Zudem versuchte er zu Beginn seiner Amtszeit durch zahlreiche weitere Neubesetzungen, die Streitkräfte unter zivile Kontrolle zu bringen. Die konservative Mehrheit der Militärs widersetzte sich jedoch von Anfang an den diesen Bemühungen. Besonders schlecht wurde das Verhältnis zwischen Militär und Präsident, nachdem Wahid im Februar 2000 den koordinierenden Minister für Politik und Sicherheit, Wiranto, wegen dessen vermutlicher Verwicklung in Massaker in Osttimor entließ. Dieser hatte unmittelbar vor dem Ministeramt

²⁴² vgl. Robison: *Reorganising Power in Indonesia*, 2004, S. 243.

²⁴³ vgl. zum Folgenden: Benesch: *The Indonesian Constitution*, 2007, S. 183ff.

²⁴⁴ vgl. Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 553.

den Posten des Oberkommandeurs der Streitkräfte innegehabt und verfügte bei den Militärs immer noch über großen Rückhalt.²⁴⁵

Auch bei den Parteien im Parlament machte sich Wahid bald unbeliebt, indem er mehrere Minister ohne Absprache und teilweise ohne deutliche Begründung entließ und allgemein immer weniger Rücksicht auf die Forderungen der Parteifraktionen nahm. Mit der Zeit entwickelte sich daher ein Machtkampf zwischen dem Parlament bzw. großen Teilen der dort vertretenen Parteien und Wahid, den letzterer am Ende verlor. Der Hauptgrund für die Ablehnung Wahids durch die neuen und alten Partieliten – zuletzt stand praktisch nur noch die PKB hinter Wahid – dürfte darin bestanden haben, dass der Präsident die (zivile) Regierungsmacht zunehmend auf sich konzentrierte und damit die neue Machtposition der Parteien bedrohte. Allerdings lieferte Wahid selbst dem Parlament ganz offizielle Gründe für das Impeachment-Verfahren²⁴⁶, dass ihn im Juli 2001 als Präsident absetzte, da ihm die Verwicklung in 2 Korruptionsskandale glaubhaft nachgewiesen werden konnte.²⁴⁷ Offensichtlich konnte auch Wahid sich nicht den Verlockungen seines Amtes entziehen. Abgesehen von den Korruptionsskandalen nutzte er sein Amt wie viele andere Politiker auch zu Patronage-Zwecken. Nach Andreas Ufen schien Wahid „nicht nur sehr nachlässig im Umgang mit öffentlichen Geldern zu sein, sondern auch sehr großzügig bei der Vermittlung von Aufträgen und Jobs für Familienmitglieder und gute Freunde.“²⁴⁸

Wahid wollte seine Entmachtung allerdings nicht kampflos hinnehmen und versuchte zuletzt mit entschieden undemokratischen Mitteln, im Amt zu bleiben. So konsultierte er am 22. Juli 2001 den Oberkommandeur der Streitkräfte, Widodo, und versuchte dessen Unterstützung für die Ausrufung des Notstandes und die Auflösung der MPR zu gewinnen. Widodo – und mit ihm die anderen führenden Militärs – lehnte dies jedoch ab und erklärte statt dessen, dass er mit seinen Truppen die Sitzung der MPR, bei der über die Amtsenthebung abgestimmt werden sollte, mit seinen Truppen schützen würde, etwa gegen militante NU-Anhänger.²⁴⁹ Daraufhin erklärte Wahid im Alleingang das Parlament für aufgelöst und Golkar für verboten und kündigte Neuwahlen an. Der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes erklärte diesen Schritt für verfassungswidrig und wies das Parlament an, die Auflösung zu ignorieren, woraufhin die MPR bereits am folgenden Tag (23. Juli) zusammentrat und 591 der 700 Abgeordneten für die Absetzung Wahids stimmten.²⁵⁰ Wahid musste sich fügen und ap-

²⁴⁵ vgl. Wessel: *The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia*, 2005, S. 20.

²⁴⁶ Eine Amtsenthebung war zu diesem Zeitpunkt in der Verfassung nicht vorgesehen. Die Amtsenthebung Wahids hatte also keine rechtliche Grundlage und muss daher in erster Linie als eine Machtdemonstration des Parlaments bzw. der dort vertretenen Parteien gesehen werden.

²⁴⁷ Dabei handelte es sich um die Veruntreuung von Geldern aus der staatlichen Nahrungsmittelagentur *Bulog* und einer Spende des Sultans von Brunei für Bürgerkriegsopfer in der Provinz Aceh.

²⁴⁸ Ufen: *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien*, 2002, S. 544.

²⁴⁹ Tatsächlich hatte Wahid zuvor gedroht, Millionen seiner Anhänger zu mobilisieren, um das Parlamentsgebäude zu besetzen und die geplante MPR-Sitzung zu verhindern.

²⁵⁰ vgl. Schuck: *Der indonesische Demokratisierungsprozess*, 2003, S. 90.

pellierte nach der MPR-Abstimmung an seine Anhänger, sich ruhig zu verhalten, um gewalttätige Ausschreitungen zu verhindern.

Die Absetzung Wahids zeigte deutlich, wie instabil das politische System in der Post-Suharto-Ära noch war und dass demokratische Wahlen alleine nicht unbedingt demokratisches und rechtsbasiertes Handeln der Gewählten nach sich zogen. Zudem hatte das Militär bei der Entmachtung des Präsidenten eine entscheidende Rolle gespielt – wie schon beim Sturz Suhartos – und damit demonstriert, dass die Streitkräfte immer noch ein zentraler politischer Akteur sind. Insgesamt wurden durch dieses frühe Scheitern des ersten demokratisch gewählten Präsidenten Indonesiens die reaktionären und konservativen Eliten gegenüber den pro-demokratischen gestärkt und eine Chance für einen radikalen Bruch mit dem Suharto-Regime verpasst.

5.2.2 Die Präsidentschaft Megawati

Durch die Absetzung Wahids rückte Megawati Sukarnoputri in das Amt des Präsidenten auf. Um die Unterstützung der islamischen Parteien zu gewinnen – diese hatten sich wiederholt gegen eine Frau im Präsidentenamt ausgesprochen – entschied sich Megawatis PDI-P bei der Wahl zum Vizepräsidenten für den Vorsitzenden der PPP, Hamzah Haz, und gegen den Golkar-Vorsitzenden Akbar Tandjung; die Stimmen der PDI-P gaben bei der Wahl in der MPR den Ausschlag. Auch unter Megawati wurde ein Regenbogenkabinett, das *Gotong-Royong* (Gegenseitige Hilfeleistung)-Kabinett, zusammengestellt, in dem alle größeren Parteien, auch Golkar, und die TNI-Fraktion bedacht wurden.²⁵¹ Im Gegensatz zu Wahid war Megawati stets darauf bedacht, sich keine politischen Feinde in den anderen Parteien zu machen. Dies gilt auch für das Militär: „She [Megawati] made it quite clear that she had no qualms about maintaining power through the support of the military, which had played a significant part in the fall of Wahid and her own rise.“²⁵² So unternahm Megawati keine signifikanten Schritte, um die zivile Kontrolle über das Militär zu verstärken. Im Gegenteil, sie räumte dem Militär wieder mehr Spielraum ein, vor allem im Umgang mit Separatisten in Aceh und Papua, so dass es in Aceh in den Jahren 2003 und 2004 zu mehreren militärischen Großoffensiven kam, mit denen der bewaffnete Widerstand der GAM (Bewegung Freies Aceh) endgültig zerschlagen werden sollte. Für Megawati stand allem Anschein nach, trotz ihrer demokratischen Rhetorik, das Ideal der ‚Nationalen Einheit‘ im Vordergrund. So resümiert Marco Bünte:

„Obwohl Megawati ständig betonte, demokratische Reformen durchsetzen zu wollen, wurden von ihr keine Reformschritte initiiert. [...] So gingen die wich-

²⁵¹ vgl. Slater: *Indonesia's Accountability Trap*, 2004, S. 81.

²⁵² Wessel: *The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia*, 2005, S. 13.

tigsten Reformen [...] nicht auf den Einfluss Megawatis zurück, sondern wurden vom MPR erarbeitet und beschlossen.“²⁵³

Diese wichtigsten Reformen bestehen vor allem in zwei weiteren Verfassungsrevisionen, die von der MPR im November 2001 und im August 2002 beschlossen wurden und folgende zentrale Änderungen beinhalten²⁵⁴: die Direktwahl des Präsidenten und Vizepräsidenten durch das Volk; die Einfügung genauer Bestimmungen über die Amtsenthebung des Präsidenten (nur aus strafrechtlichen Gründen möglich); die Ersetzung der ernannten Delegierten in der MPR durch eine direkt gewählte Regionalversammlung (DPD); die implizite Abschaffung der TNI-Fraktion im Parlament (durch Artikel 19 (1), wonach alle Parlamentarier durch freie Wahl bestimmt werden müssen); und die Schaffung eines unabhängigen Verfassungsgerichtshofes.

Diesen Fortschritten, die das politische System Indonesiens *formal* als demokratischen Rechtsstaat konsolidieren, stehen jedoch weiterhin die genannten Defizite bei der Umsetzung der Demokratisierung gegenüber. Die Megawati-Administration konnte keine wesentlichen Fortschritte im Kampf gegen die ausufernde Korruption und bei der Reform der Streitkräfte machen und die Präsidentin konnte nicht sich nicht als die demokratische Reformpolitikerin profilieren, die ihre Anhänger in ihr gesehen hatten, sei es nun aus mangelnder Führungskraft gegenüber den Partieliten oder mangelnder Bereitschaft zu einem umfassenden Bruch mit dem alten Regime. So schrieb Christoph Schuck bereits vor dem Ende der Legislaturperiode 1999-2004: „Es bleibt [...] zu befürchten, dass die seit 1998 zu beobachtende demokratisch orientierte politische Dynamik sich unter der Präsidentschaft Megawatis weiter abschwächt.“²⁵⁵

5.2.3 Der Dezentralisierungsprozess

Bereits unter Habibie wurden mit dem Gesetz 22/1999 zur ‚regionalen Regierung‘ und dem Gesetz 25/1999 zum ‚Finanzausgleich zwischen der Zentral- und den regionalen Regierungen‘ die rechtlichen Grundlagen für eine umfassende administrative und politische Dezentralisierung Indonesiens geschaffen. Die Gesetze wurden auf Anweisung Habibies vom Innenministerium ausgearbeitet und im April 1999 vom Parlament verabschiedet.²⁵⁶ Die Hauptmotivation für diesen Schritt dürfte darin bestanden haben, dass nach dem Rücktritt Suhartos allgemein eine nationale Desintegration befürchtet wurde, ausgehend von zahlreichen separatistischen Bewegungen, die in der Sukarno- und besonders der Suharto-Ära unterdrückt worden waren; und tatsächlich flammte bald nach Suhartos Rücktritt der Widerstand von

²⁵³ Bünthe, Marco: Zum Stand der politischen Reformen in Indonesien – Eine Bilanz des ersten Amtsjahres der Regierung Susilo Bambang Yudhoyono, S. 4, in: Südostasien Aktuell, 6 (2005), S. 3-10.

²⁵⁴ vgl. zum Folgenden: Benesch: The Indonesian Constitution, 2007, S. 186 ff.

²⁵⁵ Schuck: Der indonesische Demokratisierungsprozess, 2003, S. 96.

²⁵⁶ vgl. Prasetyo, Pius: Decentralization and its Impact on Local Democracy in Indonesia: A Case Study from West Java, S. 219, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 219-241.

Unabhängigkeitsaktivisten in Aceh und Papua wieder auf und in einigen anderen Landesteilen kam es zu blutigen ethno-religiösen Konflikten.

Die beiden Gesetze lagen allerdings zunächst auf Eis und erst unter Wahid wurde, ab Januar 2001, mit der Implementierung begonnen. Die wichtigsten Bestimmungen der beiden Gesetze können vereinfacht wie folgt zusammengefasst werden²⁵⁷: Offiziell werden alle Politikbereiche außer der Außen- und Verteidigungspolitik, Geld- und Finanzpolitik, Justiz und Religion an die derzeit 349 Distrikte und 91 Städte Indonesiens übertragen (der Zuständigkeitsbereich der Zentralregierung wird jedoch durch den unbestimmten Zusatz von ‚anderen Angelegenheiten‘ zu einem gewissen Grad offen gehalten); für die Wahrnehmung ihrer politischen und administrativen Aufgaben werden die Distrikte und Städte von der Zentralregierung mit den nötigen Mitteln versorgt, außerdem können sie einen Teil der Gewinne aus ihren lokalen natürlichen Ressourcen (Öl- und Gaseinnahmen; Gebühren für Bergbau, Forstwirtschaft, Fischerei etc.) direkt einnehmen (der Großteil der Steuern wird aber weiterhin von der Zentralregierung eingenommen, eine fiskalische Dezentralisierung fand nur sehr begrenzt statt); die Distriktvorsteher (*bupati*) und Bürgermeister (*walikota*) werden demokratisch gewählt (seit 2005 direkt vom Volk) und sind nicht der Zentralregierung gegenüber, sondern den lokalen Parlamenten (DPRD) verantwortlich, die ebenfalls demokratisch gewählt werden.

Die Abgabe von Kompetenzen der Zentralregierung an die Distrikte und Städte muss als eine „Dezentralisierung im unitarischen Kontext“ betrachtet werden.²⁵⁸ Da der Einheitsstaat Indonesien von der Dezentralisierung unberührt bleiben soll, wurde unter Umgehung der großen Provinzen (derzeit 33) gezielt die unterste Verwaltungsebene gestärkt, um jeden Eindruck von Föderalismus zu vermeiden. Zwar werden auch in den Provinzen Parlamente (und mittlerweile auch die Gouverneure) direkt vom Volk gewählt, jedoch sind die Provinzgouverneure, im Gegensatz zu den *bupatis*, weiterhin dem Präsidenten gegenüber verantwortlich. Die Provinzregierungen sind gegenüber den Distrikten nicht weisungsbefugt und nehmen lediglich koordinierende Aufgaben bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten wahr; allerdings können die Distrikte bestimmte Aufgaben an die Provinzverwaltung abgeben, sofern nicht in der Lage sind, sie selbst zu erfüllen.²⁵⁹

Die Dezentralisierung in Indonesien stellt – in der Theorie – eine Demokratisierung (sub-) regionaler Entscheidungsprozesse dar, die der Bevölkerung in den jeweiligen Distrikten mehr politische Partizipation und Eigenverantwortung einräumen und eine gerechtere Verteilung lokaler natürlicher Ressourcen gewährleisten soll; insofern ist sie ein wichtiger Schritt im bisherigen Demokratisierungsprozess. Allerdings ist die Dezentralisierung einerseits bislang nur

²⁵⁷ vgl. Bunte, Marco: Regionale Autonomie in Indonesien. Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Bd. 374), Hamburg: Institut für Asienkunde, 2003, S. 140 ff.

²⁵⁸ ebd., S. 132.

²⁵⁹ vgl. Prasetyo: Decentralization and its Impact on Local Democracy in Indonesia, 2007, S. 221.

teilweise implementiert worden²⁶⁰, andererseits bringt sie nicht nur Chancen, sondern auch Probleme mit sich. So können die entstehenden Freiräume von lokalen Eliten genutzt werden, um Netzwerke zwischen Politikern, Unternehmern und lokalen Militärs aufzubauen und über die gestärkten regionalen Institutionen auf staatliche Ressourcen zuzugreifen.²⁶¹ Durch die Dezentralisierung administrativer und politischer Macht kommt es auch zur Dezentralisierung der Korruption, da die Abgeordneten und *bupatis* der Distrikte über wesentlich mehr Patronage-Möglichkeiten verfügen als während des zentralisierten Suharto-Regimes. Daher kommt Marco Bunte zu folgendem Schluss:

„Bislang ist der Prozess der Dezentralisierung nicht mit einer Öffnung und stärkeren Verantwortlichkeit der Lokalregierungen einhergegangen. Eine stärkere Partizipation der Bevölkerung findet nicht statt. Stattdessen wird die Politik noch immer von lokalen Eliten dominiert, die ihre Macht dazu verwenden, ihre eigenen Interessen zu verfolgen.“²⁶²

5.3 Die Stagnierung des Demokratisierungsprozesses und das Erbe des Suharto-Regimes

Im Jahr 2004 fand die zweite Runde demokratischer Wahlen in Indonesien nach 1999 statt.²⁶³ Das wichtigste Ergebnis der Parlamentswahlen im April war die Niederlage von Megawatis PDI-P. Sie verlor gegenüber der letzten Wahlrunde 15 % und wurde mit 18,5 % der Wählerstimmen nur noch zweitstärkste Fraktion im Parlament, hinter Golkar, mit 21,5 % der Stimmen stärkste Fraktion. Einen großen Erfolg konnte der General a.d. Susilo Bambang Yudhoyono, der unter Megawati das Amt des koordinierenden Ministers für Politik und Sicherheit bekleidet hatte, mit seiner 2001 gegründeten ‚Demokratischen Partei‘ (PD) verbuchen, die aus dem Stand 7,5 % der Stimmen bekam. Im Juli (erster Wahlgang) und September (zweiter Wahlgang) 2004 wurde erstmals auch das indonesische Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt. In der Stichwahl setzte sich der angesehene Ex-Militär Yudhoyono mit 60,6 % der Stimmen gegen Megawati durch.

Die Wahlergebnisse zeigen deutlich, dass sich in der Post-Suharto-Ära bislang keine herausragende Reformpartei profilieren konnte. Viele ehemalige Megawati-Anhänger wandten sich von der PDI-P ab, wovon etwa die PD und einige kleinere Parteien profitieren konnten. Das Parteiensystem noch stärker fragmentiert als nach den Wahlen 1999; so konnten 10 Parteien mehr als 2 % der Wählerstimmen und mehr als 10 Sitze im Parlament erringen. Die Wahl Yudhoyonos, der während des Suharto-Regimes Karriere gemacht und im Militär zuletzt (1997/1998) die zentrale Position des Stabschefs für ‚Soziopolitische Angelegenheiten‘ inne-

²⁶⁰ Die Implementation der Dezentralisierung ist ein langwieriger, konfliktiver Prozess, in dem die Verteilung von Kompetenzen und insbesondere finanziellen Mitteln zwischen der Zentral- und den regionalen Verwaltungen noch heiß umkämpft sein wird.

²⁶¹ vgl. Honna: Local Civil-Military Relations, 2006, S. 95.

²⁶² Bunte, Marco: Dezentralisierung in Indonesien. Teil 2: Bilanz und Perspektiven, S. 69, in: Südostasien Aktuell, 1 (2004), S. 60-71.

²⁶³ vgl. zu den folgenden Ergebnissen: Hadiwinata: The 2004 Parliamentary and Presidential Elections in Indonesia, 2006, S. 110 ff.

gehabt hatte, spiegelt ein Bedürfnis der Indonesier nach mehr Führungsstärke wider, das Megawati nicht erfüllen konnte. Es ist bezeichnend für die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem bisherigen Reformprozess, dass 6 Jahre nach dem Sturz Suhartos Golkar wieder die stärkste, wenn auch nicht die alles dominierende, Partei ist und ausgerechnet ein Sprössling des Militärs, wie gut sein Ruf auch sein mag, zum Präsidenten gewählt wurde. So kommentiert Edward Aspinall:

“Indonesia’s democratic opposition had made a great achievement by forcing Suharto out of office. But by the time of Indonesia’s second post-transition election in April 2004, there was widespread public relief that reform was exhausted and that Indonesia was wired in problems from which it might not escape for many years.”²⁶⁴

Die Probleme, von denen Aspinall spricht, wurden in der Bestandsaufnahme im 3. Abschnitt dieser Arbeit ausführlich dargestellt. An den massiven Defiziten im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Menschen- und Bürgerrechte, sowie an der prekären Stellung des eigenständigen, schwer kontrollierbaren Militärs als potentieller Veto-Akteur hat sich auch unter der Yudhoyono-Administration wenig geändert. Insgesamt muss daher heute von einer Stagnierung des Demokratisierungsprozesses gesprochen werden. Die demokratischen Wahlen und die rechtlichen Veränderungen des politischen Systems brachten zwar eine Abkehr vom Autoritarismus des Suharto-Regimes, aber die Transformation zu einem demokratischen Rechtsstaat – denn als solcher präsentiert sich Indonesien in seiner Verfassung – ist noch lange nicht abgeschlossen und scheint gegenwärtig keine großen Fortschritte mehr zu machen.

Welche Faktoren können nun als Ursachen für die Stagnierung des Demokratisierungsprozesses identifiziert werden? Viele Demokratietheoretiker betonen die Bedeutung des sozio-ökonomischen Entwicklungsstandes, andere legen großen Wert auf kulturelle Faktoren wie den Einfluss vorstaatlicher Herrschaftsformen oder ‚demokratiefeindliche‘ Weltanschauungen und Traditionen. Es soll hier jedoch, entsprechend der eingangs formulierten Hypothese, argumentiert werden, dass die Stagnierung des Demokratisierungsprozesses in erster Linie auf die Hinterlassenschaften des Suharto-Regimes zurückzuführen ist. Auf welche Art die Gesellschafts- und Machtstrukturen der Neuen Ordnung in die heutige elektorale Demokratie hineinwirken, soll im Folgenden demonstriert werden.

Das Suharto-Regime hat die gesellschaftlichen Strukturen und die politische Kultur Indonesiens über rund 30 Jahre hinweg nachhaltig geprägt. Die Ergebnisse dieser Prägung können auf drei zentrale Faktoren reduziert werden. Diese sind (1) die Etablierung des Militärs als eigenständigen politischen und wirtschaftlichen Akteur, (2) die Institutionalisierung neopatrimonialer Herrschaft, und (3) die organisatorische Schwäche pro-demokratischer Kräfte.

²⁶⁴ Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 273.

Das Regime der Neuen Ordnung wurde durch das Militär nicht nur gestützt und zusammengehalten, sondern beruhte auf der umfassenden Einbindung der Streitkräfte in die gesellschaftliche Struktur Indonesiens. Einerseits besetzten die Absolventen der Militärakademien entsprechend der offiziellen *dwifungsi*-Doktrin zivile Posten auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung und waren damit integraler Bestandteil der staatlichen Herrschafts- und Organisationsstruktur. Andererseits betätigten sie sich als Unternehmer und pflegten intensive offizielle und informelle Beziehungen zur Wirtschaftselite Indonesiens. Mit der Zeit baute sich das Militär so eine staatsunabhängige finanzielle Basis aus legalen und illegalen Geschäften auf, die sowohl zum Unterhalt der militärischen Infrastruktur als auch zur privaten Bereicherung der TNI-Angehörigen vom General bis zum einfachen Soldaten diente. Die wichtigste Voraussetzung für diese Militärökonomie, vor allem für die illegalen Einkommensquellen (vgl. Abschnitt 3.2), war und ist die unter Suharto errichtete Territorialstruktur, durch die die Streitkräfte landesweit über Stützpunkte und Kommandoposten verfügen, teilweise bis hinunter auf die Dorfebene. Da die Territorialstruktur parallel zur zivilen Verwaltung organisiert ist, ermöglicht sie den Streitkräften außerdem die Überwachung von und die Einflussnahme auf alle zivilen Belange, wobei die lokalen Militäreinheiten nur begrenzt von ihren jeweiligen Kommandozentralen kontrolliert werden können.

Zu diesen Charakteristika des indonesischen Militärs schreibt Sukardi Rinakit: „The Indonesian military has its origins in the struggle for independence but its situation today was largely shaped by the decades of authoritarian rule under Soeharto’s New Order [...]“²⁶⁵ Nach dem Sturz Suhartos sah sich das Militär gezwungen, sich im liberalisierten politischen System neu zu positionieren. Die *dwifungsi*-Doktrin wurde offiziell aufgegeben

und die Streitkräfte erklärten, sich nicht mehr in die Tagespolitik einmischen zu wollen. Gleichzeitig bestehen sie jedoch auf ihrer Rolle als Garant der inneren Stabilität Indonesiens, als welcher sie sich weiterhin ein Mitspracherecht bei wichtigen politischen Fragen vorbehalten. Das Selbstverständnis der Streitkräfte als eigenständiger Akteur im politischen System Indonesiens hat sich also nicht grundlegend geändert. In der Folge haben sie sich bisher erfolgreich gegen alle Versuche, das Militär unter zivile Kontrolle zu bringen, gewehrt. Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die Militärs die zivile Kontrolle vor allem deshalb ablehnen, weil sie sich weiterhin wirtschaftliche betätigen wollen. So sind zivile Initiativen, die die Offenlegung der zahlreichen Einkommensquellen der Streitkräfte verlangten, relativ erfolglos gewesen.

Dass die Streitkräfte nach wie vor als politisch und wirtschaftlich eigenständiger Akteur in der indonesischen Gesellschaft existieren, beeinträchtigt den Demokratisierungsprozess in mehrfacher Hinsicht. Erstens ist das Militär in seiner jetzigen Form ein potentieller Veto-Akteur gegenüber den demokratisch gewählten Verfassungsorganen. Es verfügt über das

²⁶⁵ Rinakit: The Indonesian Military after the New Order, 2005, S. 1.

staatliche Gewaltmonopol und ist im Zweifelsfall den Kräften der Polizei, die ohnehin erst im Jahr 2000 von den übrigen Streitkräften abgetrennt wurde, bei weitem überlegen. Die Gefahr eines Militärputsches ist damit, wenn auch gegenwärtig unwahrscheinlich, in Krisensituationen nicht von der Hand zu weisen. Zweitens sind in den Streitkräften immer noch Elemente des Autoritarismus des Suharto-Regimes konserviert, was sich im repressiven Umgang mit politischen Aktivisten und in vielen Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und auch durch die Polizei manifestiert (vgl. Abschnitt 3.3). Schließlich verfügt das Militär, drittens, immer noch über großen politischen Einfluss, den es vor allem indirekt über eine Vielzahl pensionierter Generäle, die sich in den Parteien engagieren und sowohl auf nationaler wie auch auf (sub-)regionaler Ebene in wichtigen politischen Ämtern zu finden sind.²⁶⁶ Durch die guten Beziehungen der aktiven zu den pensionierten Offizieren ist das Militär in der Lage, die Politik zugunsten seiner Interessen zu beeinflussen und so zumindest einen Teil der soziopolitischen Machtstellung, die es im Suharto-Regime innehatte, zu konservieren.

Die zweite Hinterlassenschaft des Suharto-Regimes ist der indonesische Neopatrimonialismus. Dieser war ein zentraler Bestandteil der Organisation und Legitimation von Herrschaft während der Neuen Ordnung, denn Suharto setzte Patronage gezielt ein, um die Eliten des Landes an sich zu binden und ihre Loyalität sicherzustellen. Zu diesem Zweck ließ er den Führungskräften in der Bürokratie, dem Militär und der Staatspartei Golkar alle Freiheit, zur privaten Bereicherung auf Staatsgelder zuzugreifen. Diese traten wiederum gegenüber ihren Untergebenen als Patrone auf, so dass mit der Zeit ein umfassendes Netzwerk von Patron-Klient-Beziehungen entstand, das alle gesellschaftlichen Bereiche durchdrang (vgl. Abschnitt 4.1.2). So entstand in der Neuen Ordnung eine Mentalität, die Korruption und Nepotismus als normale, weil sogar auf der obersten Regierungsebene praktizierte, Wege zu gesellschaftlichem Aufstieg und materiellem Wohlstand betrachtete.

Seit dem Sturz Suhartos ist die alte Hierarchie aus Patron-Klient-Beziehungen zwar ihres Zentrums beraubt und in großen Teilen zusammengebrochen, aber die gesellschaftliche Mentalität, die dem Neopatrimonialismus der Neuen Ordnung entsprungen ist, existiert immer noch. Neue und alte Eliten bedienen sich in der Post-Suharto-Ära weiterhin der über Jahrzehnte gefestigten Mechanismen von Patronage und Klientelismus, und ‚money politics‘ ist ein zentrales Merkmal sowohl innerhalb der Parteien als auch im Wettbewerb der Parteien untereinander (vgl. Abschnitt 5.1.2). So konstatiert Richard Robison:

“The end of Soeharto’s long rule over Indonesia has not seen an end to one of its defining themes: the appropriation of state power by its officials to further private interests. This clearly continues to be the main theme of Indonesian po-

²⁶⁶ vgl. Wessel: The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia, 2005, S. 20.

litical economy, albeit in an environment which is more politically open and fluid.“²⁶⁷

Insgesamt muss also festgehalten werden, dass das Vorherrschen von klientelistischen Strukturen und weit verbreiteter Korruption im politischen System Indonesiens maßgeblich auf gesellschaftliche Strukturen und Mentalitäten zurückgeht, die während des Suharto-Regimes geprägt wurden. Dieses Erbe untergräbt die Rechtsstaatlichkeit in Indonesien, da die Justiz und die Verwaltung extrem anfällig für politische Einflussnahme und Bestechung sind. Besonders problematisch ist, dass dadurch die Unabhängigkeit der Justiz als Kontrollinstanz gegenüber den übrigen staatlichen Institutionen nicht ausreichend gewährleistet ist (vgl. Abschnitt 3.2). Darüber hinaus beeinträchtigen Korruption und Klientelismus erheblich die Fähigkeit und Bereitschaft politischer Parteien und Amtsträger, konsistente Politik zum Wohl der indonesischen Bevölkerung zu machen.

Ein letztes gravierendes Hindernis im Demokratisierungsprozess ist die organisatorische Schwäche pro-demokratischer Kräfte. Die Stabilität des Suharto-Regimes basierte neben dem Neopatrimonialismus auf einer ausgefeilten korporatistischen Strategie. Der zentrale Inhalt dieser Strategie bestand darin, möglichst alle einflussreichen gesellschaftlichen Gruppen über eine Vielzahl korporatistischer Einheitsverbände und -organisationen an den Staatsapparat zu binden, um so die Formierung von *staatsunabhängigen* Gruppierungen, die zu einer gut organisierten Opposition gegenüber dem Regime heranwachsen könnten, zu verhindern. Auf diese Weise wurde den Eliten aus den verschiedenen Bereichen der indonesischen Gesellschaft Zugang zu staatlichen Machtressourcen gewährt, während gleichzeitig jegliche Organisation oppositioneller Eliten außerhalb des Staatsapparates unterdrückt wurde. Unter Suharto wurde so der Großteil der politischen und wirtschaftlichen Elite Indonesiens erfolgreich kooptiert, in das Netzwerk der Patron-Klient-Beziehungen aufgenommen und mit den Gewohnheiten der Korruption vertraut gemacht. Die Blockparteien PDI und PPP sowie später der ‚Verband Islamischer Intellektueller‘ ICMI gehörten zwar nicht zum Kern der Regimekoalition um Suharto, waren aber gleichwohl tief in den Strukturen der Neuen Ordnung verwurzelt.

Die Nachwirkungen dieser Strategien des Korporatismus und der Kooptation bestehen in der Tatsache, dass die am besten organisierten Parteien der Post-Suharto-Ära diejenigen sind, die auf Strukturen und Beziehungen aus dem alten Regime zurückgreifen können. So ist es kein Zufall, dass Golkar und die ehemaligen Blockparteien PDI-P und PPP bei den nationalen und regionalen Wahlen im Aggregat die erfolgreichsten Parteien waren. Sowohl diese drei als auch die anderen großen Parteien wie PKB, PAN oder Yudhoyonos PD sind kaum demokratisch organisiert, sondern werden von Eliten dominiert, deren primäres Ziel nicht in Beiträgen zum demokratischen Reformprozess, sondern im Zugriff auf staatliche Machtres-

²⁶⁷ Robison: Reorganising Power in Indonesia, 2004, S. 244.

sourcen besteht.²⁶⁸ So sind durch die Liberalisierung zwar viele neue Parteien entstanden, was aber fehlt, so Robison, ist „a disciplined [...] political party driven and defined by any coherent ideological agenda for liberal reform and transparent governance“.²⁶⁹

Das Fehlen einer oder mehrerer solcher Parteien kann mit der allgemeinen organisatorischen Schwäche pro-demokratischer Gruppierungen erklärt werden. So konnte die Demokratiebewegung der 90er Jahre zwar erheblich zum Sturz Suhartos und zur Einleitung des Demokratisierungsprozesses beitragen. Aber aus dieser Bewegung aus Studenten, NGO's, Intellektuellen, und pro-demokratischen orthodoxen Muslimen ging bislang keine gut organisierte, reformorientierte Partei hervor, die einen signifikanten Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen hätte erreichen können. So berichtet Andreas Ufen:

“Moreover, some Western-style parties such as Partai Hijau (Green Party) and Partai Demokrasi Liberal Indonesia (Liberal Democratic Party of Indonesia) were created in addition to the formerly illegal PUDI (Partai Uni Demokrasi Indonesia, United Democratic Party of Indonesia) and PRD (Partai Rakyat Demokratik, People's Democratic Party) with social democratic programmes [...]. All these groupings failed. To be successful, parties *needed the infrastructure and connections built up during the New Order period* (Golkar, PPP and, to a certain degree, PDI-P) [or] the indirect backing of religious organisations (PKB, PAN, PPP, PBB, etc.) [...].“²⁷⁰

Sicherlich gibt es auch in den erfolgreicheren Parteien integre Politiker, die ernsthaft an der Bekämpfung von Korruption und der Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse interessiert sind, allerdings können sich diese in ihren Parteien bislang nicht genügend durchsetzen. Alles in allem waren pro-demokratische Kräfte, trotz der errungenen Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, in der Post-Suharto-Ära nicht in der Lage, sich als zentrale Akteure im politischen Entscheidungsprozess zu etablieren. Folglich konstatiert Edward Aspinall:

“Even after the June 1999 election, however, Indonesia's transition remained dogged by the *lasting impact of the Suharto era on opposition forces*. Authoritarian rule may have suffered a collapse in legitimacy [...], but the challenges of constructing a coherent ideological and institutional foundation for the new politics remained immense.“²⁷¹

Betrachtet man die organisatorische Schwäche pro-demokratischer Kräfte vor dem Hintergrund des SKOG-Schemas, kommt man zu folgendem Schluss: Nach dem politischen Umbruch von 1998 waren große Teile der strategischen Gruppen der alten Regimekoalition um Suharto in der Lage, sich in der ‚Reformasi‘-Ära neu zu positionieren. Militärs, Bürokraten, Golkar-Politiker, Großunternehmer und orthodoxe Muslime / religiöse Führer sind nach wie vor zentrale gesellschaftliche Akteure Indonesiens, auch wenn sie nicht mehr in einer festen Regimekoalition zusammengeschlossen sind. Trotz der demokratischen Öffnung Indonesiens rekrutiert sich ein hoher Anteil der Eliten in den derzeit 6 bis 8 großen Parteien, die im

²⁶⁸ vgl. Ufen, Andreas: *Political Parties in Post-Suharto Indonesia*, 2006, S. 20.

²⁶⁹ Robison: *Reorganising Power in Indonesia*, 2004, S. 259.

²⁷⁰ Ufen, Andreas: *Political Parties in Post-Suharto Indonesia*, 2006, S. 10 (Hervorh. J.M.).

²⁷¹ Aspinall: *Opposing Suharto*, 2005, S. 271 (Hervorh. J.M.).

neuen politischen System eine Schlüsselstellung innehaben, aus diesen strategischen Gruppen des Suharto-Regimes. Die im Vorfeld des Sturzes von Suharto als konfliktfähig bezeichneten Gruppen bieten ein gemischtes Bild. Die PDI unter Megawati sowie die von Amien Rais und Abdurrahman Wahid geführten Flügel der Muhammadiyah und der NU konnten mit ihren neu gegründeten Parteien ihren politischen Einfluss stark ausweiten und sind heute Teil der Führungseliten Indonesiens. Allerdings haben sich weder Megawatis PDI-P noch die mit den beiden großen Islamorganisationen assoziierten Parteien PKB und PAN als entschlossene Reformparteien profilieren können. Dagegen gingen aus dem Umfeld der Studenten, der regimekritischen NGO's und der Arbeiter und Bauern bislang keine politischen Parteien, Verbände oder Gewerkschaften hervor, die so einflussreich wären, dass sie im politischen Entscheidungsprozess eine signifikante Rollen spielen könnten. Trotz der Liberalisierung des politischen Systems werden diese Gruppierungen, die stellvertretend für die Zivilgesellschaft und die Unterschichten Indonesiens stehen, noch viel Zeit brauchen, bevor sie die neu entstandenen Freiräume effektiv nutzen und sich politisch gegen elitäre und konservative Interessen behaupten werden können.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Das Thema der vorliegenden Magisterarbeit waren „Chancen und Hindernisse des Demokratisierungsprozesses in Indonesien“. Dabei ging es sowohl um eine Evaluierung der Fortschritte und Defizite im bisherigen Demokratisierungsprozess als auch um die Beschreibung und Analyse der bestimmenden Faktoren und Akteure, die diesen Prozess eingeleitet, vorangetrieben und blockiert oder verlangsamt haben bzw. dies immer noch tun.

Bereits in der Einleitung wurde unter Berücksichtigung des Forschungsstandes zum politischen System Indonesiens festgestellt, dass Indonesien heute weder vorbehaltlos als Demokratie noch als Autokratie eingestuft werden kann. Stattdessen sollte im Fall des Inselstaats von einer ‚defekten Demokratie‘ oder einem ‚hybriden System‘ gesprochen werden. Diese Annahme wurde im dritten Abschnitt der Arbeit bestätigt. Hier wurde das politische System Indonesiens hinsichtlich dreier Kriterien, die aufgrund ihres Status als allgemein anerkannte Minimalbestandteile der Demokratie universelle Gültigkeit beanspruchen dürfen, untersucht. Das erste Kriterium, freie und faire Wahlen, wird von Indonesien ausreichend erfüllt, weswegen das Land zumindest als ‚elektorale Demokratie‘ bezeichnet werden kann. Dagegen müssen in Bezug auf das zweite Kriterium, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, klare Abstriche gemacht werden. Zwar wird die Forderung nach einer minimalen Gewaltenteilung- und Kontrolle weitgehend erfüllt. So wurden die Machtbefugnisse des Präsidenten durch mehrere Verfassungsergänzungen eingeschränkt, und sowohl das Parlament als auch der seit 2003 bestehende Verfassungsgerichtshof konnten sich als eigenständige Staatsorgane und als Kontrollinstanzen gegenüber der ehemals übermächtigen Exekutive etablieren, womit insgesamt eine stärkere Machtstreuung an der Spitze Indonesiens einhergegangen ist. Jedoch haben diese Fortschritte nicht dazu geführt, dass sich das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit grundlegend in den staatlichen Institutionen durchgesetzt hätte. Zum einen sind Korruption und Vetternwirtschaft in allen staatlichen Institutionen und bis auf die obersten Ebenen weit verbreitet. Dies gilt auch für das indonesische Gerichts- und Polizeiwesen, so dass die Unabhängigkeit der Justiz, eine Grundvoraussetzung für rechtsstaatliche Verhältnisse, de facto nicht gegeben ist. Zum anderen verfügt die gewählte Regierung nicht über das uneingeschränkte Gewaltmonopol, das zur Durchsetzung des Rechtsstaats ebenso unerlässlich ist. Dieses wird vor allem durch die Tatsache untergraben, dass die indonesischen Streitkräfte (TNI) sich weitgehend der Kontrolle durch zivile Institutionen entziehen und damit ein potentieller Veto-Akteur gegenüber den gewählten Volksvertretern bleiben. Auch das dritte Kriterium, nämlich der Schutz der Menschen- und Bürgerrechte, wird von Indonesien nur mit starken Einschränkungen erfüllt. Immer noch ist die Presse- und Meinungsfreiheit nicht vollständig gewährleistet und es wird regelmäßig von Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und durch die Polizei berichtet.

Im Anschluss an diese Bestandsaufnahme der aktuellen Lage des politischen Systems wurde im Abschnitt 4 der Arbeit analysiert, wie es zum Sturz Suhartos im Jahr 1998 und zur Einleitung des Demokratisierungsprozesses gekommen ist. Es wurde zunächst festgestellt, dass zwei Faktoren dabei eine entscheidende Rolle spielten. Erstens eine Legitimationskrise des Suharto-Regimes, die sich seit dem Zusammenbruch des Ostblocks bemerkbar machte und sich im Laufe der 1990er Jahre kontinuierlich verstärkte. Diese manifestierte sich in der zunehmenden Ablehnung des Regimes durch große Teile der Mittel- und Unterschichten Indonesiens, in der Formierung oppositioneller Gruppierungen und in einem vorsichtigen öffentlichen Diskurs über Demokratisierung. Allerdings hat erst die Wirtschaftskrise von 1997/1998, als zweiter Faktor, das bis dahin trotz allem relativ stabile Suharto-Regime so stark erschüttert, dass Suharto zurücktreten und damit den Weg für Reformen frei machen musste. Nachdem diese beiden Faktoren aus der Systemperspektive als Ursachen bzw. Auslöser für die Einleitung des Demokratisierungsprozesses identifiziert wurden, ging die Analyse zur akteurszentrierten Betrachtung und damit zu den strategischen und konfliktfähigen Gruppen im Sinne von Schubert, Tetzlaff & Vennwald über. Dabei ergaben sich folgende Resultate:

Das Suharto-Regime wurde von einer privilegierten gesellschaftlichen Elite beherrscht, die sich in mehreren strategischen Gruppen, die jedoch eng miteinander verflochten waren, organisierte. Als solche wurden Militärs, Bürokraten, Golkar-Funktionäre, Großunternehmer und kooptierte orthodoxe Muslime / religiöse Führer unterschieden, wobei letztere eine Art sekundäre, weniger mächtige strategische Gruppe bildeten. Diese Gruppen griffen direkt oder indirekt auf staatliche Machtressourcen und Renten zurück, um ihre privilegierte Stellung in der indonesischen Gesellschaft zu festigen. Gegen diese Regimekoalition aus strategischen Gruppen formierte sich etwa seit Anfang der 1990er Jahre eine Opposition aus konfliktfähigen Gruppen, die sich überwiegend aus regimekritischen Angehörigen der gebildeten Mittel- und Oberschicht zusammensetzte und über Konfliktpotentiale wie öffentliche Kritik, Demonstrationen, und – zu einem gewissen Grad – Mobilisierung der Bevölkerungsmassen verfügte. Diese Gruppen konnten jedoch ihre Konfliktpotentiale angesichts der drohenden Repression durch das Regime lange Zeit nur sehr vorsichtig und ohne substanziellen Erfolg einsetzen. Erst im Zuge der Wirtschaftskrise konnten sie soviel Druck auf die ohnehin destabilisierte Regimekoalition ausüben, dass Suharto zurücktreten und sein Nachfolger im Präsidentenamt, Habibie, demokratische Reformen einleiteten musste.

Die weitere Entwicklung des damit einsetzenden Demokratisierungsprozesses war Thema des 5. und letzten Abschnitts der Arbeit. Die Übergangsphase unter Präsident Habibie war gekennzeichnet von politischer Liberalisierung, vor allem in Bezug auf die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, wodurch auch die Formierung eines neuen Parteiensystems ermöglicht wurde. Gleichzeitig wurde diese Phase von großen Teilen der alten Re-

gimekoalition genutzt, um sich in der Post-Suharto-Ära zu reorganisieren, insbesondere innerhalb der alten und neuen Parteien. Die anschließende Aufbruchphase begann mit den ersten wirklich freien Parlamentswahlen im Juni 1999. Diese Phase war einerseits geprägt von umfangreichen rechtlichen Reformen, die Indonesien auf einer formalen Ebene als Demokratie festigten. Mehrere Verfassungsrevisionen und Gesetzespakete wurden auf den Weg gebracht, die das demokratische Wahlregime und neue Elemente der Gewaltenteilung und -kontrolle fixierten und den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte garantieren sollten. Darüber hinaus wurde die Doppelfunktion des Militärs offiziell abgeschafft, was mit der Auflösung der reservierten TNI-Fraktionen im nationalen und in den regionalen Parlamenten verbunden war und aktiven Militärs die weitere Ausübung ziviler Ämter in Politik und Verwaltung verwehrte. Andererseits konnten sich die Eliten des Suharto-Regimes auch während der Präsidentschaften Wahid und Megawati behaupten und besetzen daher nach wie vor zentrale Posten in der Politik, Verwaltung und Wirtschaft Indonesiens. In der Folge konnten die charakteristische Korruption und die anderen Defizite in puncto Rechtsstaatlichkeit in dieser Aufbruchphase des Demokratisierungsprozesses kaum bekämpft werden. Da sich daran unter dem 2004 gewählten Präsidenten Yudhoyono wenig geändert hat, kann allgemein von einer Stagnierung des Demokratisierungsprozesses gesprochen werden. In Abschnitt 5.3 wurde argumentiert, dass diese Stagnierung im Wesentlichen auf drei Faktoren zurückzuführen ist:

- (1) Die Existenz des Militärs als eigenständiger politischer und wirtschaftlicher Akteur, die auf die institutionalisierte Doppelfunktions-Doktrin der ‚Neuen Ordnung‘ zurückgeht.
- (2) Die Persistenz von Korruption und Klientelismus als Erbe des Neopatrimonialismus der ‚Neuen Ordnung‘.
- (3) Die organisatorische Schwäche pro-demokratischer Kräfte als Erbe des Korporatismus und der Unterdrückung außerstaatlicher politischer Aktivität in der ‚Neuen Ordnung‘.

Damit wurde die eingangs formulierte Hypothese, dass die schwerwiegendsten Hindernisse des Demokratisierungsprozesses in den Gesellschafts- und Machtstrukturen bestehen, die das Suharto-Regime hinterlassen hat, bestätigt.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass Indonesien trotz beträchtlicher Fortschritte im Demokratisierungsprozess noch weit von einem konsolidierten demokratischen Rechtsstaat entfernt ist. Vielmehr präsentiert sich Indonesien heute als ein – wie es scheint relativ stabiles – politisches System *sui generis*, das Züge von autoritärer, neopatrimonialer und demokratischer Herrschaft vereint. Dennoch lassen positive Entwicklungen wie der (bei aller Problematik) wichtige Dezentralisierungsprozess und die bislang weitgehend unabhängige und

integre Arbeit des jungen Verfassungsgerichtshofes auf eine langfristige Konsolidierung der Demokratie in Indonesien hoffen, auch wenn auf dem Weg dorthin einige beharrliche Erblasten des Suharto-Regimes überwunden werden müssen.

Ergänzend sei hier noch ein Resümee zum SKOG-Konzept von Schubert, Tetzlaff & Vennewald angefügt. Für die Analyse der Transition vom autoritären Suharto-Regime zur elektoralen Demokratie, also bis zur Abhaltung der ersten freien Wahlen im Juni 1999, hat sich das SKOG-Konzept bewährt. Mit der Unterscheidung in status-quo-orientierte strategische Gruppen und konfliktfähige Gruppen, die auf die Neuverteilung von Macht drängen, konnte der politische Umbruch von 1998 gut nachvollzogen und erklärt werden. So stellt sich der indonesische Demokratisierungsprozess bis zu den Wahlen, ganz im Sinne der SKOG-Autoren, als Veränderung des innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen strategischen und konfliktfähigen Gruppen dar. Im Transitionsmodell der SKOG-Autoren (vgl. Abschnitt 2.3) war damit die vorletzte Transitionsphase (‚Neuverteilung von politischer Macht‘) abgeschlossen. Für die letzte Transitionsphase der ‚Institutionalisierung und Konsolidierung der demokratischen Errungenschaften‘ scheint das SKOG-Konzept jedoch nur bedingt geeignet. Man könnte zwar argumentieren, dass die Stagnierung des Demokratisierungsprozesses in dieser Phase auf das Fehlen konfliktfähiger Gruppen mit ausreichend Konfliktpotential zurückzuführen ist und dass ehemalige konfliktfähige Gruppen wie die PDI unter Megawati oder die PKB unter Wahid heute selbst zu strategischen Gruppen geworden sind. Allerdings kann heute nicht mehr von einer geschlossenen Regimekoalition aus strategischen Gruppen oder von einer Konfrontation zwischen strategischen und konfliktfähigen Gruppen gesprochen werden. Die neuen Parteien konkurrieren untereinander um Wählerstimmen und staatliche Machtressourcen und gehen nur lose Koalitionen mit anderen Parteien, Militärs und Unternehmern ein. Daher können diese zentralen Akteure der Post-Suharto-Ära nicht klar als strategische Gruppen abgegrenzt werden und sollten stattdessen eher als Plattformen für alte und neue Eliten der indonesischen Gesellschaft verstanden werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass den SKOG-Autoren durchaus bewusst ist, dass die Erklärungskraft ihres Konzeptes mit zunehmender Demokratisierung und Machtstreuung abnimmt und dass die Stärken des SKOG-Ansatzes vor allem in der Beschreibung autoritärer Regime und in der Analyse ihres Zusammenbruchs bestehen.

Literaturverzeichnis

- AG Friedensforschung an der Uni Kassel: Menschenrechte in Papua – Schlaglichter (Juli – November 2007), Online im Internet: URL: <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/West-Papua/bericht.html>> [Stand: 30.01.2008].
- AG Friedensforschung an der Uni Kassel: West-Papua (Indonesien): Eine offenen Wunde, 2002, Online im Internet: URL: <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/West-Papua/jahrestag.html>> [Stand: 30.01.2008].
- Amnesty International: Indonesia. Taken from the Amnesty International Report 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.amnesty.org/en/region/asia-and-pacific/south-east-asia/indonesia>> [Stand: 30.01.2008].
- Anderson, Benedict: Petrus Dadi Ratu. What lay behind the greatest counter-revolutionary massacre of the 20th century, the extermination of the Indonesian Left in 1965?, in: New Left Review, Nr. 3 (Mai-Juni 2000), Online im Internet: URL: <<http://newleftreview.org/A2242>> [Stand: 5.02.2008].
- Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Uni Hamburg: Indonesien (West-Papua), 2007, Online im Internet: URL: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/130bk_indonesien_papua.htm> [Stand: 30.01.2008].
- Aspinall, Edward: Opposing Suharto. Compromise, Resistance, and Regime Change in Indonesia, Stanford: Stanford University Press, 2005.
- Benesch, Sebastian: The Indonesian Constitution: Historical Developments and an Evaluation of Recent Constitutional Amendments, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 177-199.
- Bertelsmann Stiftung: BTI 2006 - Country Report Indonesia, Online im Internet: URL: <<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/en/2006/AsiaAndOceania/Indonesia.pdf>> [Stand: 13.01.2008].
- Bertelsmann Stiftung: BTI 2008 – Indonesia Country Report, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 2007, Online im Internet: URL: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/fileadmin/pdf/Gutachten_BTI_2008/ASO/Indonesia.pdf> [Stand: 22.01.2008].
- Bonn International Center for Conversion (BICC): Informationsdienst Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte. Länderporträt Indonesien, 2007, Online im Internet: URL: <http://www.bicc.de/ruestungsexport/pdf/countries/2007_indonesien.pdf> [Stand: 24.01.2008].
- Booth, Anne: Development: Achievement and Weakness, in: Donald K. Emmerson (ed.): Indonesia beyond Suharto, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 109-135.
- Bourchier, David: Habibie's Interregnum: Reformasi, Elections, Regionalism and the Struggle for Power, in: Chris Manning / Peter van Diermen (eds.): Indonesia in Transition. Social Aspects of Reformasi and Crisis, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 2000, S. 15-38.
- Bünthe, Marco: Dezentralisierung in Indonesien. Teil 2: Bilanz und Perspektiven, in: Südostasien Aktuell, 1 (2004), S. 60-71.
- Bünthe, Marco: Regionale Autonomie in Indonesien. Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Bd. 374), Hamburg: Institut für Asienkunde, 2003.
- Bünthe, Marco: Zum Stand der politischen Reformen in Indonesien – Eine Bilanz des ersten Amtsjahres der Regierung Susilo Bambang Yudhoyono, in: Südostasien Aktuell, 6 (2005), S. 3-10.
- Central Intelligence Agency: The World Factbook, Country Profile Indonesia, 2008. Online im Internet: URL: <<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html>> [Stand: 11.01.2008].

- Chua, Christian: Business As Usual. Chinese conglomerates in post-Soeharto Indonesia, in: Ingrid Wessel (ed.): *Democratisation in Indonesia after the fall of Suharto*, Berlin: Logos, 2005, S. 67-90.
- Clear, Annette: Politics: From Endurance to Evolution, in: John Bresnan (ed.): *Indonesia. The Great Transition*, Lanham: Rowman & Littlefield, 2005, S. 137-187.
- Cribb, Robert: Making Indonesia, in: Donald K. Emmerson (ed.): *Indonesia beyond Suharto*, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 3-38.
- East Timor Action Network: The Santa Cruz Massacre November 12, 1991, Online im Internet: URL: <<http://etan.org/timor/SntaCRUZ.htm>> [Stand: 15.02.2008].
- Esderts, Hans J.: Korrupte Justiz? - Strafflosigkeit für Akbar Tandjung, GOLKAR-Parteivorsitzender und Parlamentspräsident (Indonesien-Information Nr. 1 / 2004), Online im Internet: URL: <http://www.watch_indonesia.org/II_1_04/straflos.htm> [Stand: 22.01.2008].
- European Union Election Observation Mission (EUEOM) to Indonesia 2004: Final Report, Online im Internet: URL: <http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/eu_election_ass_observ/indonesia/final_report_en.pdf> [Stand: 11.01.2008].
- Freedman, Amy: *Political Change and Consolidation. Democracy's Rocky Road in Thailand, Indonesia, South Korea and Malaysia*, New York: Palgrave MacMillan, 2006.
- Freedom House: Country Report Indonesia 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7195&year=2007>> [Stand: 28.01.2008].
- Friend, Theodore: *Indonesian Destinies*, Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press, 2003.
- Hadiwinata, Bob S. / Christoph Schuck: Indonesia: A Defective Democracy faces the Challenge of Democratic Consolidation, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): *Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation*, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 395-407.
- Hadiwinata, Bob S.: The 2004 Parliamentary and Presidential Elections in Indonesia, in: Aurel Croissant / Beate Martin (Hrsg.): *Between Consolidation and Crisis. Elections and Democracy in Five Nations in Southeast Asia*, Berlin: LIT, 2006, S. 85-146.
- Honna, Jun: Local Civil-Military Relations during the First Phase of Democratic Transition, in: *Indonesia*, 82 (2006), S. 75-96.
- IFEX: Defamation cases obstruct press freedom, 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.ifex.org/en/content/view/full/89100/>> [Stand: 28.01.2008].
- IFEX: Eighteen imprisoned for peacefully advocating independence of Papua, 2007, Online im Internet: URL: <<http://www.ifex.org/en/content/view/full/81275/>> [Stand: 28.01.2008].
- Junge, Fabian: Barbarei und Paranoia: Indonesiens Staatsanwaltschaft verbrennt Geschichtsbücher, in: *SUARA* (ehemalige Indonesien-Information), Nr. 2 / 2007, S. 14-17.
- Kingsbury, Damien: Indonesia in 2006. Cautious Reform, in: *Asian Survey*, Vol. XLVII (January/February 2007), S. 155-161.
- Klein, Doris: Pressefreiheit in Südostasien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 21-22 (2004), S. 3-8.
- Kleine-Brockhoff, Moritz / Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): *Indonesien: Durchbruch für die Demokratie*, 2004, Online im Internet: URL: <<http://library.fes.de/pdf-files/id/02627.pdf>> [Stand: 12.12.2007].
- Liddle, William R. / Saiful Mujani: Indonesia in 2004. The Rise of Susilo Bambang Yudhoyono, in: *Asian Survey*, Vol. XLV, No. 1 (January/February 2005), S. 119-126.
- Liddle, William R.: Regime: The New Order, in: Donald K. Emmerson (ed.): *Indonesia beyond Suharto*, London & Armonk (New York): M.E. Sharpe, 1999, S. 39-70.
- McGlynn, John H. et al. (eds.): *Indonesia in the Suharto Years. Issues, Incidents and Images*, (2nd ed.) Singapur: The Lontar Foundation, 2007.
- Mietzner, Markus / East-West Center Washington (Hrsg.): *The Politics of Military Reform in Post-Suharto Indonesia: Elite Conflict, Nationalism, and Institutional Resistance* (Policy Studies 23), 2006, Online im Internet: URL:

- <<http://www.eastwestcenter.org/fileadmin/stored/pdfs/PS023.pdf>> [Stand: 24.01.2008].
- Möller, André: Islam and *Traweh* Prayers in Java. Unity, Diversity, and Cultural Smoothness, Online im Internet: URL: <<http://www.anpere.net/2006/7.pdf>> [Stand: 25.01. 2008].
- Münch-Heubner, Peter L.: Osttimor und die Krise des indonesischen Vielvölkerstaates in der Weltpolitik (Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Band 82), München: Hanns-Seidel-Stiftung, 2000.
- Pabottingi, Mochtar: Indonesia, in: Bruce M. Koppel (ed.): Political Legitimacy in Southeast Asia. The Quest for Moral Authority, Stanford: Stanford University Press, 1995, S. 223-269.
- Platzdasch, Bernhard: Anmerkungen zu den revolutionären Ereignissen im Mai 1998, in: Patrick Ziegenhain (Hrsg.): Politischer Wandel in Indonesien. 1995-2000, Essen: Südostasien Informationsstelle, 2001, S. 55-61.
- Porter, Donald J.: Managing Politics and Islam in Indonesia, London: RoutledgeCurzon, 2002.
- Prasetyo, Pius: Decentralization and its Impact on Local Democracy in Indonesia: A Case Study from West Java, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 219-241.
- Ramage, Douglas: Democracy, the New Order's Ironic Legacy, in: John H. McGlynn et al. (Hrsg.): Indonesia in the Soeharto Years, (2. Aufl.) Jakarta: Lontar Foundation, 2007, S. 442-449.
- Reinert, Jochen: Die Langen Leiden der „Tapols“, 2005, Online im Internet: URL: <<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Indonesien/1965-massaker.html>> [Stand: 12.02].
- Reporter Sans Frontières: Indonesia – Annual Report 2007, Online im Internet: URL: <http://www.rsf.org/article.php3?id_article=20786> [Stand: 29.01.2008].
- Reporter Sans Frontières: Press Freedom Index 2002 & 2007, Online im Internet: URL: <http://www.rsf.org/article.php3?id_article=4116> & <http://www.rsf.org/article.php3?id_article=24025> [Stand: 28.01.2008].
- Rinakit, Sukardi: The Indonesian Military after the New Order, Singapore: Institute of Southeast Asian Studies, 2005.
- Robison, Richard: Reorganising Power in Indonesia. The politics of oligarchy in an age of markets, London/New York: RoutledgeCurzon, 2004.
- Santoso, Amir: Democratization: The Case of Indonesia's New Order, in: Anek Laothamatas: Democratization in Southeast and East Asia, Singapur: Institute of Southeast Asian Studies, 1997, S. 21-45.
- Schmidt, Siegmund: „Demokratien mit Adjektiven“. Die Entwicklungschancen defekter Demokratien, in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 7/8 (Juli/August 2001), S. 219-223.
- Schmitz, Manuel: Ethnische Konflikte in Indonesien und die Integrationspolitik Suhartos (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Band 362), Hamburg: Institut für Asienkunde, 2003.
- Schubert, Gunter / Rainer Tetzlaff (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen: Leske + Budrich, 1998.
- Schubert, Gunter / Rainer Tetzlaff / Werner Vennewald (Hrsg.): Demokratisierung und politischer Wandel. Theorie und Anwendung des Konzeptes der strategischen und konfliktfähigen Gruppen (Reihe Demokratie und Entwicklung, Bd. 6), Münster: Lit, 1994.
- Schuck, Christoph: Der indonesische Demokratisierungsprozess. Politischer Neubeginn und historische Kontinuität (Nomos Universitätsschriften Politik, Bd 123), Baden-Baden: Nomos, 2003.
- Schütte, Sofie Arjon: The Fight against Corruption in Indonesia, in: Südostasien Aktuell, 4 (2007), S. 57-66.
- Schwarz, Adam: The Politics of Post-Suharto Indonesia, New York: Council on Foreign Relations Press, 1999.

- Schweissshelm, Erwin / Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Halbzeit der Regierung Susilo Bambang Yudhoyono (Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Asien und Pazifik), 2007, Online im Internet: URL: < <http://library.fes.de/pdf-files/iez/04574-20070626.pdf> > [Stand: 17.01.2008].
- Stockmann, Petra / Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.): The new Indonesian Constitutional Court. A study into its beginnings and first years of work, 2007, Online im Internet: URL: <<http://home.snafu.de/watchin/ConstitutionalCourt.pdf> > [Stand: 20.01.2008].
- Suryadinata, Leo: Interpreting Indonesian Politics, Singapore: Times Academic Press, 1999
- Symonds, Peter: Indonesia's ruling party faces collapse of support, 1999, Online im Internet: URL: <<http://www.wsws.org/articles/1999/may1999/ind-m28.shtml>> [Stand: 13.02.2008].
- The 1945 Constitution of the Republic of Indonesia (Übersetzt von: Helen Pausacker, Rohan Gould and Tim Lindsey, Asian Law Centre, University of Melbourne), 2002. Online im Internet: URL: <<http://alc.law.unimelb.edu.au/go/research-programs/indonesia/commentary-and-legislation/index.cfm>> [Stand: 15. 01. 2008].
- Transparency International: Corruption Perceptions Index 2007, Online im Internet: URL: <http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007> [Stand: 23.01. 2008].
- Ufen, Andreas: Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000) (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Bd. 348), Hamburg: Institut für Asienkunde, 2002.
- Ufen, Andreas: Islam und Politik in Südostasien. Neuere Entwicklungen in Malaysia und Indonesien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 21-22 (2004), S. 15-21.
- Ufen, Andreas: Political Parties in Post-Suharto Indonesia: Between politik aliran and 'Philippinisation' (GIGA Working Paper Series, Nr. 37), 2006, Online im Internet: URL: <http://www.giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/wp37_ufen.pdf> [Stand: 4.02.2008].
- Ufen, Andreas: Präsidentialismus in Indonesien – Die jüngsten Verfassungsreformen, in: Südostasien Aktuell, 3 (2002), S. 468-473.
- Vickers, Adrian: A History of Modern Indonesia, Cambridge: Cambridge University Press, 2005.
- Wanandi, Jusuf: Indonesia – A failed state?, in: The Washington Quarterly (Summer 2002), S. 135-146.
- Wandelt, Ingo: Security Sector Reform in Indonesia. Military vs. Civil Supremacy, in: Bob S. Hadiwinata / Christoph Schuck (Hrsg.): Democracy in Indonesia. The Challenge of Consolidation, (1. Aufl.) Baden-Baden: Nomos, 2007, S. 269-295.
- Wessel, Ingrid: The Impact of the State on the Democratisation Process in Indonesia, in: Ingrid Wessel (ed.): Democratisation in Indonesia after the fall of Suharto, Berlin: Logos, 2005, S. 5-26.
- Ziegenhain, Patrick: Deficits of the Indonesian Parliament and their impact on the democratisation process, in: Ingrid Wessel (ed.): Democratisation in Indonesia after the fall of Suharto, Berlin: Logos, 2005, S. 27-38.